

*Zürcher Beiträge
zur Sicherheitspolitik und Konfliktforschung*

Heft Nr. 45

Kurt R. Spillmann und Hans Künzi (Hrsg.)

Unter Mitarbeit von:

*Christoph Breitenmoser, Jon A. Fanzun,
Patrick Lehmann und Andreas Wenger*

***Karl Schmid als strategischer Denker
Beurteilungen aus historischer
und aktueller Perspektive***

*Bericht und Auswertung der Tagung
vom 1. Juli 1997*

*Forschungsstelle für Sicherheitspolitik und Konfliktanalyse
Eidgenössische Technische Hochschule 8092 Zürich*

Zürich 1997

FSK auf dem Internet

Die "Zürcher Beiträge" sowie die anderen Publikationen der Forschungsstelle für Sicherheitspolitik und Konfliktanalyse sind ebenfalls auf dem World Wide Web im Volltext verfügbar.

URL: <http://www.fsk.ethz.ch/>

INHALTSVERZEICHNIS

Vorwort	1
TEIL I: BERICHT DER TAGUNG	
Begrüssungsworte von Hans Künzi, Präsident der Karl-Schmid-Stiftung	3
Einleitung von Kurt R. Spillmann, Leiter der FSK	5
Grussadresse von Bundesrat Adolf Ogi, Vorsteher des EMD	6
A. DER BERICHT DER KOMMISSION SCHMID	
Fred Luchsinger Die sicherheitspolitische Lage 1969 und die Beurteilung durch Karl Schmid	10
Josef Feldmann Die Folgerungen der Kommission Schmid aus der strategischen Lagebeurteilung 1969	15
Gustav Däniker Der Einfluss der Kommission Schmid auf die Entwicklung der schweizerischen Sicherheitspolitik	21
Diskussion (1)	31
B. PANEL 1: Der Bericht Schmid aus heutiger Sicht	
Einleitung zum 1. Panel von Kurt Eichenberger	33
Hans Wildbolz (=) Beurteilung des Berichts Schmid aus heutiger Sicht	33
Hans Senn Die Kommission Schmid und die Nuklearwaffenfrage	37
Walter Winkler Die wissenschaftlichen, technischen und finanziellen Möglichkeiten einer Atomwaffenproduktion	41
Kurt Eichenberger Schlussbemerkungen zum 1. Panel	44
Diskussion (2)	47
C. PANEL 2:	

Welche Voraussetzungen für die Schweizer Sicherheits-politik haben sich seit dem Bericht Schmid verändert?

Einleitung zum 2. Panel von Kurt R. Spillmann	51
Arthur Liener Veränderungen im Bereich der (Militär)-Strategie	53
Edouard Brunner Adaptation aux nouveaux risques	56
Peter Arbenz Die internationale Kooperation aus der Sicht des Berichts Schmid und von heute	59
Jean Abt Quelques changements intervenus dans les conditions-cadres de la politique de sécurité de la Suisse, depuis le Rapport Schmid jusqu'à aujourd'hui	62
Bruno Lezzi Welche Voraussetzungen haben sich im Bereich der Führung gegenüber dem Bericht Schmid verändert?	65
Otto Schoch Bedeutung der Neutralität für die Sicherheitspolitik einst und heute	69
Curt Gasteyger Welche Voraussetzungen für die Schweizer Sicherheitspolitik haben sich seit dem Bericht Schmid verändert?	73
Diskussion (3)	77
Schlusswort von Hans Künzi	81

TEIL II: AUSWERTUNG DER TAGUNG

Jon A. Fanzun

A. Historischer Teil

1. Karl Schmid: Person und Werk	83
2. Die Studienkommission für strategische Fragen (SSF)	84
2.1 Entstehung	85
2.2 Zusammensetzung der Kommission	86
3. Die Arbeit der SSF	87
3.1 Die Atomwaffenfrage	87
3.2 Strategisches Denken	90
3.3 Ausgreifende Strategiekomponente	91
4. Würdigung der SSF	93

B. Aktueller Teil

1. Verändertes Umfeld nach dem Ende des Kalten Krieges	96
2. Zwischen Isolation und internationaler Zusammenarbeit	97
3. Neudefinition der Neutralität	101
3.1 Neutralitätsrechtliche Aspekte	101
3.2 Sicherheitspolitische Aspekte der Neutralität	102
3.3 Neutralität zwischen Mythos und Mittel zum Zweck	104
4. Anpassung der Wehrstrukturen	105
4.1 Europäischer Trend zur Berufsarmee	106
4.2 Milizarmee unter Druck	107
4.3 Zukunft der Milizarmee	111
5. Schlussbetrachtung	111

Bibliographie	115
----------------------	-----

Anhang I: Curriculum vitae von Karl Schmid	119
---	-----

Anhang II: Die Mitglieder der SSF	121
--	-----

Anhang III: Referenten	122
-------------------------------	-----

Anhang IV: Teilnehmer	123
------------------------------	-----

Vorwort

Die Forschungsstelle für Sicherheitspolitik und Konfliktanalyse an der ETH Zürich und die Karl-Schmid-Stiftung haben sich am 1. Juli 1997 zusammengetan, um eine sicherheitspolitische Tagung durchzuführen, die einerseits einen bisher etwas im Hintergrund stehenden Aspekt der Persönlichkeit von Karl Schmid in Erinnerung rufen sollte, den militärisch-sicherheitspolitischen, und andererseits die Reihe von sicherheitspolitischen Arbeitstagungen fortsetzen wollte, die seit zehn Jahren im Rahmen der Forschungsstelle durchgeführt werden. Der Zweck der Veranstaltung war somit, einerseits die sicherheitspolitischen Leistungen und Verdienste Karl Schmids und der nach ihm benannten strategischen Kommission zu würdigen, und andererseits aus dem Vergleich der sicherheitspolitischen Lageanalyse durch die Kommission Schmid im Jahre 1969 mit der veränderten aktuellen Situation Impulse für die gegenwärtige sicherheitspolitische Diskussion zu gewinnen. Das Resultat der äusserst anregenden Tagung liegt hier nun in gedruckter Form vor.

Die Herausgeber möchten allen Referenten herzlich für ihre Bereitschaft danken, persönliche Erinnerungen und eigene Analysebeiträge zur Verfügung zu stellen. Sie möchten aber auch dem weiteren Kreis von Mitarbeitern, die für die Logistik und für die schriftliche Ausarbeitung des Tagungsberichtes verantwortlich waren – Frau Erika Girod, Herr Patrick Lehmann, Herr Fritz Rigendinger, Herr Jon A. Fanzun, Herr Andreas Wenger und Herr Christoph Breitenmoser – herzlich für ihr Engagement danken. Die Herausgeber hoffen, dass dieser Bericht sowohl für den historisch an Karl Schmid Interessierten wie auch für den an der aktuellen sicherheitspolitischen Debatte Interessierten gleichermassen lesenswert sein wird.

Zürich, im Dezember 1997

Prof. Dr. Kurt R. Spillmann

Leiter der Forschungsstelle für
Sicherheitspolitik und Konfliktanalyse

Prof. Dr. Dr. h.c. Hans Künzi

Präsident der Karl-Schmid-Stiftung

TEIL I: BERICHT DER TAGUNG

Begrüßungsworte von Hans Künzi, Präsident der Karl-Schmid-Stiftung

Hochverehrter Herr Bundesrat, sehr verehrte Herren alt Bundesräte, meine Damen und Herren National- und Ständeräte, sehr verehrte Damen und Herren Regierungsräte, meine geschätzten Herren Offiziere, Herr Rektor, sehr geschätzte Gäste, liebe Frau Elsie Attenhofer, lieber Christoph Schmid.

Wir heissen Sie zu unserer Tagung, organisiert durch die Karl-Schmid-Stiftung und die Forschungsstelle für Sicherheitspolitik und Konfliktanalyse, an der ETH Zürich herzlich willkommen.

Die Karl-Schmid-Stiftung bezweckt: Die Durchführung von Kolloquien und weiteren Veranstaltungen, die zum besseren Verständnis grundlegender Fragen in Literatur, Geschichte und Gegenwart führen; zu diesen gehören Probleme der schweizerischen Identität und Integration, Grundfragen der Sicherheits- und Friedenspolitik.

Unsere heutige Tagung mit dem Thema zum *Bericht Schmid und den Grundlagen einer strategischen Konzeption der Schweiz aus historischer und aktueller Perspektive*, liegt damit ganz im Rahmen der Statuten der Karl-Schmid-Stiftung und im Themenkreis der Forschungsstelle für Sicherheitspolitik und Konfliktanalyse.

Es lag uns bei der Themenwahl ganz allgemein daran, im diesjährigen Symposium Karl Schmid als Soldat zu würdigen und seine diesbezüglichen Leistungen nochmals hervorzuheben.

Mit Fug und Recht darf an dieser Stelle behauptet werden: Karl Schmid war Soldat vom Scheitel bis zur Sohle, das geht schon aus einem Brief hervor, den der junge, 21jährige, frisch brevetierte Leutnant an einen Freund schrieb: „Der Galon sitzt also. Und die Sterne blinken. Und der Säbel funkelt. Und der hohe Sold klingelt. Und der Tango (so nannten ihn seine Freunde) strahlt natürlich – wie ein Gorilla, der eine Uhr gefunden hat. Aber im Ernst: Es zieht mich allerhand zum Militär. Ich habe mich manchmal gefragt, was es sei.“

Aber nicht nur als Soldat und als Generalstabsoffizier, sondern überall, wo er sich zur Verfügung stellte und dabei gefordert wurde, erbrachte Karl Schmid, und dies vor allem im Dienste der Eidgenossenschaft, höchste Leistungen.

Ein beinahe unvorstellbares Pensum erfüllte er als Hochschullehrer und Rektor der ETH, aber auch als Wissenschaftler und als Wissenschaftspolitiker (Präsident des Wissenschaftsrates), als Germanist und Schriftsteller sowie als Staatsdenker; erinnern wir nur an seine visionären Schriften zum Thema Schweiz/Europa, mit denen er sich schon vor einem Vierteljahrhundert eingehend auseinander gesetzt hat.

Heute gilt die Würdigung Karl Schmid's nochmals seinem engagierten und überzeugenden Denken und Wirken im militärischen Bereich. Karl Schmid war, wie schon erwähnt, aus Überzeugung und innerer Leidenschaft Soldat und gab viele seiner besten Kräfte der Landesverteidigung.

Der prägnante Germanist Karl Schmid gehört auch zu den bedeutenden Militärschriftstellern unseres Jahrhunderts, denken wir nur an seine tiefsinnigen Essays: „Zur seelischen Lage des Soldaten“ und „Der Soldat und der Tod“ sowie an seine Beiträge über: „Die Artillerie als Führungselement“, „Die Wandlungen im Geiste der Führung“, über: „Psychologische Aspekte des totalen Krieges“ und seinen vielbeachteten Artikel: „Zum Tode des Generals“, um nur diese wenigen zu nennen.

Dazu kommen noch ungezählt viele Referate, die Karl Schmid im Auftrage der Sektion Heer und Haus während des Zweiten Weltkrieges gehalten hat. Zahlreiche dieser Vorträge werden in der im nächsten Jahr erscheinenden neuen Ausgabe von „Gesammelten Werken Karl Schmid“ abgedruckt sein.

In seiner Gedenkrede anlässlich der Trauerfeier für Karl Schmid am 5. November 1974 würdigte sein früherer oberster Chef, Bundesrat Professor Hans Peter Tschudi, Karl Schmid mit den eindrücklichen Worten:

„Zu unserem schmerzlichen Bedauern muss die Schweiz künftig Rat und Tat Karl Schmid entbehren. Er hat in seinen Büchern und Vorträgen stets zu grundsätzlichen Problemen unseres Staates Stellung genommen. In seinem Sinne handeln wir, wenn wir auch heute in die Zukunft blicken und dabei an seine mahnende Worte denken: Nicht von den Verträgen oder den Kanonen, sondern von den Büchern und den Schulstuben hängt es ab, wie Europa am Ende unseres Jahrhunderts aussehen wird.“

In Erinnerung an Karl Schmid wollen wir nun dieses Symposium durchführen und dabei dem grossen Staatsdenker und Lehrer an unserer ETH nochmals danken und gedenken.

Und damit übergebe ich das Wort an meinen Kollegen Prof. Dr. Kurt R. Spillmann, dem Leiter der Forschungsstelle für Sicherheitspolitik und Konfliktdanalyse an der ETH Zürich, er wird Sie in die vorgesehene Thematik unserer Tagung näher einführen.

Einleitung von Kurt R. Spillmann, Leiter der FSK

Herr Bundesrat, meine sehr verehrten Damen und Herren

Ich darf Sie nun auch im Namen der ETH Zürich und ihrer Forschungsstelle für Sicherheitspolitik und Konfliktanalyse herzlich zu dieser gemeinsamen Veranstaltung mit der Karl-Schmid-Stiftung begrüßen. Wir setzen damit auch die Tradition der sicherheitspolitischen Arbeitstagungen fort, die im Gründungsjahr der Forschungsstelle 1986 begann und den Anfang bildete jener Zusammenarbeit zwischen Universität und ETH, die sich heute im neuen interuniversitären CIS, Center for International Studies / Zentrum für Internationale Studien kristallisiert hat.

„Karl Schmid als strategischer Denker: Beurteilungen aus historischer und aktueller Perspektive“ lautet der Titel unserer Veranstaltung. Sie will bewusst zugleich historisch und aktuell, personenbezogen und allgemein sicherheitspolitisch sein.

Historisch und personenbezogen ist sie im Hinblick auf die grosse Leistung von Karl Schmid als strategischer Denker und als Redaktor eines sicherheitspolitischen Grundlagendokumentes, in welchem er die Gedankenarbeit der besten strategischen Denker, die die Schweiz jener Zeit aufzuweisen hatte, in inhaltlich wie stilistisch grossartiger Weise zu integrieren verstand, so dass der „Bericht Schmid“ noch heute modellhaften Charakter beanspruchen kann.

Aktuell und allgemein sicherheitspolitisch ist die Tagung insofern, als sie im zweiten Teil (am Nachmittag) eine Evaluation der Gültigkeit der strategischen Leitlinien des Berichts von 1969 aus heutiger Sicht unternimmt und schliesslich – im letzten Panel – nach den grundsätzlichen Veränderungen fragt, die die heutige sicherheitspolitische Lage von derjenigen von 1969 unterscheidet. Wir freuen uns besonders, dass auch Herr Botschafter Edouard Brunner, Vorsitzender der gegenwärtig aktiven Kommission für strategische Fragen, an dieser Diskussion teilnimmt.

Ich möchte schon jetzt allen Referierenden für ihre spontane Bereitschaft danken, ohne Honorar – nur für ein spartanisches Mittagessen – an dieser Veranstaltung mitzuwirken. Zugleich bitte ich die Gäste um Verständnis dafür, dass wir Sie aus Platzgründen nicht alle zum Mittagessen einladen konnten. Wir mussten auf Ihre Befähigung zur Selbstsorge vertrauen und haben Ihnen zur Erleichterung wenigstens eine kleine Karte verteilt, auf der Sie die zahlreichen Verpflegungsmöglichkeiten im Umkreis der Hochschulen eingezeichnet finden.

Nun möchte ich die Tagung eröffnen mit meinem herzlichen Dank an den Chef des Eidgenössischen Militärdepartementes, Herrn Bundesrat Ogi, dass er auch heute wieder – wie bereits als Nationalrat – sein persönliches Engagement für die Schweizer Sicherheitspolitik durch die Teilnahme an einer sicherheitspolitischen Arbeitstagung in diesem Hause dokumentiert.

Grussadresse von Bundesrat Adolf Ogi, Vorsteher des EMD

Meine sehr geehrten Herren Tagungsleiter, meine sehr geehrten Herren Bundesräte, meine Damen und Herren National- und Ständeräte, meine Damen und Herren Regierungsräte, Herr Rektor, meine sehr geehrten Vertreter der Armee, der Wirtschaft, der Wissenschaft und der Verwaltung, sehr verehrte Gäste, meine Damen und Herren.

Ich danke den Organisatoren dieser Tagung für ihre Initiative. Professor Karl Schmid hat entscheidendes zur Entwicklung der sicherheitspolitischen Strategie der Schweiz beigetragen. Eine Würdigung seiner Verdienste um unsere Sicherheitspolitik war überfällig. Sie kommt auch gerade rechtzeitig, weil wir uns in einer Übergangsphase befinden, in der wir unsere sicherheitspolitische Konzeption gründlich überdenken müssen, in der konstruktive und innovative Anstösse wichtig und nötig sind und in der das Vorbild von Karl Schmid besonders wesentlich ist und weithin leuchten muss.

Karl Schmid verkörpert jenen Typ Schweizer, der dem Land neue Impulse gibt, der aber oft erst im Nachhinein anerkannt wird, der den Mut aufbringt, einen eigenen Standpunkt zu vertreten, Aussergewöhnliches zu leisten, und aus dem Mittelmass herauszutreten. Letzteres wird bekanntlich in unserem Land nicht immer geschätzt.

An Karl Schmid beeindruckt auch sein wohlverstandener Patriotismus, der sich zum Beispiel in seinem Verzicht auf die nukleare Bewaffnung des Landes äussert. Karl Schmid erkannte die Bedrohungen der Zeit mit klarem Verstand. Er wusste um unsere Fähigkeiten, aber auch um unsere Grenzen. Er vereinte diese Einsichten zu einem tragfähigen Ganzen.

Karl Schmid und die Mitglieder seiner Kommission haben grossen Anteil daran, dass die Schweiz den Kalten Krieg auf sicherem Kurs überstanden hat, und dass sowohl unsere sicherheitspolitische und militärische Konzeption, als auch die Ausbildung und Ausrüstung der Armee während drei Jahrzehnten auf der Höhe der Zeit blieben. Deshalb können wir heute die nötigen Anpassungen von einer soliden Grundlage aus in Angriff nehmen. Das ist eine grosse Leistung und ein wichtiger Beitrag an das Gemeinwohl. Darauf können alle, die daran mitgearbeitet haben, stolz sein. Einige von ihnen sind heute unter uns. Ihnen gilt mein ganz spezieller Dank.

Frieden, Unabhängigkeit, Integrität des Territoriums und Schutz unserer Existenzgrundlagen: Das sind heute wie damals unsere sicherheitspolitischen Ziele. Sie haben sich nicht verändert. Verändert haben sich hingegen die internationalen, gesellschaftlichen und technologischen Rahmenbedingungen. Diese Veränderungen fordern uns heraus. Ihnen müssen wir uns vorurteilsfrei stellen. So wie das Karl Schmid auch immer wieder getan hat.

Ich habe deshalb im letzten August die Studienkommission für strategische Fragen eingesetzt. Sie steht unter der Leitung von Herrn Botschafter Edouard Brunner. Er ist heute auch unter uns. Seine Kommission muss Gefahren und Chancen analysieren. Sie muss die sicherheitspolitischen Orientierungsmarken für das nächste Jahrzehnt vorschlagen. Der Schlussbericht der Kommission liegt Ende 1997 oder anfangs 1998 vor.

Ich will hier aber nicht den möglichen Ergebnissen vorgreifen, sondern mehr auf die Erkenntnisse eingehen, die ich aus zahlreichen Gesprächen mit schweizerischen Meinungsträgern, ausländischen Amtskollegen und Vertretern der Nato gewonnen habe. Dies nicht deshalb, weil ich Abstand zur Kommission Brunner nehmen möchte, sondern weil die Studienkommission ihre Arbeit in Ruhe fortsetzen und beenden soll, weil Botschafter Brunner Sie nach eigenem Ermessen über den Stand der Arbeiten orientieren kann und weil ich glaube, dass die Erkenntnisse des EMD in diesem Zeitraum auch nicht stillstehen und gelegentlich gewogen werden müssen. Wir dürfen und müssen schon jetzt handeln. Wir dürfen und müssen schon jetzt in die Zukunft blicken.

Bevor ich das aber tue, will ich ein Bekenntnis ablegen, das mir sehr am Herzen liegt. Nicht nur als Chef des EMD. Sondern auch als Bürger und Soldat. Es betrifft den Verteidigungsauftrag der Armee. Wenn ich seit einiger Zeit davon spreche, dass die relative Bedeutung anderer Aufträge zunimmt, wenn ich betone, dass unser internationales Engagement für Stabilität, Sicherheit und Frieden ausgebaut werden muss und wenn ich darüber nachdenke, wie Struktur, Ausbildung und Ausrüstung der Armee den Herausforderungen der Zukunft angepasst werden müssen, dann ist das keine Kritik an den sicherheitspolitischen Denkern, die zu unserer bisherigen Sicherheitspolitik so viel beigetragen haben, dann ist das auch keine Geringschätzung der Leistungen, die Offiziere, Unteroffiziere und Soldaten in unserer heutigen Armee erbringen. Es ist vielmehr Ausdruck meiner Überzeugung, dass unsere Sicherheitspolitik vermehrt auf die aktuellen Bedrohungen ausgerichtet sein muss, und dass sie sich in dem Masse verändern muss, wie sich auch die Risiken und Gefahren verändern und verschieben.

Seit meinem Amtsantritt im EMD habe ich die Verteidigungsminister von Frankreich, Deutschland, Österreich, Italien, Dänemark, Norwegen, Schweden, Finnland, Estland, Grossbritannien und den USA zu bilateralen Gesprächen getroffen. Ich habe am 13. Juni [1997] am Treffen der Verteidigungsminister der Nato- und der PfP-Staaten in Brüssel teilgenommen. Mit Generalsekretär Solana habe ich vor dem Nordatlantikrat unser individuelles PfP-Partnerschaftsprogramm besiegelt. Bei meinen Besuchen in Sarajevo habe ich auch mit Vertretern der IFOR und SFOR gesprochen. Diese Gespräche haben mein Weltbild nicht umgestürzt und meine Wertvorstellungen nicht durcheinandergebracht. Sie haben meinen Blick für die Zukunft geschärft.

Für die Weiterentwicklung unserer Sicherheitspolitik und des Armeeauftrags scheinen mir folgende drei Bausteine wesentlich:

Baustein Nr. 1: Wir müssen unser internationales sicherheitspolitisches Engagement ausbauen. Es geht nicht um Mitmachen um jeden Preis. Es geht um die konsequente Verfolgung unserer eigenen Sicherheitsinteressen. Was heisst das im heutigen Umfeld?

Erstens: Sicherheit und Stabilität werden heute zunehmend durch internationale Zusammenarbeit gewonnen. Die militärische Gefahr ist gesunken. Andere Gefahren lassen sich nicht im Alleingang bewältigen. Ich denke hier z.B. an Proliferation, Organisierte Kriminalität, Bürgerkriege, Migrationsdruck und Umweltkatastrophen. Die Bekämpfung dieser Gefahren fängt nicht erst an der Landesgrenze an und hört auch nicht dort auf.

Zweitens: Vorbeugen ist besser als heilen. Es ist auch billiger. Wenn unser Engagement dazu beiträgt, die Wahrscheinlichkeit des Verteidigungsfalls noch weiter zu reduzieren, dann ist das eine gute Investition.

Drittens: Wir dürfen nicht nur Sicherheit konsumieren. Wir müssen auch Sicherheit mitproduzieren. Sonst gelten wir als Trittbrettfahrer. Das können wir uns immer weniger leisten. Ein Kleinstaat ist besonders auf Goodwill angewiesen. Wir haben das in der letzten Zeit zur Genüge erfahren müssen.

Baustein Nr. 2: Engagement und Kooperation sind heute leichter möglich als früher, weil die politisch-militärische Konfrontation in Europa verschwunden ist und weil damit auch die neutralitätspolitische Zurückhaltung gegenüber solcher Kooperation weniger gefragt ist. Das Verschwinden der Ost-West-Konfrontation in Europa hat das multilaterale Krisenmanagement gefördert.

Uno und OSZE sind handlungsfähiger geworden. Gegner von einst arbeiten zusammen. Die Nato hat ihr Augenmerk von der Territorialverteidigung auf friedenserhaltende Operationen an der Peripherie des Bündnisgebiets verlagert. Man kann sich an solchen Aktionen beteiligen, ohne der neutralitätswidrigen Parteienahme bezichtigt zu werden, weil es darum geht, den Frieden zu fördern, weil es darum geht, Solidarität zu demonstrieren, weil viele Einsätze Bürgerkriegen gelten, weil auf diese das Neutralitätsrecht nicht anwendbar ist und weil die Einsätze in der Regel mit Zustimmung der beteiligten Parteien erfolgen.

Baustein Nr. 3: Die Anpassung unserer Wehrstrukturen darf kein Tabu sein. Sie ist nötig, wenn wir Chancen besser wahrnehmen und aktuelle Risiken besser abdecken wollen. Die Anpassung unserer Wehrstrukturen muss berücksichtigen, dass die Armee das gewichtigste Instrument unserer Sicherheitspolitik ist, dass sie die einzig glaubwürdige Rückversicherung gegen machtpolitische Gefahren ist, dass sie eine gewisse Kontinuität braucht und dass der bedrohungsgerechte Abbau die rasche Wiederaufwuchsfähigkeit nicht gefährden darf.

Die Anpassung der Wehrstrukturen muss aber auch berücksichtigen, dass der Rückhalt der Armee in der Bevölkerung und ihre Glaubwürdigkeit in hohem Masse davon abhängen, wie sie dem aktuellen Bedrohungsempfinden der Bürger Rechnung trägt und wie sie sich im Rahmen der Existenzsicherung, der subsidiären Einsätze und der Friedensförderung bewährt.

Wir befinden uns auf einer Gratwanderung. Diese geht noch lange weiter. Nicht nur für uns.

Für alle anderen Staaten Europas auch. Auf dieser Gratwanderung ist die Routenwahl von höchster Bedeutung. Und es ist wichtig, dass Haken, Karabiner und Seil richtig verteilt sind. Vorschläge und Impulse erwarte ich nicht nur von der Kommission Brunner. Ich erwarte sie auch von Ihnen. Sie sind Mitglieder der „sicherheitspolitischen Gemeinde“ der Schweiz. Ihre Meinung ist uns wichtig. Wir brauchen Ihre Expertise. Wir wollen den Dialog. Ich will Ihre Meinung am Schluss der Tagung zur Kenntnis nehmen können.

Eine wertvolle Eigenschaft Karl Schmidts kommt uns dabei sehr zustatten. Ich meine den Mut, frei zu denken. Ich meine die Fähigkeit, auf die Gedanken anderer einzugehen. Ich meine die Bereitschaft, zuzuhören. Wenn niemand für sich in Anspruch nimmt, zu wissen, wohin die Reise geht, wenn sich niemand als Alibi-vertreter eines anderen Standpunktes vorkommen muss, wenn niemand nur zuhört, um die Argumente des andern eilfertig zu entkräften, wenn sich alle Teilnehmer der Diskussion als Gesprächspartner wahrhaftig ernst nehmen, dann treffen wir auf dem Grat die richtige Routenwahl, dann kommen wir vorwärts.

Wenn sich die Tagung diesem Geist verpflichtet, dann trägt sie zurecht den Namen des grossen Schweizers, mit dem ich hier schliessen will, dann trägt sie zurecht den Namen Karl Schmidts.

A. DER BERICHT DER KOMMISSION SCHMID

Fred Luchsinger

Die sicherheitspolitische Lage 1969 und die Beurteilung durch Karl Schmid

Was hier zur Diskussion steht, ist ein schweizerisches Thema aus dem Kalten Krieg. Nichts ist jedoch seit dem Fall der Berliner Mauer dem öffentlichen Gedächtnis so rapid entfallen wie jene Ära, die Europa viereinhalb Jahrzehnte lang, 1945 bis 1990, unter politischem Druck und Spannung gehalten hat. Es müssen hier ein paar Stichworte genügen, um die damalige Wahrnehmung der Epoche notdürftig zu markieren:

- Die Szenerie des Eisernen Vorhangs zwischen Ost und West quer durch Deutschland und Europa, mit Stacheldraht und Schiessstellungen einer militärischen Frontlinie ähnlich, 360 Kilometer vor der schweizerischen Ostgrenze;
- zwei Welten, fast hermetisch voneinander getrennt, die eine im Zeichen eines rigiden totalitären Herrschaftssystems, die andere politisch liberal verfasst, aber angesichts einer lastenden militärischen Machtdrohung zu kollektiver Verteidigung und wirtschaftlichem Verbund gezwungen;
- ein ideologisch-psychologischer Krieg zwischen beiden, geführt mit allen Mitteln der Massenkommunikation und des Nervenkrieges mit periodischen Hochspannungen;
- der apokalyptische Aspekt der Nuklearwaffen schliesslich, der scheinbar unaufhaltsamen Hoch- und Höherrüstung im Zeichen mehrfacher „Overkill“-Kapazitäten und eines möglichen globalen Holocaust.

Das Jahrzehnt der sechziger Jahre innerhalb dieser Ära, mit der wir uns hier befassen, begann mit dem Bau der Berliner Mauer und seinen dramatischen Konfrontationen, kumulierte in der Pupillenprobe der beiden Weltmächte über der Stationierung von sowjetischen Nuklearwaffen auf Kuba, globalisierte sich in Schachzügen in Afrika, dem Nahen Osten und Vietnam, gipfelte abermals in Europa 1968 in Prag mit dem Einmarsch der Warschau-Pakt-Armeen und mündete schliesslich in eine Art Entspannungsprozess, der in die zerbrechliche Formel von Helsinki für einen *modus vivendi* im gespaltenen Europa gefasst wurde. Es dauerte danach noch einmal 15 Jahre mit weiteren Höhepunkten von Spannungen und Hochrüstung, bis die ost-westliche Trennmauer in Berlin und Deutschland fiel, die Sowjetmacht sich kollabierend zurückzog, das Wettrüsten und mit ihm der Kalte Krieg sein Ende fand.

Die Schweiz hat diese Prüfung des Kalten Krieges abermals hinter den Fronten in relativem politischem Windschatten überstanden. Die Maxime der staatlichen Neutralität, mit der sie sich aus den europäischen Konflikten ihrer Nachbarn 1870, 1914-18 und 1939-45 hatte heraushalten können, leitete ihre Politik auch in dieser neuen Konfrontation mit der Selbstverständlichkeit einer historisch bestätigten und sozusagen patentierten Tradition. Sie verbot einseitige staatliche Bindung an eine Allianz – auch wenn das schweizerische Interesse an der

kollektiven Sicherheitspolitik der Nato-Partner zur Verteidigung – und möglichst „vorne“-Verteidigung – des Kontinents so wenig zu verleugnen war wie die Option der öffentlichen Meinung für demokratisch-freiheitliche Ordnung.

Was unter dieser aussenpolitischen Vorgabe der Neutralität nach 1945 in der Schweiz unter dem Thema Sicherheitspolitik zur Diskussion stand, war also Selbstverteidigung unter der Perspektive des totalen Krieges. Beides war nicht Neuland. Der Zweite Weltkrieg hatte mit seinen extensiven Zerstörungen von Bevölkerungszentren und Produktionsanlagen weit hinter den Fronten, mit Wirtschaftsblockaden, mit psychologischer Kriegführung und Subversionsoperationen weitgehend totalen Charakter gehabt, und man hatte sich in der Schweiz bereits vor 1939 und in den ersten Kriegsmonaten darauf eingerichtet mit Luftschutz, Kriegswirtschaft, Massnahmen gegen Subversion und zur geistigen Landesverteidigung, Sicherung der öffentlichen Information. Was nach 1945 dann wieder, unter dem Thema künftiger Kriegsvorsorge, Gegenstand von Organisations- und Reorganisationskonzepten und koordinierten Verwaltungsmassnahmen war, stand durchwegs unter dem Titel von Gesamtverteidigung. Der Vielfalt möglicher Bedrohungen über die rein militärischen hinaus sollte Rechnung getragen werden. Es dauerte nach Kriegsschluss ein Vierteljahrhundert, bis diese Strukturen unter Dach waren.

Die Atombombe, die am 6. August 1945 Hiroshima zerstörte, hat dem Bild des totalen Krieges und dem Konzept der Gesamtverteidigung jedoch abermals eine neue Dimension gegeben. Sie hat die Drohung umfassender Zerstörung potenziert und die nichtnuklearen Staaten mit der Möglichkeit nuklearer Erpressung konfrontiert. Mit der Verbreitung dieser Waffe, die vorerst amerikanisches bzw. amerikanisch-britisches Monopol war, dann der Sowjetunion, schliesslich Frankreich und China zugänglich wurde, entwickelte sich eine neue Art strategischen Denkens. Es stellte angesichts der Drohung prohibitiver wechselseitiger Zerstörung Konfliktverhinderung in den Mittelpunkt als eine gesamtpolitische und damit nicht mehr primär militärische Aufgabe. Aber damit greifen wir in die sechziger Jahre vor.

1945 aber war Hiroshima in der Schweiz wie anderswo ein apokalyptisches Signal, das sofort Interpretationen einer nun alle Perspektiven von Krieg und Frieden radikal verändernden neuen Kondition der Menschheit hervorgerufen hat – von der Vision ihres Unterganges bis zu der des nun in Aussicht stehenden ewigen Friedens im Schatten der neuen Bombe. Es gibt im schriftlichen Nachlass von Karl Schmid, dem sich diese Ausführungen nun zuwenden sollen, ein vielsagendes Dokument dieser Epochenwende. Er gehörte zu einem intellektuellen Freundeskreis, der sich aus der seinerzeitigen „Offiziersverschörung“ von 1940 entwickelt hatte und sich „Eidgenössische Gemeinschaft“ nannte. Dort wurde über die Zukunft der Schweiz intensiv, kontrovers, aber mit konkreten Fragestellungen diskutiert. Walter Allgöwer, damals gegen das militärische Establishment eher kritisch gestimmter Berufsoffizier, hatte dort in einem Vortrag aus „Hiroshima“ den Schluss des nunmehr sozusagen garantierten ewigen Friedens und damit der Hinfälligkeit sowohl schweizerischer Neutralität wie militärischer Landesverteidigung gezogen, ähnlich wie das auch etwa der religiöse Sozialist Ragaz getan hatte.

Karl Schmid, durchaus beeindruckt von diesen Denkperspektiven, begann auf seine Weise das Problem nüchtern zu analysieren und trat Allgöwer in einer weiteren Diskussion im

Herbst 1945 mit entgegengesetzter Argumentation gegenüber: Es werde nicht beim amerikanischen Nuklearmonopol bleiben, der bereits sichtbare Grossmächtekonflikt lasse die Vision einer unabhängigen universalen Weltsicherheitsorganisation als Friedensgarant und Rechtsinstitution nicht zu, Krieg *bleibe* eine Möglichkeit, damit aber für den Kleinstaat auch die Option der Neutralität und die Pflicht zur eigenen Vorsorge und zu schweizerischer Selbstverteidigung.

Unmittelbar unter dem Eindruck von Hiroshima wird hier also die Vision eines durch die Atomwaffe gesicherten Weltfriedens skeptisch beurteilt und, auch unter der neuen Bedingung, ein Programm kleinstaatlicher „Selbstbehauptung“ vertreten, eine Bezeichnung, die Karl Schmid dem zu engen Begriff der Landesverteidigung vorzog. Er differenzierte ihn im Laufe der internationalen Entwicklung des nuklearstrategischen Denkens. Einmal, in einem Vortrag vor der Gesellschaft schweizerischer Sanitätsoffiziere, konfrontierte er sich 1966 selber mit der „unvorstellbaren Vorstellung“ des ewigen Friedens bzw. eines Atomkrieges, in dem die Armee überhaupt nicht mehr zum Zuge käme, da ihr in der allgemeinen Vernichtung keine sinnvolle militärische Aufgabe herkömmlicher Art mehr gestellt werden könnte. Beide Szenarien, bewusst als Utopien diskutiert, münden in ein Plädoyer für die erzieherische Funktion der Armee als einen Selbstwert. Das ist jedoch nicht als Reduktion des Militärischen auf eine blosse „pädagogische Provinz“ zu lesen, sondern betont als Ausblick ins „Unvorstellbare“ ausserhalb jener „richtigen Zone“, in der Vorsorge für das Reale und „Wahrscheinlichere“ zu treffen ist.

Ein *ceterum censeo* seiner Vorträge und Publikationen zu militärischen Fragen galt vielmehr der gesamtheitlichen Denkweise in Verteidigungsfragen. Der Staat bzw. die Nation insgesamt, nicht nur die Armee, war hier gefordert, auch wenn sie, die „Spitze der Pyramide“ in der Selbstbehauptung in Krisenlagen blieb. Die „militärische Sache“ aber war *res publica*, öffentliche Angelegenheit, Bürgerverantwortung. Sie betraf das Ganze und involvierte das Ganze, und ohne Zusammenwirken aller Kräfte war eine Situation nach dem nun aktuellen Kriegsbild nicht mehr zu bestehen. Die gebotene strategische Denkweise musste von der Interdependenz, der wechselseitigen Abhängigkeit aller Bereiche ausgehen. Sie entmythisierte damit weitgehend das spezifisch „Soldatische“, wenn auch die Armee ihre geistige Funktion als Stätte des selbstlosen Dienstes behalten sollte und behielt. Gegebenenfalls musste auch der Kleinstaat eine Option auf Nuklearwaffen zur „Abhaltung“ von Angriffen bzw. Erpressungen beanspruchen. Eine „Atommacht“ aber sollte und konnte er damit nicht sein.

Soweit zusammengefasst, die grundsätzlichen Positionen, wie sie Karl Schmid in den Diskussionen der fünfziger und sechziger Jahre vertreten hat. Er hat sie meines Wissens nicht in einer persönlichen Gesamtkonzeption zusammengefasst. Sie ging 1969 auf im kollektiven Entwurf der Studienkommission für strategische Fragen, die durchaus seine Hand erkennen lässt.

In der öffentlichen Kontroverse jener Jahre zwischen den Verfechtern einerseits einer hochmobilen Verteidigung mit starker Panzer- und Flugwaffe, andererseits einer eher statischen, tiefgegliederten und „eingegrabenen“ Abwehr ist Karl Schmid nicht als Wortführer in den Ring getreten. Seinen Standpunkt hat er aber doch deutlich markiert – z.B. in einem Vortrag vor Offizieren der Motorisierten Truppen, also sozusagen in der Höhle des Löwen, in dem er

operative Beweglichkeit als ein „trügerisches Phantom“ apostrophierte, das mit seiner notwendigen Riesenapparatur und Infrastruktur operative Führung „wie nie zuvor von Materie abhängig“ mache. Es fällt der Ausdruck „militärische Hochstapelei“. Hinter der Argumentation zur Sache ist aber spürbar, dass in Schmid's Empfinden mit solcher Überproportionalität das schweizerische Mass verletzt würde.

In einem anderen Vortrag, diesmal vor der Konferenz der Kantonalen Militärdirektoren, hat er 1964 in der Frage einer schweizerischen Atomwaffe für eine Art „Kompromiss“ plädiert, d.h. entschieden gegen eine autonome nukleare „*force de frappe*“ nach französischem Vorbild Stellung genommen, aber eine „taktische“ schweizerische Atombewaffnung, sollte sie zur Normalrüstung in Europa werden, offen gelassen.

In beiden Äusserungen ist hinter der strategischen Argumentation eine Sorge zu spüren, dass die kleinstaatliche Dimension der Schweiz unter einem „militärischen Marxismus“ Schaden nehmen könnte. Die *res militaria* steht im Denken Karl Schmid's in steter enger Beziehung zur *res publica* des Kleinstaates Schweiz als Hort einer überschaubaren, von den Bürgern getragenen menschlichen Ordnung. Diesem Kleinstaat, seinem Wesen, seinen Bedingungen, seinem Charakterbild hat ein Grossteil seines Denkens und Schreibens gegolten. Das Militärische ist, als Bürgerpflicht, vom Bürgerlichen nicht zu trennen und viceversa.

Nicht von der Hand zu weisen ist wohl auch, dass die spezifische Art seines Militärdienstes mit besonderen schweizerischen Denkweisen wie Vorbehalten zu tun hat: Die weitaus meisten seiner 2300 registrierten Dienstage hat er, vom Artillerierekruten bis zum Regimentskommandanten und vom Generalstabsoffizier der 9. Division bis zum Stabschef des 3. Korps „am Gotthard“, im Zentrum des Réduit und Symbol des eingegrabenen Widerstandes verbracht. Wiederholt hat er dann in Landesverteidigungsübungen der fünfziger und sechziger Jahre als Stabschef der Übungsleitung und als Leiter und Berater ziviler Expertengruppen an Stellen gewirkt, wo integrierendes Denken im Sinne von Gesamtverteidigung besonders gefragt war.

Während die Kontroversen um mobile oder stabile Konzepte militärischer Verteidigung über dem Finanzdebakel der Mirage-Vorlage mehr oder weniger gegenstandslos wurden bzw. in den Kompromiss der Landesverteidigungskonzeption von 1966 mündeten, blieb die Frage eigener nuklearer Verteidigungsmittel unentschieden. Das Volk verwarf 1962 und 1963 mit grossem Mehr zwei Initiativen, die auf ein Verbot bzw. auf eine verfassungsrechtliche Erschwerung einer atomaren schweizerischen Rüstung angelegt waren, wollte also eine künftige Option in dieser Sache offenhalten. Andererseits verstärkte sich der internationale Druck in Richtung eines Atomsperrvertrages, der eine Weiterverbreitung von Nuklearwaffen unterbinden sollte.

Nicht zuletzt diese politisch-strategische Problematik gab den Anstoss zur Bildung der Studienkommission für strategische Fragen, die dem Generalstabschef einen Entwurf zu einer strategischen Gesamtkonzeption der Schweiz – und nebenbei zur Frage des Beitritts zum Atomsperrvertrag – ausarbeiten sollte. Sie umfasste 25 unabhängige Personen – im Zeichen der Zeit alles Männer – aus Wissenschaft, Politik, Wirtschaft, Publizistik und einigen – wenigen – Behördenvertretern aus den Kantonen. Dass das EMD Karl Schmid zum Präsidenten

dieser Kommission berief, lag angesichts seiner umfassenden Kompetenz in militärischen wie politischen Grundfragen wie als wissenschaftlich denkender Intellektueller von Ruf und weiter Akzeptanz auf der Hand.

Über die Arbeit und Resultate dieser Kommission wird in den folgenden Referaten berichtet. Erlauben Sie mir als einstigem Mitglied hier nur eine subjektive Impression ihres Anfanges. Ihre erste Generaldebatte ist mir als ein Fall von kollektiver Orientierungslosigkeit in Erinnerung geblieben. „Mit langen Stangen in dickem Nebel herumgestochert“ hatte ich mir danach notiert. Die Begriffe Landesverteidigung, Gesamtverteidigung, Strategie schienen auswechselbar, die Vorstellungen von dem, was zu tun sei, unterschiedlich bis gegensätzlich. Karl Schmid stellte ein provisorisches Gerüst auf die ungeordnete Baustelle, ordnete versuchsweise die Thematik und schlug eine vorläufige Arbeitsorganisation vor. In der zweiten Sitzung war Konsens über Thematik, Abgrenzungen, Arbeitsweise mühelos und fast miraculös erreicht. Die Hand eines meisterlichen Organisators war zu spüren, der in der Folge die Freiheit der Diskussion ebenso nachhaltig wahrte wie er als verantwortlicher Gestalter Resultate im Auge behielt und sie mit hohem Anspruch an differenzierende Formulierung eigenhändig mitprägte.

Josef Feldmann

Die Folgerungen der Kommission Schmid aus der strategischen Lagebeurteilung 1969

Die Studienkommission für strategische Fragen stand ganz am Anfang ihrer Tätigkeit, als sich unter ihren Mitgliedern eine animierte Diskussion um die Frage entfachte, wie der Terminus „Strategie“ zu definieren sei. Das war zu erwarten, und zu erwarten war auch, dass es nicht leichtfallen würde, einen Konsens zu finden. Nachdem der Disput geraume Zeit gedauert hatte, brach ihn der Präsident ab mit der lapidaren Bemerkung: „Verschieben wir das auf später. Wir wissen ja alle, wovon wir reden.“

Es war nicht das einzige Mal, dass sich der subtile Denker Karl Schmid als gesunder Pragmatiker erwies. Und er hatte recht. In der Fortsetzung ihrer Arbeit einigte sich die Kommission schliesslich auf die Definition: „Unter Strategie verstehen wir, von unserem Kleinstaat aus gesprochen, *den umfassend konzipierten Einsatz aller Kräfte der Nation zur Verwirklichung der politischen Ziele des Staates gegenüber einer zum Machtgebrauch bereiten Umwelt.*“¹

Am Rande bleibt anzumerken, dass der Terminus „Strategie“ innerhalb der Studienkommission nie auf Kritik oder Vorbehalte stiess. Erst später kam anscheinend die Meinung auf, er klinge zu martialisch und sei deshalb durch das sanftere Wort „Sicherheitspolitik“ zu ersetzen.

Mit der Formulierung „gegenüber einer zum Machtgebrauch bereiten Umwelt“ grenzte die Studienkommission das Feld ihrer Analyse und Reflexionen eindeutig von anderen politischen Handlungsbereichen ab. Dabei fiel besonders ins Gewicht, dass die „zum Machtgebrauch bereite Umwelt“ von Mächten dominiert wurde, die über Waffen von praktisch unbegrenzter Zerstörungskraft und über ebenso starkes Erpressungspotential verfügten.

Die Einsicht, dass es deshalb gelte, vom traditionellen Landesverteidigungsdenken wegzukommen und als oberstes Ziel der Strategie die *Kriegsverhinderung* zu setzen, ist keine Erfindung der SSF (So wurde die Studienkommission für strategische Fragen geläufig genannt, weil unter dem Dach des EMD nichts unabgekürzt bleiben darf). Ihr wesentliches Verdienst liegt darin, dass sie es unternahm, die Mittel und Möglichkeiten einer schweizerischen Dissuasions-Strategie systematisch zu erfassen und zu werten, und dass sie dabei an zahlreichen Stellen ihres Berichts nachdrücklich auf die Verflechtung und die Interdependenz aller Elemente hinwies, die zum Erfolg der Selbstbehauptung unserer Nation zusammenwirken müssen. „Totaler Krieg“ heisst es im Bericht, „macht *umfassende Verteidigung* notwendig. Äussere und innere Politik, moralisch-psychologische Verfassung des Volkes, wirtschaftliche und finanzielle Vorsorge und Bereitschaft für den Ernstfall, Verwaltungsorganisationen und Rechtsgrundlagen, Zivilschutz im weitesten Sinne können ebenso wichtig sein wie militä-

¹ Studienkommission für strategische Fragen. *Grundlagen einer strategischen Konzeption der Schweiz*. Bericht der Studienkommission für strategische Fragen. Schriften des SAD Nr. 11. Stäfa 1971. S. 27 (Hervorhebungen im Original).

rische Operationen oder sogar ausschlaggebend.“²

Karl Schmid verschaffte diesem Gedanken besonderen Nachdruck mit der Strukturierung der SSF. Er gliederte sie für den ersten, analytischen Teil ihrer Arbeit in sechs sachbezogene Ausschüsse, legte aber fest, dass jedes Mitglied in zwei Ausschüssen mitarbeiten musste. Die Voraussetzungen für dieses Vorgehen waren optimal, denn es darf füglich festgestellt werden, dass sämtliche Kommissionsmitglieder in wenigstens zwei strategisch relevanten Bereichen über profunde Sachkompetenz verfügten. In einem Zeitungskommentar war die Rede von einer „geballten Ladung von Professoren und Obersten.“

Die Kommission erkannte bei ihrer Beurteilung des aktuellen Zustandes rasch, dass im Apparat der Bundesverwaltung der Gedanke der strategischen Interdependenz noch wenig entwickelt war. Folglich galt eine ihrer wichtigsten Forderungen der Überwindung des sektoriellen Denkens und Handelns aller beteiligten Verantwortungsträger. Ihr Befund lautete: „Das strategische Denken verlangt sonst nicht übliche Formen der Kombination verschiedener Gesichtspunkte und die Bereitschaft, die Auswirkungen dessen, was auf den einzelnen Sektoren als wünschenswert erscheint, im Interesse der strategischen Gesamtaufgabe zu überlegen.“³

Von dieser Feststellung ausgehend gelangte die SSF folgerichtig zur Frage, ob unter den strategischen Mitteln eine verbindliche Rangfolge zu bestimmen sei. In ihren Überlegungen dominierte zwar der im Ingress zum Bericht formulierte Gedanke, dass „für die strategische Führung des Staates keiner [der wichtigen] Sektoren ungestraft zugunsten eines andern vernachlässigt werden“⁴ dürfe. Sie stellte aber gleichzeitig fest, dass unser strategisches Instrumentarium Elemente enthalte, die mehr als nur eine Funktion erfüllten und deshalb geeignet wären, uns gegen verschiedene Risiken zu wappnen. Aus dieser Wertung zog sie den Schluss: „Unter den Mitteln, die zur Erörterung unserer Sicherheit beitragen, hat die *Armee* als einziger *Macht*-Faktor das relativ grösste Gewicht, das sich zudem in verschiedenen Richtungen auswirken kann. [...] Hier lohnt sich eine grosse Investition und drängt sich eine Schwerpunktbildung auf.“⁵

Karl Schmid gebrauchte in dieser Diskussion mit Vorliebe das Bild von der Kette, die so stark ist wie ihr schwächstes Glied. Dabei dachte er aber weniger an die materielle oder organisatorische Festigkeit der einzelnen Kettenglieder als an die politischen und psychologischen Kräfte, welche sie zusammenhielten. Dem entspricht der folgende Satz im Bericht: „Wenn der Wille, sich zu behaupten, fehlt und die nationale Kohärenz brüchig ist, dann sind strategische Konzeptionen, besonders im Fall der akuten Krise, gegenstandslos.“⁶

Vor die Frage gestellt, ob eine solche Entwicklung zu befürchten sei, fand sich die Kommission zu einer eher optimistischen Beurteilung. Sie äusserte zwar deutliche Skepsis gegenüber veralteten Vorstellungen einer „geistigen Landesverteidigung“, kam jedoch zum Schluss:

² Ebd., S. 27 (Hervorhebungen im Original).

³ Ebd., S. 22.

⁴ Ebd., S. 21.

⁵ Ebd., S. 67 (Hervorhebungen im Original).

⁶ Ebd., S. 40.

„Insgesamt sind die *Voraussetzungen einer haltbaren Verteidigungsgesinnung günstig*, nach wie vor günstiger als bei den meisten andern europäischen Nationen.“⁷ Bemerkenswert und aus aktueller Sicht bedenkenswert ist aber namentlich die folgende Sentenz: „Ein wichtiges Element des nationalen Zusammenhalts ist die *Armee*. [...] Die bindende Kraft der Armee liegt vor allem im *Milizsystem*, das auf der Wehrpflicht aller tauglichen männlichen Bürger beruht. Sollte aus ökonomischen oder militärischen Gründen eine Professionalisierung oder eine drastische Verkleinerung der Armee zur Diskussion gestellt werden, dann wird man diesen geistig-psychologischen Faktor mit seinem ganzen grossen Gewicht in Rechnung stellen müssen.“⁸ Damit sprach die Kommission nicht einfach einem möglichst umfangreichen Massenheer das Wort. Aber sie betonte hier, in ihren Reflexionen über die militärische Verteidigung, genauso wie in den Ausführungen über den Zivilschutz oder über die Führungsprobleme auf Kantons- und Gemeindeebene immer wieder den Gedanken, dass es für das Durchhaltevermögen einer Nation entscheidend wichtig sei, einen möglichst grossen Teil der Bürgerschaft in die Mitverantwortung für die Krisenbewältigung und die Wahrung der staatlichen Unabhängigkeit einzubinden.

An den dominierenden Gedanken der Interdependenz aller strategisch relevanten Bereiche fügte sich folgerichtig die Feststellung: Strategie verlangt Voraussicht und Vorsorge in umfassendem Sinne und in koordinierten Schritten. Dabei wies die Kommission aber auf ein Dilemma hin: Auf den Konflikt zwischen den Einschränkungen und Zwängen, die sich aus der Respektierung strategischer Anforderungen ergeben, und dem Anspruch der Bürger auf ein möglichst hohes Mass individueller Freiheit, wie es dem Wesen der Demokratie entspricht. Karl Schmid fokussierte dieses Problem auf die Frage: „Wie viele Freiheiten dürfen wir opfern, um die Freiheit zu wahren?“

In den Überlegungen der SSF dominierte ohne Vorbehalt der Gedanke, dass die konsequente Unterordnung des öffentlichen Lebens unter strategisch begründete Anforderungen zu den Merkmalen totalitärer Staaten gehöre, dass dagegen in einer Demokratie Regeln gelten, wie sie im folgenden Satz zum Ausdruck kommen: „Politik [...] kann ihrem Wesen nach nicht einfach unter Strategie subsumiert oder ständig unter deren Diktat gesetzt, sie kann in ihren Optionen nicht ständig und zum vornherein gebunden werden. Ihre Entscheidungen sind grundsätzlich frei, sie ist die Letztinstanz.“⁹

Die Kommission blieb indessen nicht bei der blossen Feststellung stehen, dass die Strategie in einem demokratischen Staatswesen keine Exklusivforderungen stellen dürfe. Sie befasste sich auch eingehend mit der Frage, wie der Handlungsspielraum der Strategie innerhalb politisch gesetzter Schranken optimal ausgenutzt werden könne. Dabei trat sie sehr konkret auf den Stand und die Möglichkeiten zur Verbesserung der wirtschaftlichen Kriegsvorsorge ein und formulierte eine Vielzahl praktischer Empfehlungen. Analog gestaltete sie ihre Untersuchung und ihr Gutachten über den Zivilschutz. In beiden Fällen standen zwei Forderungen klar im Vordergrund: Die bestmögliche Ausnützung des menschlichen Potentials und die Optimie-

⁷ Ebd., S. 44 (Hervorhebungen im Original).

⁸ Ebd., S. 45 (Hervorhebungen im Original).

⁹ Ebd., S. 28.

rung der Systeme im Verbund mit der Territorialorganisation der Armee.

Daraus ergeben sich wiederum zwei wichtige Postulate im strategischen Gesamt-rahmen. Sie betrafen die wissenschaftlichen Grundlagen und die strategische Schulung. „Ganz allgemein“, heisst es im Bericht, „ist die Studienkommission für strategische Fragen der Auffassung, dass die *theoretische* und *wissenschaftliche* Bearbeitung fast aller strategischen Belange noch nicht mit derjenigen Intensität geschieht, die man an die materielle Vorsorge und die Perfektionierung des Überlieferten wendet.“¹⁰ Die Kommission empfahl deshalb die Schaffung eines Instituts für Sicherheitspolitik, das als primäre Aufgabe die strategischen Entscheidungsgrundlagen für die politische Führung zu erarbeiten hätte, zudem aber auch aus eigener Initiative strategische Studien durchführen könnte. Also eigentlich ein helvetisches Ebenhausen. Ein zweiter, etwas stärker zeit- und situationsgebundener Vorschlag betraf die Schaffung eines Instituts für Atomfragen.

Als weitere Konsequenz aus ihren Untersuchungen befand die Kommission sodann, „es müsse [...] ein *zusammenhängendes Konzept* für die *Ausbildung* des interdisziplinären Denkens und Handelns im Sinne der umfassenden Landesverteidigung ausgearbeitet werden“¹¹ und die Vorbereitung auf die höheren Führungsstufen in der Armee sei durch eine ergänzende strategische Schulung zu erweitern. Beide Postulate wurden seither erfüllt. Dabei gewann der 1974 geschaffene Posten des Stabschefs operative Schulung eine zentrale Bedeutung und entwickelte sich – besonders unter dem Zepter von Gustav Däniker – zu einem *strategischen* Schulungszentrum, dessen didaktischen Zwängen sich unter dem Titel der Erwachsenenbildung zuweilen sogar Bundesräte unterzogen.

Die Kommission postulierte nicht nur ein gründlicheres Nachdenken über mögliche strategische Szenarien; sie setzte sich damit selber intensiv auseinander. Es entsprach dem düsteren Bedrohungsbild jener Zeit, dass sie dabei zur Einsicht vordrang, der militärische Abwehrkampf eines Kleinstaates könnte an Grenzen stossen und die Landesregierung könnte sich einmal vor die schwere Entscheidung gestellt sehen, „ob, in welchem Ausmass und unter welchen Umständen *staatliche Selbständigkeit* der Notwendigkeit des biologischen Überlebens der Nation geopfert werden muss.“¹²

Während der Zeit des Zweiten Weltkrieges hatte der damalige Chef des Generalstabes, Jakob Huber, einmal erklärt: „Es kann für uns nur darum gehen, lange Widerstand zu leisten [...] in einer Art und Weise, die dem Angreifer derartige Opfer kostet, dass der Kriegsgewinn [...] nicht im Einklang mit den zu erwartenden Verlusten steht. Wir wollen ehrenvoll untergehen und dem Angreifer nur ein total verwüstetes Land ohne jegliche Ressourcen materieller oder personeller Art überlassen.“¹³

In der SSF sassen etliche Mitglieder, die unter Jakob Huber noch als junge Kommandanten

¹⁰ Ebd., S. 147 (Hervorhebungen im Original).

¹¹ Ebd., S. 150 (Hervorhebungen im Original).

¹² Ebd., S. 29 (Hervorhebungen im Original).

¹³ Ernst, Alfred. *Die Konzeption der schweizerischen Landesverteidigung 1815-1966*. Frauenfeld 1971. S. 204.

oder Stabsoffiziere gedient hatten. Ihnen konnte eine solche Denkart nicht fremd sein. Aber zwischen Hubers Wort und der Einsetzung der SSF stand das Phänomen der Kernwaffe, das ein strategisches Denken in anderen Dimensionen erforderte. Die Kernwaffenfrage nahm denn in den Überlegungen der Kommission auch einen beträchtlichen Raum ein. Wegleitend war dabei die folgende Aussage des Bundesrates im Bericht vom 6. 6. 1966 über die Konzeption der militärischen Landesverteidigung: „Solange die erwähnten Waffen vorhanden sind und auch gegen uns eingesetzt werden können, sind wir verpflichtet, die Vor- und Nachteile einer eigenen Nuklearbewaffnung mit allen ihren Auswirkungen zu prüfen. Dazu gehört [...] auch die Prüfung der Grundlagen, die eine Entschlussfassung über eine allfällige Ausrüstung mit Kernwaffen erst ermöglichen könnten.“¹⁴

In der SSF setzte sich rasch die Überzeugung durch, dass ein strategisches Kernwaffenpotential nicht nur ausserhalb unserer wirtschaftlichen und technischen Möglichkeiten läge, sondern dass auch seine abschreckende Wirkung gegenüber grösseren Nuklearmächten zweifelhaft wäre. Einer nuklearen Bewaffnung zum operativ-taktischen Gebrauch sprach die Kommission zwar einen Gewinn an dissuasiver Wirkung und an Abwehrkraft zu. Sie bezog aber in ihre Betrachtungen auch Szenarien ein, in denen diese Waffen keine oder sogar eine kontraproduktive Wirkung erwarten liessen. Wichtigstes Ergebnis der gesamten Kernwaffen-debatte war die Feststellung, dass eine Ausstattung unserer Armee mit Kernwaffen keinesfalls mit einer Schwächung der konventionellen Abwehrkraft erkaufte werden dürfe. Karl Schmid selber hätte sich – das geht aus einem persönlichen Schreiben hervor – konsequenter gegen schweizerische Kernwaffen ausgesprochen.

Erlauben Sie mir folgende Feststellungen zum Abschluss:

Nach dem Wortlaut ihres Auftrages war die Kommission „mit der Ausarbeitung eines für den Bundesrat bestimmten Entwurfs zu einer strategischen Konzeption“ betraut. Sie stellte das Visier etwas tiefer und legte lediglich *Grundlagen* für eine strategische Konzeption vor. Ihre Begründung lautete: „Der *Entscheid* über die strategische Konzeption der Schweiz *kann nur die Sache der obersten Landesbehörde sein*. Die SSF durfte ihrem Bericht nicht die Form von ‚Richtlinien‘ geben. Sie ist nicht kompetent, den politischen Willen von Parlament und Regierung zu formulieren, und sie darf ihm nicht vorgreifen.“¹⁵ Diesem Leitgedanken lebte die Kommission konsequent nach. Sie legte zwar eine Vielfalt von Empfehlungen zu organisatorischen und materiellen Belangen vor. Aber in allen Fragen, welche die Verantwortung und die Führungskompetenz des Bundesrates berührten, übte sie strenge Zurückhaltung. Sie verstand sich als ein Kollegium von Beratern und Impulsgebern, und ihr Präsident verkörperte im besten Sinne die Rolle eines Stabschefs, der es verstand, das Wissen und Denken seiner Mitarbeiter zur Entfaltung zu bringen, der sich selber aber diszipliniert und bescheiden darauf beschränkte *Entscheidungs-Grundlagen* zu erarbeiten und *Entscheide* vorzubereiten.

¹⁴ Bericht des Bundesrates an die Bundesversammlung über die Konzeption der militärischen Landesverteidigung vom 6. Juni 1966. In: *BBl* 1966 I S. 853-877, hier S. 872.

¹⁵ Studienkommission, *Grundlagen*, S. 20 (Hervorhebungen im Original).

Gustav Däniker

Der Einfluss der Kommission Schmid auf die Entwicklung der schweizerischen Sicherheitspolitik

Herr Stiftungspräsident, Herr Tagungsleiter, sehr geehrte Anwesende

Gestatten Sie mir zwei Vorbemerkungen. Die erste inhaltlicher, die zweite histographischer Natur.

Die *erste Vorbemerkung* betrifft unser Tagungsthema als Ganzes. Es steht für mich ausser jeder Frage, dass die Arbeiten der Kommission Schmid und vor allem die geistig-wissenschaftliche sowie die sozusagen soziologisch-psychologische Durchdringung des Stoffes durch zahlreiche Kommissionsmitglieder das strategische Denken in der Schweiz zutiefst prägten und so den Grundstein für alle weiteren Bemühungen auf diesem Felde legten. Den grössten Beitrag zu diesem Ergebnis leistete einerseits das intellektuelle Format ihres Präsidenten, andererseits aber auch seine Hingabe an das Werk, seine organisatorische Fähigkeit in der Orchestrierung der Arbeit und seine eigenhändige stilistisch perfekte Gesamtedaktion des Berichts.

Wohl gab es vor 1967 eine ganze Anzahl wichtiger nationaler und internationaler Einzeleinflüsse, Studien, Bücher und Schriften, sogar entsprechende Parteiprogramme, die sich mit Strategie im Atomzeitalter und sogar mit derjenigen eines Kleinstaats befassten, aber die Vertiefung der Lageanalyse, nicht zuletzt die Schilderung des Ineinandergreifens und der Verzahnung der inneren und äusseren Wirkkräfte mit Einfluss auf die Schweiz, schaffte erst die Kommission Schmid. Dieser hohen Wertschätzung tut auch kein Abbruch, dass weder die Zeit noch die strategische Diskussion stillstand, bis die Kommission ihre Arbeiten beendet hatte. Einzelne Zweige der damals sogenannten „Totalen Landesverteidigung“ wurden gleichsam nebenher weiterentwickelt. Am 27. Juni 1969 wurde gar das Bundesgesetz über die Leistungsorganisation und den Rat für Gesamtverteidigung in Kraft gesetzt, ohne die Schmid'schen Empfehlungen betreffend Führung und Organisation abzuwarten.

Für die Wirkung der Kommission und für die nachfolgende Bearbeitung des ersten Regierungsberichts von 1973 über die Sicherheitspolitik der Schweiz war massgebend, dass im Bericht Schmid neben allen Vertiefungen in die praktische Problematik schweizerischer Selbstbehauptung ein neues weitgespanntes, übergeordnetes integratives Denken, eben ein strategischer Ansatz, sichtbar wurde, der die Notwendigkeit der Interdisziplinarität (später sprach man von Vernetzung) erkannte und eine Gesamtschau von Zielen, von Planen und Handeln anstrebte. Dies alles nicht aus einer technokratischen Sicht der Dinge, nicht einmal im Streben nach maximaler physischer Sicherheit, sondern ganz klar zur Sicherstellung dessen, was die Kommission als Hauptziel erachtete: Die Synthese zwischen „Erhaltung des Friedens“ und der „Erhaltung der Selbstbestimmung“, nämlich den „Frieden in Unabhängigkeit“. Die Koppelung an den Zweckartikel 2 der Bundesverfassung und die Differenzierung nach den weiteren Elementen: „Wahrung der Handlungsfreiheit, Schutz der Bevölkerung und Behauptung des Staatsgebietes“ wurde allerdings erst im Bericht 73 vorgenommen.

Dieses umfassende und zugleich wertbestimmte Denken hat uns seither begleitet; es war für die Arbeit an den Berichten 73 und 90 ebenso bestimmend, wie für manche andere staatliche Tätigkeiten auch ausserhalb der sicherheitspolitischen Thematik.

Zweite Vorbemerkung: Dass mir aufgetragen wurde, den Einfluss der Kommission Schmid auf die Entwicklung unserer Sicherheitspolitik darzustellen, birgt eine gewisse Gefahr. Der Sprechende war nicht nur Kommissionsmitglied, sondern auch an der Entstehung der beiden sicherheitspolitischen Berichte des Bundesrates von 1973 und 1990 (konzeptionell wie redaktionell) beteiligt. Auch wenn es mir gelingen sollte, die Zusammenhänge kritisch-objektivierend darzustellen, wird die persönliche Optik nicht fehlen. Dies auch darum, weil es während der achtziger Jahre sozusagen meine Pflicht war, das Erbe der Kommission Schmid und dessen anschliessende Weiterentwicklung mit den höheren zivilen und militärischen Stäben der Gesamtverteidigung buchstäblich einzuexerzieren.

Glücklicherweise finden sich bereits eine ganze Anzahl von Autoren, die sich zum Teil sehr intensiv mit der Entwicklung unserer Sicherheitspolitik befasst haben. Ich nenne hier nur Thomas Köppel, Beat Näf und Hans Senn, welche die „Grundlagen einer strategischen Konzeption Schweiz“ (in der Folge Bericht Schmid genannt) mit dem „Bericht über die Sicherheitspolitik der Schweiz“, der „Konzeption der Gesamtverteidigung“ von 1973 (in der Folge Bericht 73 genannt) zum Teil minutiös verglichen haben. Dazu kamen nicht nur kritische Einzelstimmen, sondern anlässlich von Seminaren der Forschungsstelle für Sicherheitspolitik und Konfliktanalyse in den Jahren 1987 und 1991 eine grosse Vielfalt kritischer Kommentare zum heutigen Thema. (Auch die Zentralstelle für Gesamtverteidigung (ZGV) hat die Entwicklungsgeschichte, von der hier die Rede sein soll, mehrfach dargestellt.)

Mit der folgenden Diskussionen, an denen auch eine ganze Reihe kompetenter Zeitzeugen teilnehmen werden, ist sicher ebenfalls dafür gesorgt, dass die Gefahr einer Verklärung damaliger Weisheiten gebannt bleibt.

Meine Damen und Herren

„Aus Absicht und Stoff entsteht die Form“, sagte Goethe. Lassen Sie mich dieses Wort als Ordnungsprinzip für meine Ausführungen benutzen. Schon eine Revue der verschiedenen Absichten kann zeigen, ob durchgehende Zielsetzungen zu verzeichnen sind; der Teil, der dem „Stoff“ gewidmet ist, wird schwergewichtig die unterschiedliche Beschäftigung mit Grundfragen der Selbstbehauptung, also mit den sicherheitspolitisch gleichsam „letzten Dingen“ beleuchten. Die darauf gegebenen Antworten sind es schliesslich, die über unser Schicksal entschieden hätten, wenn aus dem Kalten Krieg von damals ein Dritter Weltkrieg entstanden wäre. Ihre Beurteilung aus heutiger Sicht trägt ausserdem zur Klärung bei, wie wir auch im neuen strategischen Umfeld unsere Interessen wahren sollten. Schliesslich soll einiges zur Form und zur Semantik der sicherheitspolitischen Berichte gesagt werden. Namentlich letztere stellte jedesmal eine Gratwanderung zwischen imperativ vorzutragenden Aussagen der Regierung und dem Streben nach politisch-psychologischer Akzeptanz dar.

Absichten

Die Absicht von Generalstabschef Paul Gygli war es, den strategischen Überbau zu schaffen, nachdem mit dem Bericht vom 6. 6. 1966 über die militärische Landesverteidigung und wei-

teren Konzeptionen, z.B. des Zivilschutzes, der Unterbau bereits weitgehend definiert worden war. Der Anstoss kam vom damaligen Planungschef der Armee, dem späteren Korpskommandanten Hans Wildbolz. Seines Erachtens musste das EMD die aktuelle strategische Diskussion aufnehmen und die schweizerischen Selbstbehauptungsanstrengungen im Umfeld der verschiedenen gedanklichen Strömungen positionieren, womit er die Zeichen der Zeit zweifellos erkannt hatte.

Gygli sah die Sache pragmatischer, militärstrategischer, direkt auf die existentiellen Hauptprobleme der Eidgenossenschaft ausgerichtet. Die Grundsätze, die er anlässlich der ersten Plenarsitzung der Kommission Schmid vortrug, zeugen davon: Die Schweiz solle möglichst spät in einen Krieg eintreten und deshalb durch Massnahmen der „Totalen Landesverteidigung“ den „Eintrittspreis“ möglichst erhöhen. Sie dürfe sich nicht auf die „falsche“ Seite drängen lassen. Während des Krieges solle ein möglichst grosser Teil der Nation intakt bleiben und bei seiner Beendigung müsse unsere Verhandlungsposition möglichst stark sein. Hierzu solle nun die Kommission Schmid eine Konzeption abliefern.

Die Absicht von Kommissionspräsident Karl Schmid war zugleich umfassender und detaillierter. Einerseits ging es ihm darum, der strategischen Denkweise zum Durchbruch zu verhelfen, andererseits sah er die Problematik einer autonomen kleinstaatlichen Verteidigung im Atomzeitalter, und schliesslich kannte er von seiner militärischen Tätigkeit her die Heterogenität der schweizerischen Selbstbehauptungsanstrengungen gut genug, um die Aufgabenstellung nicht auch organisatorisch-konstruktiv zu verstehen. Hier sah er gar den grössten Handlungsbedarf. Jemand müsse in die bisher eher zufällige „Überbauung der Region totale Landesverteidigung, wo Eigentümer und Architekten auf eigene Faust vorgingen“, einige Ordnung bringen. (Protokoll der ersten Plenarsitzung).

Entsprechend entstand der von Vielen als grosse „Auslegeordnung“ kritisierte und zum Teil sogar als Enttäuschung empfundene breitgefächerte Bericht. Er enthielt zwar eine Anleitung zum strategischen Denken, eine Klärung von Wesen und Zielen der schweizerischen Politik im strategischen Bereich, vertiefte Analysen des hierzu verfügbaren Instrumentariums sowie einer Methodologie zur wissenschaftlichen Abklärung wichtiger Einzelfragen; er enthielt aber lediglich Empfehlungen und nicht die geforderte Gesamtkonzeption.

Diese „Verweigerung des Auftrages“, einen eigentlichen Konzeptionsentwurf für den Bundesrat zu verfassen, die vom Mitglied Fred Luchsinger und von Karl Schmid selbst ausging, muss im Nachhinein als richtig bezeichnet werden. Weniger aus Gründen politischer Inkompetenz, die man damals vorbrachte (der Bundesrat redigiert ja kaum selbst), sondern weil sonst die zahlreichen wertvollen und akribischen Untersuchungen, auch zu wichtigen Sachfragen, wie beispielsweise zum Verhältnis zwischen Regierung und Oberbefehlshaber, um nur einen Themenkreis zu nennen, zwangsläufig ausgeblieben wären.

So wurde denn die Zentralstelle für Gesamtverteidigung (ZGV) unter Direktor Hermann Wanner mit der Ausarbeitung des eigentlichen Regierungspapiers beauftragt, wodurch die Absicht ihres Redaktionsteams des Berichts 73, bestehend aus Dr. Hermann Stocker und dem Sprechenden, als Ghostwriters des Bundesrates zum vornherein gegeben war: Es strebte nach einer Gesamtkonzeption, oder militärisch ausgedrückt, nach einer allgemein gültigen Führungsvorschrift für den gesamten schweizeri-

schen Selbstbehauptungsapparat. Es ging um eine möglichst knappe und prägnante Anleitung für einheitliches strategisches Denken und Handeln, die ohne ein „Rezeptbuch“ zu sein, erlauben würde, mit den ausgemachten Bedrohungen und Problemen fertig zu werden. Oder um es quantitativ auszudrücken: Die 150 eng beschriebenen Seiten Analysen und Empfehlungen des Berichts Schmid waren auf eine allgemein verbindliche staatliche Willensäußerung von 40 Seiten zurückzustutzen. Dass dies nicht möglich gewesen wäre, ohne sich auf die Gedankenarbeit und die prägnante Diktion der Grundlagen stützen zu können, ist auch im vergleichenden Rückblick offensichtlich.

Dem Bericht 90 lag eine ähnliche Absicht zugrunde: Unter dem Eindruck der strategischen Wende von 1989/90 war es vordringlich, der schweizerischen Sicherheitspolitik eine neue Ausrichtung zu geben, um der um sich greifenden Unsicherheit möglichst klar und überzeugend zu steuern. Der interessante Unterschied bestand darin, dass sich der Bericht 73 weitgehend auf die Arbeit der Kommission Schmid und damit auf die Gedankenwelt der Weltkriegsgeneration abstützte, obwohl er einige durchaus neue Akzente setzte, während der Bericht 90 bewusst von der „Befindlichkeit“, der Sorgen und Befürchtungen jener Generation ausging, für die der Kalte Krieg, aber auch neue gesellschaftliche und ökologische Konsense Erfahrungen und Massstäbe lieferte. Erst dieser Bericht hat die bei Schmid noch zaghaft angesprochene, im Bericht 73 erstmals verankerte „ausgreifende Komponente der Sicherheitspolitik“ gleichgewichtig neben die traditionelle „bewahrende Komponente“ gestellt.

Stoffe / Inhalte

Vom „*Durchbruch zum strategischen Denken*“ war eingangs bereits die Rede. Daraus leitete sich das Verdienst der Kommission Schmid ab, die seit dem Zweiten Weltkrieg im allgemeinen Bewusstsein völlig dominierenden Streitkräfte in die Reihe der anderen Mittel der Selbstbehauptung gestellt zu haben. Wie er an anderer Stelle (im Vortrag vor Sanitätsoffizieren vom 4. 12. 1966) betonte, lag Karl Schmid eine Entmythologisierung der Armee, die damals noch weitgehend mit Landesverteidigung schlechthin gleichgesetzt wurde, am Herzen. Das sei, so Schmid, unter anderem eine Voraussetzung dafür, „dass von der Dienstleistung im Zivilschutz, der Kriegswirtschaft, im Transportwesen, im ärztlichen Dienst, in der Presse, in der öffentlichen Verwaltung auf allen Stufen endlich der Schatten des Subsidiären und Zweitklassigen genommen“ werde. Er zeichnete ferner extreme, aber denkbare Bilder einer „*Armee ohne Feindberührung*“, während gleichzeitig die Nation unter Vernichtungsdrohung stünde. Eine beängstigende Grenzsituation, die bereits in der öffentlichen Diskussion über die Strategie des Kleinstaates angeklungen war, und die im Bericht 73 unter der Bezeichnung „Schadenminderung und Sicherstellung des Überlebens“ als einer strategischen Hauptaufgabe ihre Konsequenz fand; sie wurde ihrer existentiellen Bedeutung wegen in der strategischen Schulung auch später immer wieder zum Übungsgegenstand.

Damit tritt das zweite grosse Thema der Kommission Schmid, die *Atomwaffe*, in Erscheinung. Die Generation, die durch Hiroshima und Nagasaki unmittelbar erschüttert wurde, und die als Offiziere und Experten zur Kenntnis nehmen musste, dass Massenvernichtung in nie gekanntem Ausmass nicht nur als Abschreckungsmittel politisch-psychologisch wirksam war oder gar (wie viele glaubten) zum ewigen Frieden führen würde, sondern bald als rationales Instrument der Kriegsführung militärische Bedeutung erlangte, kam nicht darum herum, sich mit den Auswirkungen atomarer Zerstörungskraft auf die Verteidigung des Kleinstaats abzugeben. Die Kommission behandelte den Gegenstand nicht nur in einem speziellen Unterausschuss vertieft, sondern schlug sogar ein wissenschaftliches Institut für Atomfragen vor; sie hatte zudem auf Wunsch des Generalstabschefs bereits zu Beginn ihrer Tätigkeit und zwar positiv zum Beitritt der Schweiz zum Atomsperrvertrag Stellung bezogen.

Es war diese richtige Einschätzung der Atomgefahr, welche die Kommission zu ihrer Fokussierung auf die „Kriegsverhinderung“, somit auf eine möglichst starke „Abhaltewirkung“ samt Übernahme des Begriffs „Dissuasion“, aber auch zur Aufwertung des Zivilschutzes führte.

Ihre nüchterne Einschätzung der geringen Chancen einer bloss konventionellen Armee gegenüber einem zum Atomwaffengebrauch fähigen Angreifer rückte im weiteren den sogenannten „*Widerstand*“ in den Vordergrund des Interesses der Kommission. Gegenüber dem Zweiten Weltkrieg habe dieser zusätzliche Bedeutung gewonnen. Würde nämlich die Schweiz mit Nuklearschlägen eingedeckt und eine zusammenhängende operative Verteidigung unmöglich, müsse mit einem unbeugsamen zivilen und militärischen Widerstand signalisiert werden, dass sich die Nation auch jetzt nicht aufgeben habe. Der Bericht 73 entwickelte dieses damals leider nicht unwahrscheinliche Szenario weiter; zu Recht wie der Inhalt seit 1989 geöffneter östlicher Archive beweist! Der Bundesrat werde selbst unter einer Vernichtungsdrohung nicht kapitulieren; er werde aber, um eine Massenvernichtung der Bevölkerung zu vermeiden

im Extremfall den operativen Kampf der Armee abbrechen und bei Einrücken des Gegners den „Besetzungsfall“ deklarieren, der unlösbar mit der Idee eines unbefristeten Widerstandes gekoppelt sei.

Während aber der Bericht Schmid bei einer eingehenden Beschreibung des „Widerstandes“ stehenblieb, waren die Redaktoren des Berichts 73 verpflichtet, eine strategische Lösung des damaligen Hauptproblems, nämlich der Konfrontation unserer sicherheitspolitischen Ziele mit den überwältigenden Machtmitteln, die mindestens theoretisch gegen die Schweiz eingesetzt werden konnten, zu präsentieren. Ihre Ansicht wurde der Regierung im Aussprachepapier zum Berichtsentwurf folgendermassen erläutert: Der blosser Hinweis auf die Unwahrscheinlichkeit atomarer Angriffe könne nicht genügen, nachdem ein wachsender Teil der Bevölkerung zu Defaitismus und Apathie, aber auch zur Überschätzung sogenannt „absoluter Gegenmittel“ (Friedensforschung auf der einen, eigenständige nukleare Abschreckung auf der anderen Seite) neige.

„Wir glauben die Lösung in der Entwicklung eines umfassenden sicherheitspolitischen Systems gefunden zu haben, das einen ernstzunehmenden Beitrag an die internationale Friedenssicherung beinhaltet, die Kriegsverhinderung durch Verteidigungsbereitschaft (Dissuasion) als Kernstück enthält und die Zuflucht zum ‚Widerstand im besetzten Gebiet‘ der zeitlich unbefristet weitergehen kann, gleichsam als ‚ultima ratio‘ offenlässt. Das in der Konzeption 73 mit der Definition von Strategischen Fällen, also Bedrohungszuständen und Strategischen Hauptaufgaben als entsprechende Reaktionen ausführlich dargelegte System scheint uns für einen bündnisfreien, demokratischen Staat die einzige Lösung darzustellen, um auch in Zukunft den Selbstbehauptungswillen zu stärken und das Durchhaltevermögen in Krisen- und Kriegslagen zu gewährleisten. Demgegenüber würde eine Deklaration etwa im Sinne des jugoslawischen Verbots jeglicher Kapitulation im heutigen Klima und angesichts der Kernwaffenbedrohung zweifellos heftig umstritten und zu einer eigentlichen Glaubensfrage, was schon darum vermieden werden sollte, um die Konzeption als Ganzes nicht zu beeinträchtigen.“

Entsprechend stimmten Bundesrat und Parlament von 1973 der Idee des Widerstandes zu. Dass spätere Politiker der bizarren und unverhältnismässigen Kampagne gegen die Generalstabschefs Senn und Zumstein und ihre Helfer, welche diesen Auftrag (als strategische Hauptaufgabe) tatkräftig umgesetzt hatten, nicht energischer entgegentraten, erscheint in diesem Lichte noch unverständlicher und beschämender.

Das Thema zeigt aber auch den Unterschied zwischen dem Bericht Schmid und den beiden sicherheitspolitischen Berichten grundsätzlich auf: Während der erstere Grundfragen theoretisch und empirisch vertieft analysierte und die strategischen Entschlüsse vorbereitete, waren die Berichte des Bundesrates auf konkretes Handeln ausgerichtet und gezwungen, nicht nur der aktuellen Bedrohungslage, sondern gleichzeitig ihrer Wahrnehmung seitens des Volkes sowie namentlich des Parlaments Rechnung zu tragen.

Weitere Impulse gab der Bericht Schmid mit der Aufwertung der bereits genannten übrigen Instrumente der Selbstbehauptung; sie führten zu deren Einbezug in das strategische System; so im engeren zivilen Bereich der Gesamtverteidigung auch zu den sogenannt „koordinierten Diensten“, die erst seit 1989 wieder an Gewicht verlieren, nachdem der sich selbst genügende

„autarke Igel“ angesichts der veränderten strategischen Umwelt nicht mehr das Leitbild unseres Sicherheitsdenkens bildet.

Für die Kommission Schmid stand jenes Bild allerdings noch im Vordergrund. Die Aussenpolitik wurde zwar einbezogen, auch sie aber vorwiegend im defensiven Sinn. Selbst der eindrückliche Abschnitt im Bericht über „Möglichkeiten der internationalen Präsenz“, der sich unter anderem mit dem moralischen Vorwurf befasste, „der auf den Neutralen lasten kann – und dessen Schwere wir in bestimmten Phasen unserer Geschichte deutlich genug gespürt haben [...]“ sowie der Passus „Im Rahmen der umfassenden Strategie, die wir anstreben, darf ihr [der guten Dienste] sachlicher Wert so wenig unterschätzt werden, wie ihre symbolische Bedeutung“¹, zeigen ihr Unvermögen, gänzlich aus dieser Optik auszubrechen.

Auch die wirtschaftliche Komponente blieb im Bericht Schmid im wesentlichen auf die Kriegswirtschaft reduziert, was den für uns heute interessanten Schluss zulässt, dass selbst dieses Gremium mehrheitlicher Zeitzeugen des Zweiten Weltkrieges keine genügende Vorstellung vom strategischen Gewicht gerade jenes Faktors zu haben schien, der ihm zur Zeit im Rückblick auf den Zweiten Weltkrieg zugemessen werden muss.

Diese Fixierung auf praktisch reine Verteidigung im Bericht Schmid wurde nicht nur von seinen Kritikern, sondern auch den Redaktoren des Berichts 73 als Mangel empfunden. Bereits in der Studie „Strategie des Kleinstaats“ von 1966 gab es ja Anfänge einer Doppelstrategie mit Hinweisen auf eine wünschbare Öffnung Richtung Uno und allenfalls Blauhelme sowie Mitwirkung bei der Rüstungskontrolle als zweitem Bein staatlicher Selbstbehauptung. Schon 1970 hatte Alois Riklin verschiedene Varianten einer Schweizer Beteiligung an internationalen Sicherheitsbemühungen zur Diskussion gestellt. So lag es gleichsam in der Luft, im Bericht 73 ausdrücklich von zwei Komponenten der Sicherheitspolitik, einer bewahrenden und einer ausgreifenden zu sprechen. Letztere erhielt den Rang einer von sechs „Strategischen Hauptaufgaben“ und die Bezeichnung „*Beitrag zur Friedenssicherung und Krisenbewältigung*“, dessen spätere Umsetzung allerdings unter den Erwartungen blieb. Im Bericht 90 wurde diese Komponente unter der Bezeichnung „*Beitrag zur internationalen Stabilisierung, vornehmlich in Europa*“ dennoch lagegerecht wieder aufgenommen, noch stärker betont und präzisiert.

Interessant an der Entwicklung dieses Denkens, das im Bericht Schmid erst zaghaft anklang, ist ferner die Tatsache, dass es nicht auf den Kreis der Kommissionsmitglieder und Redaktoren und auch nicht auf das EMD beschränkt blieb. Es waren abgesehen von den erwähnten Anregungen unter anderem Kontakte von Hermann Stocker mit Bekannten, insbesondere mit Professor Franz Furger, ferner Hinweise von Kritikern, denen die ZGV einige Entwürfe vorlegte, sowie angeregte Diskussionen des Sprechenden mit Heinrich Buchbinder, der gleichzeitig am sicherheitspolitischen Leitbild der Sozialdemokratischen Partei der Schweiz von 1972 arbeitete. All das machte die Notwendigkeit deutlich, eine aktivere, ja offensivere Rolle der Schweiz in der Friedensförderung sichtbar werden zu lassen. Zwar wurden die Warnungen vor Überschätzung des Einflusses eines neutralen Kleinstaats auf diesem Gebiet im Bericht 73

¹ Studienkommission für strategische Fragen. *Grundlagen einer strategischen Konzeption der Schweiz*. Bericht der Studienkommission für strategische Fragen. Schriften des SAD Nr. 11. Stäfa 1971. S. 47 und 48.

ausdrücklich wiederholt, aber das Bekenntnis zu einer stärkeren Gewichtung wurde ebenfalls deutlich ausgesprochen.

Schon im vierten Entwurf (vom 30. 7. 1971), der insgesamt sieben Entwürfe wurde ausgeführt: Sicherheitspolitik auch der Kleinsten kann im ausgehenden zwanzigsten Jahrhundert nicht mehr in autonomer Abkapselung bestehen; sie muss – den wachsenden grenzüberschreitenden Gefahren und Risiken entsprechend – zumindest präventiv und kooperativ sein. Namentlich nach der Wende von 1989 wurde es möglich und im Bericht 90 entsprechend verankert, nicht mehr bloss einen fiktiven „*worst case*“ vorzubereiten, sondern dem „*best case*“, wo immer es den Kleinstaat möglich sei, ebenfalls vorwärtszuhelfen.

Form / Semantik

Meine Damen und Herren, die Zeit erlaubt es nicht, auf weitere Inhaltsübereinstimmungen beziehungsweise Differenzen einzugehen. Die Unterschiede in Form und Semantik scheinen mir aber ebenfalls wesentlich; sie seien noch kurz angesprochen.

Der Bericht Schmid wurde als zu ausführlich, der Bericht 73 als zu kompliziert und der Bericht 90 als zu weitschweifig kritisiert. Dabei ging der erstere absichtlich in die Breite und Tiefe, und folgten die beiden letzteren ebenso absichtlich demselben rigiden Ordnungsprinzip: Im Bestreben, Klarheit im strategischen Denken und Sicherheit im strategischen Handeln zu schaffen, entstand bereits 1973 das von Beat Näf so genannte, von den einen gepriesene, von anderen geschmähte „geschlossene logische System maximaler Rationalität“, mit anderen Worten erstmals eine strategische Gesamtkonzeption. Und was dort als Möglichkeit dynamischer Veränderung durch Verlagerung der Schwergewichte zwischen den beiden Komponenten und den verschiedenen Mitteln ebenfalls vorgesehen war, erhielt im Bericht 90 trotz eindeutiger Fixierung der geltenden Parameter mit der ausdrücklichen Diskussion noch offener Fragen und dem Aufruf zur Mitwirkung aller Bürgerinnen und Bürger an der Weiterentwicklung der Sicherheitspolitik einen weiteren Akzent. Er unterstrich die Tatsache, dass zum Wesen strategischen Denkens nicht zuletzt auch die Offenheit für Neues, also Flexibilität gehört.

Immerhin stand der Bericht Schmid auch bei der straffen Gliederung des Berichts 73 indirekt Pate. Die sechs „*Strategischen Fälle*“, das wohl meist kritisierte Element im Bericht 73, waren durchaus nicht allein von Hermann Kahn und General Beaufre übernommene Konstruktionen, wie behauptet wurde. Sie waren vielmehr die direkte Folge der Schwierigkeit der Kommission Schmid, mit den unterschiedlichen Bedrohungszuständen begrifflich fertig zu werden. Sie waren ferner Ausfluss des Willens zur Klarheit und zur Führbarkeit des strategischen Apparates. Auch die Bezeichnung von sechs „*Strategischen Hauptaufgaben*“, widerspiegeln, abgesehen von der erwähnten Ausnahme der „Friedenssicherung und Krisenbewältigung“, nur die im Bericht Schmid aufgeworfenen Grundsatzprobleme.

Sogar die bei Schmid noch nicht ausformulierten „*Strategischen Aufträge*“ an die einzelnen strategischen Mittel (Bereiche) übernehmen zu einem guten Teil Elemente, die in der Schmid'schen Analyse angesprochen worden waren. Vollends der Teil „*Führung im Rahmen der Gesamtverteidigung*“ basiert fast vollständig auf den Erkenntnissen und Aussagen im Bericht Schmid. Grundsätzlich neu sind im Bericht 73 andererseits die einheitliche Darstel-

lung der „*Infrastruktur für Kampf und Überleben*“; zum Teil auch inhaltlich neu sind schliesslich die „*Sicherheitspolitischen Leitsätze*“, welche die Quintessenz der neuen Strategie zusammenfassten.

Als gleichsam semantischen Hauptunterschied muss nun aber auch der Ersatz des Begriffs „Strategie“ durch den Begriff „*Sicherheitspolitik*“ erwähnt werden. Er geht auf einem seither veröffentlichten Antrag des Sprechenden an den Direktor der ZGV zurück. Nicht „billiger Import“ war dafür die Ursache, nicht einmal der international zunehmend breitere Gebrauch des Begriffs, sondern die Erkenntnis, dass es sich bei der Strategie, wie ihn die Kommission Schmid verstand, um eine eigentliche Teilpolitik handelte, die gerade in einer direkten Demokratie mit ihrem Primat der Politik eindeutig situiert gehört. Warum sie also nicht gleich so benennen? Darüber hinaus sprach für die neue Bezeichnung auch der Verzicht auf einen für die meisten Leser fremden und abstrakten Terminus zugunsten eines gegenständlicheren Titels. Er würde die positive Aufnahme des Berichts bei der Öffentlichkeit erleichtern. Das Leitbild der Sozialdemokraten hatte in dieser Hinsicht bereits gepunktet. Dem Bericht 73 gelang es auf diese Weise, vom Verdacht einer blossen „Militärpolitik“ wegzukommen. (So sehr übrigens, dass sogar der Begriff „Militärstrategie“ unterging, die im Bericht 73 zwar implizit durchaus angesprochen war, aber noch vor kurzer Zeit ausgerechnet von sozialdemokratischer Seite als „Verlustsache“ moniert wurde.)

Ganz allgemein versuchte man in den Berichten 73 und 90 die schwierige Materie in konziser Form und in einer autoritativen Sprache zu präsentieren, die möglichst überzeugend und dennoch „politisch korrekt“ im besten Sinne des Wortes war. Die Wichtigkeit ihrer möglichst breiten Akzeptanz beim Bundesrat und in den eidgenössischen Räten war nicht nur den Redaktoren, sondern insbesondere auch den Direktoren der ZGV stets gegenwärtig. Die Herren H. Wanner und H. Dahinden, beides ehemalige Regierungsräte, bemühten sich eingehend darum; beim Bericht 1990 nicht zuletzt aber auch der damalige Chef des federführenden EMD, Bundesrat Kaspar Villiger persönlich.

Das dies zumindest 1973 gelang, bewies die Zustimmung der eidgenössischen Räte von links bis rechts. Sogar der besonders kritische Publizist Oskar Reck verstieg sich zum folgenden Kommentar: „Sind wir ein einzig Volk von Sicherheitspolitikern? Wer die ausgedehnte Nationalratsdebatte verfolgt, könnte geneigt sein, diese Frage zu bejahen. Das Sicherheitskonzept als solches bewirkte einen rhetorischen Schulterchluss, wie man ihn auf diesem Gebiet sonst nur im Zustand nationaler Bedrohung erlebt.“² Mehr Dissens erzeugte der Bericht 90. Die infolge der strategischen Wende vorgenommene Kurskorrektur war für Vorsichtige zu abrupt, für Euphorische zu zaghaft. Das ihm Experten aus dem Ausland neben kritischen Bemerkungen attestierten, er spiegle einen neuen Geist wider, er signalisiere Öffnung, ein weites Blickfeld und Initiative war aber wohl nicht falsch. Er ist noch immer eine taugliche Grundlage.

Schlussbemerkung

Den schweizerischen Durchbruch zur Strategie, darüber kann kein Zweifel bestehen, ist der Kommission Schmid, nicht zuletzt dank ihrem Präsidenten, gelungen. Strategisches Denken

² Basler Nachrichten, 15. 6. 1974.

blieb seither für unsere Sicherheitspolitik massgebend. Dass viele ihrer wichtigen Erkenntnisse nie oder nur zögernd umgesetzt wurden, weil noch so bedrohungsgerechte Sicherheitsbemühungen einen Volkscharakter nicht verändern, sondern höchstens allmählich beeinflussen, ist nicht ihr anzulasten. Strategieschöpfung ist ein Prozess, in dem sich Ziele, Bedrohungswahrnehmungen und eigene Gegenmassnahmen laufend neuen Beurteilungen anzupassen haben. Wir sollten ihn so leidenschaftlich und so klug, zugleich so rational und zweckorientiert wie damals die Kommission Schmid weiterführen.

Vielen Dank für Ihr Interesse.

Diskussion (1)

Gasteyger weist auf die Wichtigkeit der Diskussion über die Sicherheitspolitik der Schweiz und ihrer Optionen für die Zukunft hin. Er bemerkt, dass es in der Kommission Schmid auch Westschweizer und Tessiner gehabt habe, deren Vorschläge es damals zu integrieren galt. Er bemängelt, dass die heutige Diskussion praktisch eine unter Deutschschweizern sei. Er zeigt sich denn auch bestürzt über den mangelnden Input aus der französischen und italienischen Schweiz.

Künzi bemerkt, dass viele Einladungen in die Westschweiz und in das Tessin gesandt worden seien und bedauert, dass nur wenige diesen Folge geleistet hätten.

Bauer demande comment la crise du pétrole de 1973 a été prévenue et pressentie au sein de la commission Schmid.

Feldmann déclare que la commission est arrivée trop tard pour s'occuper de la crise du pétrole, puisqu'elle a terminé son rapport en novembre 1969. Il ajoute qu'on pourrait sans doute chercher dans le chapitre sur la préparation économique quelques commentaires concernant le risque qu'on présentait déjà à ce moment-là, mais que cela n'irait pas beaucoup plus loin.

Däniker erklärt, dass die Vorsorge, auch auf wirtschaftlichem Gebiet, eine Hauptsorge der Kommission Schmid gewesen sei. Die Pflichtlager seien auch bezüglich Erdöl sicherlich gefüllt gewesen. Interessanterweise habe die SSF hier aber eine gewisse Lücke offen gelassen. Was die Debatte über die Bedeutung der Kollaboration während des Zweiten Weltkrieges angehe, müsse man sagen, dass davon ausser einem Hinweis auf die Neutralität nichts zu spüren gewesen sei. Die Kommission habe damals keinen Handlungsbedarf festgestellt.

Thalmann fragt Däniker, wieso der Bericht 90 eigentlich immer noch relativ frisch und vieles Taugliche dort noch vorhanden sei, obwohl die Vorbereitung dieses Berichts noch in der Zeit des Kalten Krieges stattgefunden habe.

Däniker glaubt, dass vieles vorgezeichnet gewesen sei, in dem Sinne, dass schon 1973 eine gewisse Öffnung, eine offensive Komponente impliziert gewesen sei, die man gerne weiterverfolgt hätte. In der Folge sei man aber immer wieder von der Politik zurückgehalten worden. Mit dem Bericht 90 sei dann eine gewisse Gelegenheit da gewesen, diese Dinge stärker in den Vordergrund zu stellen, weil das Umfeld dazu eingeladen, es gar verlangt habe.

Auf der anderen Seite habe aber eben diese Druckstelle zu Diskussionen und zu Konflikten Anlass gegeben, denn es habe viele Leute gegeben, und es gebe sie nach wie vor, die diese Öffnung mit grosser Skepsis verfolgten, ablehnten und sich am liebsten – schematisiert formuliert – auf den „Igel“ beschränken möchten. Da noch immer der Gedanke „des sich nicht in fremde Händel Einmischens“ im Raume stehe, scheue man sich nach wie vor, am strategischen Brennpunkt in Erscheinung zu treten. Er halte demgegenüber die ausgreifende Komponente des Berichts 90 nach wie vor für richtig und verpflichtend.

Von Orelli weist darauf hin, dass die Kommission Schmid dem Generalstabschef direkt unterstellt gewesen sei, die Kommission Brunner aber dem Chef des Departements unterstellt sei. Er fragt nach den Überlegungen, die diese unterschiedliche Zuweisung erklären könnten.

Feldmann ist der Meinung, dass der Grund hierfür in der starken Persönlichkeit des damaligen Generalstabschef Gygli zu suchen sei, dass aber der Text des Auftrages eine gewisse Differenzierung enthalten habe, indem er folgendes bestimmte: „Dem Generalstabschef wird für die Ausarbeitung eines für den Bundesrat bestimmten Entwurfs zu einer strategischen Konzeption der Schweiz eine Studienkommission für strategische Fragen beigegeben.“¹ Der eigentliche fachliche Auftraggeber der Studie sei der Generalstabschef gewesen, der Empfänger der Bundesrat.

Däniker meint, dass die Armee oft fortschrittlicher sei als der Rest der Schweiz, obschon Presseberichte immer das Gegenteil behaupteten. Bereits in der ersten Hälfte des 19. Jahrhunderts sei die Armee der Schweiz vorausgegangen.

Rapold gibt zu bedenken, dass die letzten Entwicklungen [bezüglich der Rolle der Schweiz im Zweiten Weltkrieg] alle überrascht hätten. Er fragt in diesem Zusammenhang Herrn Brunner, ob in Richtung einer Kommunikationsstrategie etwas unternommen werde, damit der Schweiz in Zukunft ein solches Debakel erspart bleibe.

Brunner répond qu'il est allé voir – avec quatre membres de la commission – le chef du département, pour attirer son attention sur le fait qu'on avait eu un débat au sein de la commission sur ce qui a été nommé le „débâcle Suisse d'aujourd'hui“ et qui avait des points de rattachement avec le mandat de la commission. Dans le rapport final de la commission il y aura un chapitre consacré à ce thème.

Widmer möchte im Zusammenhang mit dem Kommunikationsbereich wissen, was man tun wolle, um das hier verarbeitete Gedankengut für die nachfolgenden Generationen zu erhalten.

Spillmann bemerkt, dass diese Veranstaltung selbst ein Stück „oral history“ darstelle, weil praktisch alle Mitwirkenden, mit Ausnahme von einigen Mitgliedern im zweiten Panel, seinerzeit Mitglieder der Kommission Schmid gewesen seien. Er betont, dass die FSK einerseits durch eine schriftliche Dokumentation und andererseits durch Einbezug der Materie in die Lehrveranstaltungen an der ETH Zürich die Kontinuität herzustellen und den sicherheitspolitischen Diskurs zu beleben versuche, was aber angesichts knapper Ressourcen schwierig sei.

¹ Studienkommission für strategische Fragen. *Grundlagen einer strategischen Konzeption der Schweiz*. Bericht der Studienkommission für strategische Fragen. Schriften des SAD Nr. 11. Stäfa 1971. S. 17.

B. PANEL 1: Der Bericht Schmid aus heutiger Sicht

Spillmann erinnert an die Leitfragen, die im Rahmen des Panels behandelt werden: Erstens geht es um die Stärken und Schwächen des Berichts bezogen auf die Lage von 1969. Zweitens soll der Frage nachgegangen werden, ob strategische Leitlinien des Berichts auch heute noch Gültigkeit beanspruchen können.

Einleitung zum 1. Panel von Kurt Eichenberger

Der Bericht Schmid ist das zusammenfassende Ergebnis einer vom EMD eingesetzten Studienkommission. Diese hat von 1967 bis 1969 Grundlagen einer strategischen Konzeption der Schweiz erarbeitet. Professor Karl Schmid präsierte diese Studienkommission. Seine Überlegungen sind auf weite Strecken im Bericht zum Ausdruck gekommen. Auch Form und Stil zeichnen den Bericht aus und verleihen ihm etwas Aussergewöhnliches und Unverlierbares. Von den amtlichen Dokumenten der Schweiz der letzten fünfzig Jahre dürfte dieser Bericht – neben der Antwort des Bundesrates auf den Generalsbericht von 1946 – der formvollendetste Sachbericht sein.

Zuerst wird Korpskommandant Dr. Hans Wildbolz, der zur Zeit der Arbeit der Kommission Schmid Unterstabschef Planung war, Rahmen und Übersicht zum Bericht verschaffen. Zum Problemkreis der Nuklearkriegsführung, die zu einer Nuklearpolitik zwang, wird Korpskommandant Dr. Hans Senn sprechen. Über dieses Thema war zwar einiges Wissen vorhanden, aber es war damals noch nicht durchschaubar, wie mit der Problematik auf die Dauer angemessen umzugehen sei. Militärische und politische Führung steckten in mannigfachen Verlegenheiten und Differenzen, sofern sich die politische Seite überhaupt auf die Thematik einliess. Dieses dornenvolle Thema liefert ein Beispiel für komplizierte eidgenössische Prozeduren. Es liefert aber auch ein Beispiel für die Versuchung, mit plötzlichen Entscheidungen lästige Themata abzuschneiden, bevor die Problematik und die Lösungsmöglichkeiten ausgereift sind, oder die Ausreifung so zu erstrecken, bis sich ein Thema von selbst verlaufen hat.

An einem Exempel soll schliesslich gezeigt werden, wie die Frage der Nuklearbewaffnung anfänglich vom technischen Bereich her angegangen wurde. 1963 wagte man sich an diese Frage heran und nutzte dafür das Milizsystem der Armee. Das Vorgehen wirft ein Licht auf die heikle Frage, ob und allenfalls wie wir beim militärischen Milizsystem vorgehen und wie wir die Milizmöglichkeiten ausschöpfen. Eine Frage, die in den sechziger Jahren und im Bericht völlig unbestritten war, aber heute nun in das Feld der Zweifel gerät. Als Beteiligter der ersten Stunde und als Mitglied der Kommission Schmid berichtet Prof. Dr. Walter Winkler über diesen Themenbereich.¹

Hans Wildbolz (=)

Beurteilung des Berichts Schmid aus heutiger Sicht

¹ Prof. Dr. Walther Hofer, der als Referent dieses Panels vorgesehen war, konnte aus gesundheitlichen Gründen nicht an der Tagung teilnehmen.

Neben dem Bericht der Studienkommission für strategische Fragen vom 14. 11. 1969, möchte ich auch den Vortrag von Prof. Schmid vom 16. 1. 1970 im LV Kurs 70 und die „Einleitenden Bemerkungen des EMD zum Bericht SSF“ samt einer Stellungnahme dazu von Prof. Schmid vom 15. 2. 1971 bzw. 4. 6.1971 einbeziehen. Dies erinnert uns daran, dass der Bericht Schmid erst mehr als eineinhalb Jahre nach seiner Eingabe an das EMD veröffentlicht worden ist.

Zur ersten Frage: Stärken und Schwächen des Berichts Schmid bezogen auf die Lage 1969.

1. Der *Hauptwert* der souverän geleiteten Arbeit der SSF und ihres brillant gefassten Berichts lag ohne Zweifel in der erstmaligen und grundlegenden strategischen Lagebeurteilung in jener Zeit des Ausbaues der umfassenden Landesverteidigung („Gesamtverteidigung“), mit konsequenter Neueinstufung der Armee in den Rahmen einer allgemeinen Sicherheitspolitik und mit klarer Stellungnahme gegen das „Sektorendenken“.
2. Im erwähnten Vortrag hebt Schmid selbst drei wichtige „Resultate“ hervor, die als „Stärken“ der Kommissionsarbeit ins Gewicht fallen:
 - Die Erkenntnis der Gefahren einer Gewichtung der verschiedenen Sparten der umfassenden Landesverteidigung unter Hinweis auf das Bild der „Kette“. Zitat: „Es schien uns wichtiger, auf die Interdependenz der Vorbereitungen und auf die Totalität der GV hinzuweisen.“
 - Die Klärung des Verhältnisses von Abschreckungskraft und Abwehrkraft. Zitat: „Unsere Arbeiten haben zum Ergebnis geführt, dass die theoretische Unterscheidung [...] im Falle des Kleinstaates nicht zu zwei verschiedenen Formen der Rüstung und Vorbereitung führen könne. [...] Wir haben statt des Begriffs ‚Abschreckung‘ das Wort ‚*Dissuasion*‘ gebraucht.“
 - Die Hervorhebung der Bedeutung der Führung im Verhältnis zur materiellen Vorsorge. Zitat: „Die Probleme der Führung sind kaum noch erkannt. Es ist [...] nicht damit getan, dass man materielle Vorkehrungen trifft; die Führungsprobleme sind wahrzunehmen.“ (Siehe Hilflosigkeit der politischen Führung in der Gegenwartskrise)
3. Als „Schwäche“ (besser „Eingrenzung“) des Berichts SSF könnte meines Erachtens die (zu) starke Ausrichtung auf die instrumentalen Aspekte der GV bezeichnet werden. Das wird allerdings im Vortrag Schmid relativiert, etwa mit der Aussage „Es ist so, [...] dass nun der Staat und die Nation als Ganzes im Mittelpunkt des strategischen Denkens stehen.“ Dennoch finden z.B. die zivilen Bereiche der GV im Bericht eine sehr detaillierte „Auslegeordnung“.

Das nach heutigem Empfinden zu enge Eingrenzen des Sicherheitsbegriffes nach Gefährdungs- und Schutzbereichen namentlich auch in internationalen Zusammenhängen ist dem Bericht SSF schon damals als Einwand nicht erspart geblieben.

Zur zweiten Frage: Gibt es strategische Leitlinien, die auch heute noch Gültigkeit beanspruchen können?

Diese Frage kann allgemein bestimmt mit einem Ja beantwortet werden. Dabei gibt es allerdings die sicherheitspolitischen Entwicklungen und den tiefgreifenden Wandel im internatio-

nen Umfeld der vergangenen 30 Jahre zu berücksichtigen, die selbst die weitestgehenden Vorstellungen der SSF überholt haben.

Der Wandel bedingt den auch einen Dauerprozess der strategischen Lagebeurteilungen wie auch der Schutzvorkehrungen. Dabei kann die Arbeitsmethode der Kommission Schmid als Vorbild gelten, vorausgesetzt, dass die Schlüsse und Entscheidungen der Behörden zeitgerecht folgen. Zitat aus der Einführung des Generalstabschef zum Bericht Schmid: „Die SSF hat die Grundlagen für eine auf dem Gedanken der Dissuasion beruhende schweizerische strategische Konzeption geschaffen. Die strategischen Gegebenheiten wandeln sich aber dauernd und müssen ständig überprüft und neu bewertet werden. Die dazu erforderlichen Institutionen sollten möglichst bald geschaffen werden, damit die Konzeption nicht hinter der Fortentwicklung der Gegebenheiten nachhinkt.“² Das ist, von Armee-seite v. a., auch weitgehend erfolgt.

Die nachhaltigen Impulse des SSF-Berichts samt der daraus erwachsenen Taten für heute und morgen betreffen:

- Das gesamtheitliche strategische Denken, auch im Bewusstsein, „dass die Sicherheit unseres Landes in weit höherem Masse von den internationalen Konstellationen und von der Sicherheitspolitik unserer Umwelt auf globaler, regionaler und nationaler Ebenen abhängig ist [...] als von unseren eigenen Mitteln und Vorkehrungen.“³

² Studienkommission für strategische Fragen. *Grundlagen einer strategischen Konzeption der Schweiz*. Bericht der Studienkommission für strategische Fragen. Schriften des SAD Nr. 11. Stäfa 1971. S. 16.

³ Ebd., S. 30.

- Die Flexibilität der Führung in einer sich oft abrupt wandelnden Typologie der Gefährdungen und in plötzlichen, nie konkret voraussehbaren Krisenlagen.
- Dementsprechend auch die Ausgestaltung des Führungsinstrumentariums und die auf Können ausgerichtete Führungsschulung ohne Rücksicht auf die Prominenz der Teilnehmer und ihre Befangenheit in Alltagsgeschäften. Dies betrifft besonders auch unsere politischen, oft aus dem Nichts an Führungserfahrungen herausgewählten und zumeist unversehens in Spitzenverantwortungen hineingestellten Kader unseres Staates.

Ich denke in grosser Dankbarkeit an die Gunst der Mitarbeit in der Kommission Schmid zurück. Die Eindrücke und Erkenntnisse haben mich in der Folgezeit bereichernd begleitet und in Kontakten mit ausländischen Experten auch gestärkt.

Hans Senn

Die Kommission Schmid und die Nuklearwaffenfrage

Eine wichtige Teilaufgabe der Studienkommission für strategische Fragen war es, die Elemente für eine Nuklearpolitik zu erarbeiten. Ich möchte die Frage aufwerfen: Erfüllte der Schlussbericht SSF diese Erwartungen? Ich muss dabei einen Vorbehalt machen: Als Mitakteur stütze ich mich auf meine Erinnerung und einige wenige zusätzliche Dokumente, die mir erhalten geblieben sind. Für ein sicheres Urteil müssten natürlich alle vorhandenen, noch in den Archiven lagernden, Dokumente herangezogen werden.

Ich erinnere an den Ablauf des Geschehens: Im Frühjahr 1966, angeregt durch einen Aufsatz über die Nuklearpolitik Schwedens, beauftragte der Generalstabschef die Untergruppe Front Richtlinien für eine Nuklearpolitik der Schweiz zu entwerfen. Als Chef der Operationssektion fasste ich diesen Auftrag vom Unterstabschef Front, und gelangte meinerseits mit der Bitte an Oberst im Generalstab Freymond, die Federführung bei dieser Aufgabe zu übernehmen.

Inzwischen kam der Bericht über die Konzeption der militärischen Landesverteidigung heraus. Dieser enthielt eigentlich bereits den Kern der Nuklearpolitik des Bundesrates. Ich zitiere:

„Nach wie vor haben wir von der Voraussetzung auszugehen, dass unseren Streitkräften Kernwaffen oder andere gleichwertige Waffen fehlen. Allein schon aus diesem Grund, aber auch aus Überlegungen ethisch-weltanschaulicher Art, sind wir an allen Bestrebungen, die auf eine Eindämmung und Nichtanwendung solcher Waffen hinzielen und in dieser Beziehung Garantien schaffen, in höchstem Masse interessiert. [...] Solange aber die erwähnten Waffen vorhanden sind und auch gegen uns eingesetzt werden können, sind wir verpflichtet, die Vor- und Nachteile einer eigenen Nuklearbewaffnung mit allen ihren Auswirkungen zu prüfen. [...] Diese Abklärungen müssen die Frage einschliessen, wann der Punkt erreicht wäre, an dem die weitere Ausbreitung der Kernwaffen unser Land zu ihrer Beschaffung zwingen könnte.“¹

Trotz dieser Aussage blockierte aber der Bundesrat von 1963 bis 1969 die Abklärungen, indem er die dazu notwendigen Kredite und Personaletats nicht bewilligte. Seine Zurückhaltung lässt sich vor allem durch den Vertrauensverlust erklären, der durch die Mirage-Angelegenheit verursacht wurde. 1966 erschien das Buch „Strategie des Kleinstaates“ von Gustav Däniker, der in diesem Buch ein schweizerisches atomares Abschreckungspotential verlangte und damit auch den Wünschen und Forderungen der Zürcher Offiziersgesellschaft entsprach. Dann kam im Herbst 1966 die erste Antwort von Oberst Freymond und zwar in einer „note en vue de la formulation d'une politique nucléaire de la Suisse“. Darin kam Oberst Freymond zu folgenden fünf Schlüssen:

1. Im jetzigen Zeitpunkt sei es weder notwendig noch opportun, Atomwaffen zu beschaffen.

¹ Bericht des Bundesrates an die Bundesversammlung über die Konzeption der militärischen Landesverteidigung vom 6. Juni 1966. In: *BBl* 1966 I S. 853-877, hier S. 872.

2. Gegen die Anwendung und Weiterverbreitung von Atomwaffen müsse der Kampf aufgenommen werden.
3. Die Anstrengungen zum Schutze der Zivilbevölkerung gegen die Auswirkungen der Atomwaffen müssten verschärft werden.
4. Entwicklung und Einsatzkonzeption der Kernwaffen seien weiterzuverfolgen.
5. Ein schweizerisches Zentrum für umfassende strategische Studien sei ins Leben zu rufen.

Da aber der Bundesrat die Etatstellen für ein solches Zentrum nicht bewilligte, kamen der damalige Unterstabschef Wildbolz und ich auf die Idee, man sollte einen Ausschuss für strategische Fragen bilden; dieser wäre weniger teuer als ein Zentrum. Oberst Wildbolz beantragte dem Generalstabschef die Bildung eines solchen Ausschusses. Dieser legte dann im Februar 1967 der Landesverteidigungskommission zwei Fragen vor:

Soll zur Erarbeitung der Elemente einer strategischen Konzeption eine aus unabhängigen Persönlichkeiten zusammengesetzte Studiengruppe beigezogen werden?

Soll die Nuklearpolitik als besonders wichtiger Teil unserer Gesamtstrategie und zur Zeit dringlichstes Anliegen in einer unabhängigen Studie verfolgt werden oder soll aufgrund des totalen Feindbildes zuerst eine strategische Gesamtkonzeption entworfen werden, durch die auch die brennenden Fragen unserer Nuklearpolitik beantwortet würden?

Der Generalstabschef veranschlagte die Zeitdauer für eine Studie über die Nuklearpolitik mit einem Jahr und die Gesamtstudie mit zwei bis drei Jahren. Der Generalstabschef stellte damals auch eine Disposition zur beabsichtigten Studie „Grundsätze einer schweizerischen Nuklearpolitik“ zur Diskussion. In dieser Disposition wurden neben den militärischen, technischen und finanziellen auch die wirtschaftlichen sowie die innen- und aussenpolitischen Aspekte berücksichtigt. Die späteren Studien beschränken sich bloss auf die militärischen Aspekte.

Im Mai 1967 erfolgte dann die Verfügung der Studienkommission für strategische Fragen. In der ersten Plenarsitzung vom 7. Juli 1967 bezeichnete Korpskommandant Gygli die Prüfung unserer Einstellung zum vorgeschlagenen Proliferationsabkommen als vordringlichstes Problem. Im Dezember wurde in der Folge die erste Meinungsäusserung – im positiven Sinne – dazu eingereicht. Inzwischen war auch die interdepartementale Arbeitsgruppe Nonproliferation unter Leitung von Botschafter Bindschedler gegründet worden. Das EVED war durch Prof. Hochstrasser, das EMD durch mich vertreten.

1968 unterbreitete ich einen ersten Entwurf zur Studie „Beurteilung des militärischen Nutzens einer Ausrüstung der Armee mit Kernwaffen“ der Studienkommission für strategische Fragen. Diese Studie war bearbeitet durch die Operationssektion in Zusammenarbeit mit Major Däniker. Für uns war es eine absolute Notwendigkeit den Zürcher Exponenten einer eigenen Atombewaffnung in das Ergebnis dieser Studie einzubinden.

Der Schlusssatz dieses ersten Entwurfes lautete: „Nur eine atomar und konventionell gerüstete Armee vermag auch in Zukunft potentielle Angreifer davon zu überzeugen, dass ihr Einsatz und Risiko bei der Niederwerfung der Schweiz grösser sind als der unter besten Bedingungen zu erzielende Gewinn.“ Diese Folgerung veranlasste den Verfasser des historischen Ab-

risses zur Frage einer schweizerischen Nuklearbewaffnung zur Aussage, ich sei, ohne wenn und aber für eine schweizerische Atombewaffnung eingetreten. Er fällte dieses Urteil ohne Berücksichtigung der nachfolgenden Tatsachen:

1. Es handelte sich bei diesem ersten Entwurf bloss um eine Diskussionsgrundlage und nicht um ein fertiges Konzept.
2. Es ging bei der Studie lediglich um die Beurteilung des militärischen Nutzens und nicht um eine Gesamtabwägung der Vor- und Nachteile einer Atombewaffnung.
3. Der zitierte Satz schloss die Warnung ein, dass eine atomare Rüstung nicht auf Kosten der konventionellen Erneuerung gehen dürfe. Es war aber Jedermann klar, dass die Finanzen beides nicht erlaubt hätten. Damit war das Urteil über die Nuklearbewaffnung, im Grunde genommen, bereits gesprochen.
4. In Anbetracht der Verzögerung der versprochenen Abklärungen durch den Bundesrat, verfolgte eben die Studie den Zweck, die Argumente der Befürworter ernsthaft unter die Lupe zu nehmen, damit sie nicht sagen konnten, ihre Gründe seien überhaupt nie diskutiert worden.

Der Arbeitsausschuss Nuklearpolitik der Studienkommission für strategische Fragen setzte sich dann sehr intensiv, aber ausschliesslich aus militärischer Sicht, mit der Problematik einer schweizerischen Nuklearbewaffnung auseinander. Ich war eigentlich der Meinung gewesen, dass meine Aufgabe darin bestand, nur die militärischen Aspekte darzulegen, und die Kommission als Ganzes müsste dann die übrigen Aspekte dazu beitragen. Dazu kam es aber nicht.

Einig war man sich, dass ein Nuklearkrieg mit seinen schlimmen Folgen unbedingt vermieden werden müsse. Der Kriegsverhütung kam damit entscheidende Bedeutung zu. Umstritten waren vor allem die abhaltende Wirkung eigener Atomwaffen auf einen potentiellen Angreifer und die Glaubwürdigkeit ihres Einsatzes durch den Bundesrat. Befürworter und Skeptiker einer Atombewaffnung raufte sich auf einer mittleren Linie zusammen.

Im April 1969 erschien der zweite Entwurf dieser Studie und dazu nahm nun Oberst Karl Schmid Stellung. In einem persönlichen Brief schrieb er mir:

„Ihre Studie zeigt, dass es gar nicht möglich ist, den militärischen Aspekt der Kernwaffen für sich allein und gesondert zu betrachten. Ich halte die abhaltende Wirkung operativ-taktischer Atomwaffen für ebenso unglaubwürdig wie die abschreckende Wirkung strategischer Waffen und dies aus folgenden Gründen:

1. Ein sogenannt begrenzter Atomkrieg trägt die Gefahr der Eskalation in sich.
2. Der Ersteinsatz von Atomwaffen durch uns würde die Weltmeinung negativ beeinflussen.
3. Es gibt im Einsatzgebiet der Feldarmee keine wirkliche Möglichkeit eigene Atomwaffen selektiv auf militärische Ziele anzusetzen. Ihr Einsatz auf Ziele jenseits der Landesgrenze ist schlicht unsittlich.
4. Was wir an A-Waffen je besitzen könnten, fällt für die Nato als potentiellen Bündnispartner nicht ins Gewicht. Sie besitzt genügend Kernwaffen, um auch uns zu unterstützen. Mangelware sind bei ihr konventionelle Streitmittel.“

Und er zog die Schlussfolgerung: „Wir müssen alle verfügbaren finanziellen Mittel zur Erhöhung von Feuerkraft, Beweglichkeit und Schutz der Armee einsetzen.“

Aus Zeitmangel konnte die Meinung des Vorsitzenden der SSF bei der Endredaktion nicht mehr voll berücksichtigt werden. Die zu Beginn vorgesehene Konfrontation der militärischen mit den aussen- und innenpolitischen Aspekten der Nuklearbewaffnung fand leider nicht statt. Sie wurde allerdings teilweise im Arbeitsausschuss Nonproliferationsvertrag behandelt.

Im Kapitel über die nukleare Bewaffnung des Schlussberichts der SSF wurde das Resultat wie folgt zusammengefasst: „Eine Nuklearbewaffnung zur *strategischen Abschreckung* eines Gegners auf weite Entfernung liegt für die Schweiz aus technischen, wirtschaftlichen und strategischen Gründen ausserhalb ihrer Möglichkeiten. Eine *operativ-taktische Nuklearbewaffnung* würde die Verteidigungskraft und damit die kriegsverhütende Kraft unserer Landesverteidigung wesentlich verbessern. Sie würde aber auch die Gefahr erhöhen, dass ein bewaffneter Konflikt, in den wir hineingezogen werden, nicht auf der konventionellen Ebene bleibt, sondern zum Nuklearkrieg wird, der unabsehbare Gefahren für uns in sich birgt. Es wäre ein strategischer Fehler, eine Nuklearbewaffnung auf Kosten einer starken *konventionellen* Landesverteidigung zu erwerben.“²

Mit dem Schlussbericht der SSF wurde dem Bundesrat auch der Teilbericht des Arbeitsausschusses Nuklearpolitik eingereicht. Der Arbeitsausschuss Nonproliferationsvertrag lieferte seinerseits Dokumente, welche die politischen, militärischen und wirtschaftlichen Auswirkungen des Atomsperrvertrages erläuterten.

Fazit: Die Erwartungen auf dem Gebiet der Nuklearpolitik wurden von der Studienkommission für strategische Fragen meiner Meinung nach nur teilweise erfüllt. Zwischen dem Vorsitzenden und dem Arbeitsausschuss Nuklearbewaffnung fand aus Zeitmangel keine vertiefte Diskussion statt. Die Differenzen konnten nicht bereinigt werden. Diese waren aber in Wirklichkeit viel weniger gross, als es scheinen mag. Da das Geld für eine atomare Aufrüstung gar nicht zu Verfügung stand, wollten beide mit den verfügbaren Krediten die konventionelle Armee den Bedingungen des Atomkrieges anpassen.

Eine Gegenüberstellung der militärischen und der übrigen Aspekte fand nicht statt. Die drei Unterlagen, die dem Bundesrat zur Verfügung standen, genügten für den Entscheid, dem Nonproliferationsvertrag beizutreten und im Fall seines Scheiterns die Option einer schweizerischen Atombewaffnung offenzuhalten. Um den Entschluss zu fassen, eine eigene Atombewaffnung einzuleiten, und dazu die Zustimmung des Volkes zu erhalten, wären diese Unterlagen natürlich viel zu eng gewesen und hätten stark erweitert werden müssen.

² Studienkommission für strategische Fragen. *Grundlagen einer strategischen Konzeption der Schweiz*. Bericht der Studienkommission für strategische Fragen. Schriften des SAD Nr. 11. Stäfa 1971. S. 108 (Hervorhebungen im Original).

Walter Winkler

Die wissenschaftlichen, technischen und finanziellen Möglichkeiten einer Atomwaffenproduktion

Meine Herren Bundesräte, liebe Frau Schmid-Attenhofer, meine Damen und Herren

1967 ersuchte mich der Generalstabschef, Mitglied der Studienkommission für strategische Fragen zu werden. Dies wohl deshalb, weil ich ihm als Mitverfasser des **MAP**-Berichts (**M**öglichkeiten einer eigenen **A**tomwaffen-**P**roduktion) bekannt war.

Der MAP-Bericht stammt aus dem Jahre 1963. Damals wurden Prof. Dr. Urs Hochstrasser, Delegierter des Bundesrates für Fragen der Atomenergie, Dr. Paul Schmid und ich – wir beide waren seinerzeit Abteilungsleiter am Eidgenössischen Institut für Reaktorforschung – von der Generalstabsabteilung ersucht, die wissenschaftlich-technischen und finanziellen Möglichkeiten einer eigenen Atomwaffenproduktion abzuklären. Dr. Schmid und mir war völlig klar, dass wir eine solche Arbeit nur ausserhalb unserer beruflichen Tätigkeit am EIR durchführen konnten; denn eine Verletzung der gebotenen Geheimhaltung hätte sowohl für das EIR wie auch für unsere eigene berufliche Entwicklung sehr nachteilige Folgen haben können. Der MAP-Bericht, der neben den damals nur spärlich vorhandenen Angaben aus der Literatur auf eigenen theoretischen Arbeiten basiert, entstand deshalb im Einvernehmen mit der Generalstabsabteilung im Milizsystem, und zwar im strengsten Wortsinn.

Der MAP-Bericht enthält unter anderem den konkreten Antrag, es sei zur genaueren Abklärung der Möglichkeiten und der Kosten einer eigenen Atomwaffenproduktion durch den Bundesrat für die Dauer von drei Jahren ein Kredit von 20 Mio. Fr. zu bewilligen, mit dem Ziel, folgende Fragen näher abzuklären:

1. Abbauwürdigkeit der in der Schweiz gefundenen Uranvorkommen: 5 Mio. Fr.
2. Entwicklung von Ultrazentrifugen zur Urananreicherung: 10 Mio. Fr.
3. Waffentechnische Grundlagenforschung: 5 Mio. Fr.

Die Verfasser des Berichts vertraten in ihrem Antrag die Auffassung, dass die Beantwortung der wichtigen Frage nach der Machbarkeit erst nach Vorliegen der Resultate dieser dreijährigen Abklärungsphase möglich werde, und dass ausserdem die nötigen Arbeiten auch bei bestem Willen nicht mehr im Milizsystem zu bewältigen seien.

Im Bericht wird konkret vorgeschlagen, gegebenenfalls den Weg über das Uran, das in Ultrazentrifugen angereichert werden soll, und nicht jenen über den Einsatz von Plutonium zu wählen.

Die angegebenen Gründe sind:

- Es besteht die Möglichkeit, mit Hilfe von noch zu entwickelnden Ultrazentrifugen die Urananreicherung in einer relativ kleinen Anlage bewerkstelligen zu können.
- Die Beherrschung des Zündvorganges einer Uranwaffe wird gegenüber jenem einer Plutoniumwaffe als einfacher beurteilt. In diesem Zusammenhang sei daran erinnert, dass es sich bei der Atombombe, die über Hiroshima zur Explosion gebracht wurde, um eine Uranwaffe gehandelt hat, die im Unterschied zur Plutoniumwaffe vor dem Einsatz nicht getestet wurde.

Anlässlich der Sitzung des Bundesrates vom 5. 6. 1964 bewilligte dieser den angeforderten Kredit von 20 Mio. Fr. Er beschloss aber gleichzeitig, dass zwar die Arbeiten auf den Gebieten der Uranprospektion und jene zur Entwicklung der Ultrazentrifugen aufgenommen werden dürften, dass jedoch auf das von den Berichtsverfassern vorgeschlagene, der ETH anzugliedernde Institut mit etwa 20 Fachleuten zur Abklärung der waffentechnischen Probleme zu verzichten sei. Die waffentechnischen Abklärungen sollten nach den Vorstellungen des Bundesrates durch einen Fachmann der Generalstabsabteilung vorgenommen werden!

Dr. Schmid und mir war nach diesem Bundesratsentscheid eindeutig klar, dass auf diese Weise keine Möglichkeit mehr bestand, die für einen fundierten Entscheid notwendigen Grundlagen zu erarbeiten. Wir bekundeten unsere Auffassung zu diesem Bundesratsentscheid am 23. 7. 1964 in einer gemeinsamen schriftlichen Erklärung zu Handen der Generalstabsabteilung. Dr. Schmid und ich zogen uns zurück und verliessen auch das Eidgenössische Institut für Reaktorforschung. Unsere damals schriftlich vertretene Auffassung übernahm zu unserer grossen Genugtuung auch Generalstabschef Annasohn. Dieser schrieb in seinem Brief vom 23. 12. 1964 an den EMD-Chef Bundesrat Chaudet:

„Ein einzelner Wissenschaftler, der isoliert in der Generalstabsabteilung die umfangreichen und komplexen waffentechnischen Probleme zu behandeln hätte, könnte auch im günstigsten Falle zu keinem für die Beurteilung der Möglichkeiten einer eigenen Atomwaffenherstellung befriedigenden Ergebnis gelangen.“

Einzelne Erkenntnisse des MAP-Berichts dienten als Grundlage für den Bericht der Kommission Schmid. Dort lautet der letzte Satz der diesbezüglichen Zusammenfassung: „Die bisherigen Bemühungen auf diesem Gebiet, die mit unzureichenden personellen und materiellen Mitteln und unzureichenden Aufträgen an die Verantwortlichen unternommen worden sind, haben einem Vorgehen auf breiter Front und mit Mitteln einer ganz neuen Grössenordnung Platz zu machen.“¹ Dies geschah aber nicht!

Am 27. 11. 1969 unterzeichnete die Schweiz den Atomsperrvertrag. Die Frage einer eventuellen Nuklearbewaffnung stellt sich also heute im Unterschied zu damals nicht mehr.

¹ Studienkommission für strategische Fragen. *Grundlagen einer strategischen Konzeption der Schweiz*. Bericht der Studienkommission für strategische Fragen. Schriften des SAD Nr. 11. Stäfa 1971. S. 108.

Kurt Eichenberger

Schlussbemerkungen zum 1. Panel

Wir haben nun einiges über die Leistungen der Kommission Schmid gehört. Zuerst hat uns Korpskommandant Wildbolz die positiven Aspekte des Berichts und die Lehren, die man daraus ziehen könnte, geschildert. Danach haben wir auch die Probleme beleuchtet, die sich im Bericht Schmid am Beispiel der Nuklearbewaffnung und der Nuklearpolitik aktualisierten. Diese Bedrohungen, die heute scheinbar ausser Traktanden gefallen sind, liefern uns aber ein Beispiel, wie wir mit neuartigen Problemen umgehen, von denen wir zuwenig Kenntnis haben und bei denen wir zuerst unser Verhalten bestimmen müssen.

Ich möchte an dieser Stelle kurz aufzeigen, wie der Bericht zentrale Begriffe einbringt, die damals noch aufgebaut werden mussten, aber ihre Schwächen schon in sich trugen. Heute sind diese scheinbar kein Thema mehr, bedürften meiner Meinung nach aber der sorgfältigen Überlegung.

Der Bericht Schmid legt grosses Gewicht auf saubere Begriffe, womit er bereits die Hälfte der Berichterstattung klarstellt. Zudem zeichnet er sich durch eine ungewöhnliche und substantielle Klarheit aus.

An erster Stelle ist hier der Begriff der „Dissuasion“ zu nennen. Der Ausdruck an sich ist schon fremd. Man wollte damals aber richtigerweise nicht das Wort „Abschreckung“ verwenden. Was meinte man damals mit Dissuasion? Es waren vor allem vier Elemente, die den Bericht wesentlich kennzeichneten:

Erstens verlangt der Bericht, dass man eine vorbeugende Verteidigungspolitik mit einer wehrhaften Neutralität betreiben solle. Diese bejaht Vorwirkungen, dergestalt, dass man schon vor einem Krieg generell neutral sein, die Einhaltung der Neutralität garantieren muss. Die Politik muss Vertrauen erweckend gestaltet sein und sie muss Solidarität mit dem Ausland bekunden, damit man im Ausland „beliebt“ ist. Letzteres sagt der Bericht nicht, aber wir streben es heute an. Falls wir neutral – nach bisherigem Verständnis – bleiben wollen, ist aber eine glaubhafte Wehrhaftigkeit weiterhin das Entscheidende.

Hinter dieser Neutralitätsauffassung ist indessen im Bericht schon eine vorsichtig vorgebrachte Bedenklichkeit angemeldet, dass man eventuell doch Bündnisse in Erwägung ziehen müsse. Das sagt der Bericht in einem Nebensatz. Es ist Karl Schmid also bewusst, dass allenfalls Bündnisbedürfnisse aufkommen könnten.

Zweitens braucht die Schweiz eine wirksame und kampfkraftige Armee. Karl Schmid glaubte an die Armee und sah in ihr nicht nur ein Hilfsmittel für Katastrophensituationen. Damit diffamiere ich die heutige Armeekonzeption nicht, aber ich will unterstreichen, dass die Armee auch Kampfaufgaben zu erfüllen hat, die mit gebührender Ernsthaftigkeit angegangen werden müssen.

In dritter Linie braucht es eine umsichtige Aussenpolitik, die bereit ist, diese Eidgenossenschaft gegen aussen entsprechend darzustellen. Karl Schmid geht davon aus, dass diese Aus-

senpolitik eines unabhängigen Staates auf eine Unabhängigkeitserhaltung gerichtet sein muss.

Viertens: Karl Schmid geht von der Annahme aus, die Schweiz sei eine integrierte, geschlossene Nation, die bereit ist zu überleben und dank sichtbaren Vorkehren dies auch klar macht und sich nicht selber diffamiert, indem sie im Ausland ihre Desintegration gleichsam aktenkundig macht.

Die zweite Grundauffassung, die die Dissuasion fundiert, ist jene des „Abwehrkampfes“ zur Erhaltung von Volk und Staat. Ein selbständiger Abwehrkampf, der bis an die Grenze des biologischen Überlebens der Nation geht. Es geht hier darum, dass man selber kämpfen und sich nicht von Anfang an anderen überlassen will, die für uns im günstigen Fall die Sorge übernehmen und uns durch die Nöte hindurch tragen. Ein wenig schimmert hier Reminiszenz durch. Es ist die Fortführung des hochgemuten Pessimismus des Zweiten Weltkrieges, aber ohne Heroismus, in der Erwartung, dass diese Nation bereit sei, den Kampf aufzunehmen. Der Begriff des Abwehrkampfes wurde damals in die Mitte gestellt. Er löste möglicherweise schon gewisse Fragezeichen aus.

In dritter Linie ist der Begriff des „Widerstandes“ aufzugreifen, der Widerstand nach der Besetzung des Landes. Es wurde sehr ausführlich dargelegt, wie und aus welchem Geiste diese Widersetzung zu leisten sei. Nicht ahnend, dass dieser Widerstand nach zwanzig Jahren auf enorme Ablehnung stossen würde, dass diese Kampfform gar verfemt und beinahe vom ganzen Volke nicht verstanden werden würde. Allerdings wurde er dem Volke aber auch nicht erklärt, als es prekär wurde vor fünf oder sechs Jahren.

Ich will noch kurz einige Sonderheiten aus dem Bericht streifen, die diesen eben auch charakterisieren und die zum Teil seine Probleme beleuchten. Der Bericht wurde in einer Phase des Planungsglaubens geschrieben. Im Militär konnte man in der Tat systematisch planen, aber es war wohl zuviel verlangt, die gesamte Staatstätigkeit planen zu wollen. Der Planungsglaube flachte dann auch etwa seit der Ölkrise ab. Heute kann man sich fragen, ob der Planungsidee noch hinreichend Beachtung geschenkt wird. Im Bericht Schmid war der Planungsglauben jedenfalls noch vorhanden.

Was der Bericht Schmid noch bejahen konnte, wir heute aber mit Fragezeichen versehen müssen, ist die Frage der Integrationsfähigkeit der Milizarmee. Ich frage mich, ob sie eine Integrationsfunktion noch wahrzunehmen vermag. Karl Schmid rechnete mit der Verteidigungsgesinnung des Volkes, meldete aber sogleich Vorbehalte an. Im weiteren nahm er auch einen ausgeglichenen Wohlstand und einen sozialen Frieden an, von dem aus die Schweiz in allfällige Auseinandersetzungen einzutreten hätte. Dies hat sich heute geändert. Die Pflege einer Staatsgesinnung können wir heute höchstens noch partiell in den Schulen erwarten, aber in den Medien wohl nur begrenzt.

Und nochmals kommt Karl Schmid in diesen Sonderheiten auf die Neutralität zu sprechen. Neutralität im Sinne einer autarken Instrumentierung, ohne Gefahr der Isolation, und einem Einfügen in die Solidarität mit anderen Staaten. Hier klingt die Bereitschaft der Aussenpolitik von Petitpierre an.

Karl Schmid hat freilich die innerstaatlichen Schwierigkeiten am Horizont aufsteigen sehen. Er hat sie mehr oder weniger deutlich – mitunter sehr zurückhaltend – signalisiert. So hat er

vor allem klargestellt, dass neue Einstellungen entstehen, beim Bürger, bei sozialen Gruppierungen, bei staatlichen Institutionen. Heute würden wir dies unter den Begriff „Wertewandel“ subsumieren. Karl Schmid lebte in Wandlungserwartung. Er rechnete damit, dass die jetzige Lage die jetzige ist und dass diese laufend überdacht werden müsse. Karl Schmid hat auch die Abwendung des Einzelnen vom Staat signalisiert, quasi als Gegenbild zur sonst immer vorausgesetzten positiven Staatsgesinnung und gefestigten Integration. Im weiteren hat er, als Europäer der ersten Stunde, auf die zunehmende Europäisierung hingewiesen, die eine entsprechende politische und militärische Haltung herausfordert, die bisher nicht bekannt war.

Meine Damen und Herren, wir haben aus dem Bericht einige Elemente herausgehoben. Ich darf Sie nun bitten, Ihrerseits Bemerkungen anzubringen, Feststellungen zu machen und Widersprüche anzumelden.

Diskussion (2)

Woker fragt, warum ein ausgesprochener Widerwillen der Schweiz in den fünfziger und sechziger Jahren auszumachen sei, sich bei entscheidenden institutionellen Fragen vorzuwagen. Dabei schimmerte z.B. im Bericht von Jacques Freymond, aber auch in den Papieren von Karl Schmid, durch, dass auch eine internationale Seite der Sicherheitspolitik existiere. Die direkte Demokratie sei sicherlich ein Grund hierfür, aber zum Teil nur ein vorgeschobener, weil diese automatischen Mehrheiten gegen eine internationale Implikation auch eine Wechselwirkung verursachten, indem von „oben“ immer gesagt werde, dass zuerst geprüft werden müsse, wie sich etwas bewähre.

Diese ausgesprochene Zurückhaltung bei eigentlichen institutionellen Bindungen, auch der politischen Führung, sei ein international völlig singuläres Vorgehen. Dabei sei z.B. Schweden 1945 mindestens genauso stark isoliert gewesen wie die Schweiz, sei aber 1946 der Uno beigetreten, während es der Schweiz erst 1986 zu einer Uno-Abstimmung gereicht habe. Diese Zurückhaltung beschränke sich aber keineswegs nur auf die Uno, sondern habe sich anfänglich bei der KSZE oder den Bretton-Woods Organisationen gezeigt.

Senn entgegnet, dass die Schweiz damals zur Gründung der Uno gar nicht eingeladen worden sei. Die Frage des Beitritts zur Nato sei zwar zurückhaltend diskutiert worden, sei aber im Bann der Blockbildung zwischen Ost und West gestanden, und man hätte geglaubt, dass die Neutralität in dieser Situation ein wichtigeres Instrument bilde als eine Zusammenarbeit mit dem Westblock. Man sei zwar nicht mehr ganz an der Front gewesen, aber dennoch nahe genug an derselben, um bei einem sowjetischen Angriff auf Europa zwischen die Fronten zu geraten. Der Glaube, dass die Neutralität in einer solchen Situation von Vorteil sein würde, sei der Hauptgrund für die Zurückhaltung der Schweiz gewesen.

Wildbolz glaubt, dass es für die jüngere Generation ausserordentlich schwierig sei, sich in die damalige Zeit und strategische Lage zurückzudenken, in der es völlig ausgeschlossen gewesen sei, eine Einordnung in ein europäisches Sicherheitssystem, z.B. in die Nato, vorzuschlagen. Solche Dinge brauchten in der Schweiz Zeit.

Im Laufe der Zeit seien die ausgreifenden Massnahmen der Sicherheitspolitik immer deutlicher geworden. Man sei nicht nur der KSZE beigetreten, sondern man habe auch auf anderen Gebieten aktiv mitgearbeitet, so z.B. durch den Ausbau der guten Dienste und der Katastrophenhilfe.

Die periodischen Planungsetappen erforderten eine völlige Offenheit allen Optionen gegenüber. Man müsse sich auch bei der heutigen Lagebeurteilung allen Möglichkeiten stellen und sie mit aller Offenheit und Objektivität beurteilen. So dürfe auch die Milizarmee kein Tabu sein. Diese Ideen, die vor allem von der jüngeren Generation in die Diskussion getragen würden, müssten mit aller Offenheit und möglicher Objektivität diskutiert werden.

Die Verschlossenheit damals sei irgendwie durch die Zeitumstände gegeben gewesen. Man habe sich bei der Planung immer auch mit Fragen befasst, wie es wäre, wenn man bei einer bestimmten Krisensituation Anlehnung an das Ausland suchen würde. Man habe sehr vorsichtig sein müssen. Es sei im EMD ja streng verboten gewesen, mit Nato-Stellen Kontakt aufzu-

nehmen. Man hätte mit dem Ausland Informationsaustausch bis in die Sphären der Geheimhaltung hinauf aufnehmen dürfen. Schweizer Instruktionsoffiziere seien seit der Nachkriegszeit ständig in ausländische Kurse gesandt worden und seien dort aufgenommen worden, als gehörte unser Land der Nato an.

Alle diese Dinge seien durch den Argwohn begrenzt gewesen, sich institutionell zu binden. Hier seien die Nachwirkungen des Aktivdienstes mit den Geheimabsprachen z.B. mit Frankreich nicht ganz unschuldig an der vorsichtigen Haltung gewesen. Man konzentrierte sich auf die eigenen Möglichkeiten. Man sei der Meinung gewesen, dass man selbst in der Lage sein müsse, den eigenen Schutz zu gewährleisten.

Eichenberger bemerkt, dass Schweden einst eine Grossmacht gewesen sei, die während des Zweiten Weltkrieges nicht unter den existentiellen Bedrohungen gelitten habe wie die Schweiz. Diese leide noch heute an ihrer Geschichte. So sei die Schweiz mindestens seit Marnano vorsichtig und lasse beim Einbinden in eine Paktsituation grosse Vorsicht walten, da es lange gedauert habe, bis sich die Schweiz vom Reiche gelöst habe. Die Schweiz sei seinerzeit dem Völkerbund nur zögernd beigetreten. Im Unterschied zu den USA sei sie aber wenigstens bereit gewesen, einen durch eine Volksabstimmung legitimierten Versuch mit dem Völkerbund zu wagen, der durch die Schweiz eine gute Stütze gehabt habe.

Spillmann bittet die zwei alt Bundesräte Furgler und Honegger ihre Gedanken zu der zentralen Frage von Herrn Woker zu äussern.

Furgler ist der Meinung, dass die Schweiz trotz der bereits geschilderten Gründe für ihre Anfangspassivität im Laufe dieser Jahrzehnte nicht nur passiv gewesen sei. Der Weg vom Beobachter zum Vollmitglied des Europarats sei Ausdruck des Willens der Schweiz gewesen, Menschenrechte nicht nur zu predigen, sondern zu leben und Kontakte zu suchen und zu verwirklichen. Dies sei Ausdruck dafür, dass Europa nicht nur eine materielle, sondern auch eine geistige Komponente habe, für die zu leben es sich lohne. Dies verdiene vor allem auch im Hinblick auf das nächstjährige Jubiläum besondere Hervorhebung. Wenn wir im kommenden Jahrhundert bestehen wollen, sei die Verwirklichung der Menschenrechte die *conditio sine qua non* für eine dauerhafte Friedensordnung.

Furgler erinnert an die Bundesratssitzungen, wo man darüber diskutiert habe, ob man nach Helsinki gehe, ob es zum berühmten „Dritten Korb“ komme, der auch dem Ostblock nahelegte, Menschenrechte zu praktizieren und sich nicht abzuschotten. Die Teilnahme am KSZE-Prozess sei Ausdruck der Regierung und des Parlaments gewesen, teilzunehmen um teilzuhaben.

Auch was die Aussenhandelsbeziehungen angehe, sei nicht allein der Aspekt des Handels im Vordergrund gestanden. Man habe auch die von der Schweiz geforderte Partnerschaft eingebracht. Dabei habe man versucht, die Einmaligkeit der Eidgenossenschaft darzustellen. Insbesondere die Vielsprachigkeit, die einerseits ein hervorragendes Integrationsinstrument sei, weil jede Gesellschaft letztlich vom Gespräch lebe, und andererseits auch die Kommunikation gegen aussen erleichtere. So habe man mit Rom, Paris und Bonn in der eigenen Landessprache kommunizieren können.

Obwohl verteidigungspolitisch sehr viele Fragen zurecht gestellt worden seien, so habe die

Schweiz seit Ende des Zweiten Weltkrieges einiges mitgemacht. Heute sei gut zum Ausdruck gekommen, dass ein Kleinstaat, wenn er bereit sei, sich selber zu verteidigen, es verdiene, als Bannerträger der Freiheit verstanden zu werden, als die Frucht der Gerechtigkeit, Zeugnis abzulegen, obschon dies vom Einzelnen Opfer abverlange. Der Artikel 18 der Bundesverfassung, wie auch immer er in Zukunft gefärbt sein werde, enthalte die Bereitschaftserklärung eines jeden Einzelnen, als Eidgenosse eine Dienstleistung zu erbringen und somit auch eine europäische Aufgabe zu erfüllen.

Trotz des ablehnenden Entscheides von 1992, unter dem die Schweiz immer noch leide, habe man sich in diesem Europa sehr intensiv um Teilnahme zwecks Teilhabe bemüht. Ganz „*outsider of society*“ sei die Schweiz nicht. Man könne sich von allem, was gefährlich sei, enthalten, aber von der Demokratie sollte man sich nie enthalten.

Honegger pflichtet Furgler bei.

C. PANEL 2:

Welche Voraussetzungen für die Schweizer Sicherheitspolitik haben sich seit dem Bericht Schmid verändert?

Einleitung zum 2. Panel von Kurt R. Spillmann

Es sind noch nicht 24 Stunden her, seit die 6 Millionen britischen Bürgerinnen und Bürger von Hongkong zu Bürgern der Volksrepublik China geworden sind, ohne dass sie dazu befragt worden wären. Auch wenn sich dieser Übergang ohne Gewaltanwendung vollzogen hat, so stellt er doch ein dramatisches Beispiel dar für eine aufgezwungene politische Veränderung. Genau das wollten die Schweizerinnen und Schweizer nie: Sich fremdbestimmen lassen. „Frieden in Unabhängigkeit“ war immer Ziel der schweizerischen Politik, die in ihrem innersten Kern deshalb immer Sicherheitspolitik war. Die Frage, wie dieses Ziel unter den jeweils gegebenen zeitgeschichtlichen Umständen zu realisieren sei, bewegte die Gemüter zu allen Zeiten.

Ziel dieses Panels ist es nun, ausgehend von der sicherheitspolitischen Analyse des Berichts Schmid – mitten im Kalten Krieg verfasst – zu fragen, welche Voraussetzungen der schweizerischen Sicherheitspolitik sich seither grundlegend verändert haben. In welcher Weise haben sich die geopolitischen Veränderungen seit dem Fall der Berliner Mauer im November 1989 auf die Schweiz ausgewirkt?

Im April 1996 hat die „Arbeitsgruppe Sicherheitspolitik“ die Debatte über diese Fragen mit einigen Hypothesen anzuregen versucht. Sie forderte eine kooperative anstelle einer autarken Sicherheitspolitik. Sie postulierte, dass der relevante Sicherheitsraum grösser sei als das Territorium innerhalb der nationalen Grenzen und leitete davon die Notwendigkeit einer schweizerischen Bereitschaft zur Mitwirkung – auch militärischen Mitwirkung – im Rahmen einer europäischen Sicherheitspolitik ab. Davon wiederum wurde eine neue Konfiguration der Armee – kleiner und stärker professionalisiert – abgeleitet.

Die Diskussion um diese grundsätzlichen Fragen ist noch nicht beendet. Die Studienkommission für strategische Fragen, die von Bundesrat Ogi eingesetzt wurde, hat ihren Bericht noch nicht vorgelegt. Wir diskutieren heute also noch in aller Unbefangenheit die grundlegenden Veränderungen, die sich aus den grossen geopolitischen Veränderungen in unserem Umfeld seit 1969 für die Schweiz ergeben.

Das Vorgehen ist so, dass die Teilnehmer an unserem Panel gebeten wurden, 5 bis 7 Minuten über je einen Aspekt zu referieren, der ihnen in der Beurteilung der Situation heute grundlegend anders erscheint als das zur Zeit der Kommission Schmid der Fall war. Danach wird die Möglichkeit gegeben sein, Fragen an das Panel zu stellen.

Die Mitglieder des Panels sind Herr Botschafter Edouard Brunner, Botschafter im Ruhestand und zur Zeit Präsident der Kommission für strategische Fragen, deren Resultate wir alle mit grossem Interesse erwarten. Im weiteren Herr Korpskommandant Dr. Arthur Liener, Generalstabschef der Armee, Herr Dr. Bruno Lezzi, sicherheitspolitischer Redaktor der Neuen Zürcher Zeitung, Prof. Dr. Curt Gasteyger des Institut Universitaire de Hautes Etudes Internationales in Genf, Herr Peter Arbenz, aus seinen vielseitigen Funktionen uns allen bekannt, und schliesslich Herr Ständerat Dr. Otto Schoch. Herr Korpskommandant Jean Abt ist leider nicht anwesend. Sein schriftliches Statement liegt aber vor. Ich werde es vortragen.

Arthur Liener

Veränderungen im Bereich der (Militär)-Strategie

Meine Damen und Herren

Am offensichtlichsten ist die – schon fast triviale – Feststellung, dass der Kalte Krieg zu Ende ist. Mit dem strategischen Umbruch von 1989/90 wurde sozusagen das sicherheitspolitische Bild der Welt, insbesondere aber Europas völlig auf den Kopf gestellt. Obwohl sich langsam die sicherheitspolitischen Strukturen, insbesondere der euroatlantischen Welt für das 21. Jahrhundert abzeichnen, muss doch betont werden, dass wir in einer Zeitwende leben. Es sind noch lange nicht alle Antworten gefunden worden. Die Globalisierung wird zum alles überragenden Schlagwort. Sie hat zumindest das Paradigma des Kalten Krieges abgelöst.

Schon auf den ersten Seiten des Berichts Schmid wird als das überragende Ziel einer schweizerischen Strategie, die ihrem Wesen als rein defensiv beschrieben ist, die Erhaltung eines Friedens, der die freie Bestimmung über die Ordnung der staatlichen Gemeinschaft, d. h. Unabhängigkeit und Handlungsfreiheit ermöglicht, genannt. Diese Ziele haben auch heute nach wie vor ihre Gültigkeit. Sie heissen etwas moderner formuliert: Friede in Unabhängigkeit und Freiheit.

Als strategisch primäre Aufgabe für eine *schweizerische Strategie* mit genanntem Ziel wird die *Dissuasion* – die Abhaltung – genannt. Dabei wird betont, dass die Strategie des Kleinstaates weit über das militärische hinausgehen müsse. Die Armee wird als eines der zahlreichen Mittel innerhalb des Konzeptes der Gesamtverteidigung zur Verfolgung der genannten Ziele gesehen.

Die Anstrengungen – ständig hohe Bereitschaft, schnelle und umfassende Mobilmachung – mittels Dissuasion die genannten Ziele zu erreichen, drückten sich entsprechend in den Budgetzahlen der militärischen Landesverteidigung aus. Diese wurde notabene auch nicht zur Diskussion gestellt. Hier hat mit dem Ende des Kalten Krieges sicher ein Umdenken eingesetzt. Die Konzeption der Armee 95 beruht darauf, dass die Bereitschaft der Armee doch erheblich gesenkt werden konnte.

Das sicherheitspolitische Umfeld von heute hat sich geändert. Von der einstmaligen Supermacht, die eine Bedrohung gegenüber unserem Land darstellen konnte, sind nur Altlasten übrig geblieben. Europa hat sich seit dem Ende des Kalten Krieges durch verstärkte Integrationspolitik und die Erweiterung der EU nachhaltig gewandelt. Die Nato steht kurz vor der Erweiterung nach Osten. Das strategische Vorgelände der Schweiz weitet sich massiv nach Osten aus. Die Distanz zu Russland wird grösser. Damit wird die Schweiz noch mehr ein sicherheitspolitisches Binnenland. Wir sind umgeben von befreundeten Nachbarstaaten, die untereinander in verschiedenen multilateralen Organisationen zusammenwachsen. Es geht von ihnen keine Bedrohung gegenüber der Schweiz aus. Dissuasion funktioniert in dieser sicherheitspolitischen Konstellation nicht mehr.

Ist damit die Strategie der Dissuasion gestorben?

Die Schweiz gehört weder der EU noch der Nato an. Wir versuchen zwar, mit diesen Organisationen unser Verhältnis zu normalisieren: Sei es mittels bilateralen Verhandlungen einerseits, mit der Teilnahme an der Partnerschaft für den Frieden andererseits. Im Ernstfall – im „worst case“ – wäre aber beides nicht Garantie genug. Deshalb sind wir weiterhin auf eine eigene, starke und schlagkräftige Armee angewiesen. Wobei wir uns immer die Frage nach den Möglichkeiten des Kleinstaates zu stellen haben. Sind wir tatsächlich in der Lage, die autonome Verteidigung glaubhaft zu führen? Heute wissen wir, dass gewisse Grenzen der autonomen Verteidigung erreicht sind. Die Dissuasion des Kleinstaates ist sicher an ihre Grenzen gestossen. Dies hat innenpolitische, aber auch aussen-sicherheitspolitische Gründe.

Innenpolitisch

Über die Verantwortung des einzelnen Bürgers, die allein die Miliz, nicht nur die Milizarmee, mit Leben ausfüllen kann, nur soviel: Die gesellschaftspolitische Entwicklung der letzten Jahre hat einen Erodierungsprozess des Individuums gegenüber der staatlichen Gemeinschaft gebracht. Die Globalisierung wird begleitet durch einen ungeheuren Egoismus. Es darf mit Fug und Recht bezweifelt werden, ob die heutige Gesellschaft noch milizwillig und -fähig ist. Die Bereitschaft des Einzelnen sich für die Gemeinschaft einzusetzen, hat massiv nachgelassen. Der latente Kadernachwuchs in der Armee ist nur ein Indiz dafür.

Die Finanzmittel für die Landesverteidigung stehen seit langem permanent unter Beschuss. Die Umverteilungsinitiative wird uns in den nächsten Jahren stark beschäftigen, obwohl das EMD seit der Wende 1990 massiv Geld eingespart hat.

Aussenpolitisch

Die Gefahren des Kalten Krieges sind überwunden. Russland als kritische Grösse der neuen Ordnung Europas wird noch auf Jahrzehnte kein Angriffspotential mehr haben. Aber neue, sogenannte moderne Bedrohungen sind auf den Plan getreten: Ich nenne u.a. das organisierte Verbrechen, Migration, Proliferation. Diese Bedrohungen machen jedoch vor keiner Landesgrenze halt. Die Armee ist dagegen kein unmittelbares Mittel. Ebenfalls geht die Entwicklung im elektronischen Bereich der Kriegführung rasant voran. Die sogenannte „*revolution in military affairs*“ muss uns Sorgen bereiten. Es fehlen dem Kleinstaat die finanziellen Mittel und technischen Möglichkeiten. Im Bereich von Fernwaffen und satellitengestützten Kriegsformen sind wir gänzlich machtlos. In all diesen genannten Bereichen kann die Dissuasion keine Rolle spielen.

Schliesslich hat sich in den letzten Jahren ein Trend weg von der Militär- und Verteidigungsstrategie (Gesamtverteidigung) hin zur aktiven, umfassenden Sicherheitspolitik durchgesetzt. Die Rolle der Armee muss im Rahmen eben dieser Politik mindestens ergänzend neu definiert werden.

Der strategische Umbruch von 1989 muss auch in der Strategie des Kleinstaates Schweiz Auswirkungen haben. Sosehr sich aber die aussen-sicherheitspolitischen Voraussetzungen seit 1989 gewandelt haben, sowenig haben es die innenpolitischen.

Nach wie vor grenzen wir unsere militärische Strategieentwicklung durch die Determinanten Neutralität, Miliz und Föderalismus ein. Noch ist nicht abschliessend zu beurteilen, ob uns

diese drei Konstanten nützliche Wegweiser in einer globalisierten Welt einerseits, notwendige Pfeiler unserer nationalen Identität andererseits, sowie auch hilfreiche Elemente der Außen- und Sicherheitspolitik der Zukunft sein können. Ob aber unter Beibehaltung all dieser drei Konstanten eine neue Strategie für heute und morgen möglich ist, wage ich zu bezweifeln.

Edouard Brunner

Adaptation aux nouveaux risques¹

Messieurs les conseillers fédéraux, Mesdames et Messieurs

Le conseiller fédéral Furgler a tout à l'heure, en répondant à une des vos questions, Monsieur le président Spillmann, répondu à peu près ainsi, je le résume: „Un état doit pouvoir se défendre, c'est une question de dignité et d'existence.“ Et bien, aujourd'hui c'est la question que nous devons nous poser, est-ce que la Suisse peut se défendre; est-ce qu'elle peut se défendre seule, et contre quoi doit-elle se défendre.

J'essayerai de répondre d'une façon tout-à-fait brève en vous donnant quelques éléments de ce que je crois qui ne peut pas encore être la version définitive du rapport que nous allons établir.

Ce qui a changé essentiellement entre la rédaction du rapport Schmid et aujourd'hui, c'est qu'en 1969, le „*warning time*“ pour une invasion de l'occident et de la Suisse était de 24 heures. Aujourd'hui, il est de dix ans. Alors nous devons nous adapter à cela. Le danger ne vient plus de l'est, le danger est bien partout. Le danger, c'est la bombe dans la poubelle, c'est la roquette envoyée à cinq cent ou à mille kilomètres de distance. Les israéliens en ont reçu une ou deux sur leur tête pendant la guerre d'Irak. Ce sont aussi des dangers d'un autre type. Je pense qu'aujourd'hui, nous la Suisse, nous avons été atteints par des fusées à longue portée. Et nous nous trouvons dans une crise, peut-être la crise la plus importante depuis la fin de la guerre mondiale. Nous n'avons pas trouvé une parade, ni même une organisation contre ce genre de danger. Ce genre de danger peut se répéter à l'avenir. Et nous devons veiller aussi à nous préparer et à tirer les leçons de ce que nous vivons aujourd'hui.

Je crois, en ce qui concerne les moyens de notre défense, que nous ne devons pas avoir de tabous. Pour moi, les tabous, c'est l'indépendance du pays et c'est la liberté de ses citoyens. Mais les moyens, nous pouvons toujours les discuter. La neutralité, l'armée de milice, le fédéralisme sont des moyens. Donc, tout ceci doit être remis sur la table. Je dirais même que si on met la neutralité sur la table, on peut aussi envisager un rapprochement institutionnel avec certaines organisations européennes, comme l'Otan et comme l'Union européenne. Il faut en parler, il faut que ce débat soit ouvert. Car je crois que nous devons réaliser une chose: Durant la guerre froide, nous n'étions jamais seuls, nous savions très bien que personne n'allait envahir uniquement la Suisse, sans envahir le reste de l'occident, et que si on envahissait le reste de l'occident, automatiquement nous aurions des alliées dans les pays menacés par le même agresseur. Aujourd'hui en revanche, on peut très bien imaginer des opérations ciblées à l'encontre de la Suisse. Nous en vivons une maintenant. Nous n'avons pas d'alliés, nous n'avons personne qui vient à notre secours, nous devons nous défendre tout seuls. Aujourd'hui nous devons donc véritablement penser en ces termes.

¹ Bei diesem Text handelt es sich um einen freien Vortrag.

Il y a une seconde chose qui est évidente entre 1969 et aujourd'hui: À l'époque, il y avait deux super-puissances. Aujourd'hui, il y en a une. L'important ce n'est pas celle qui a disparu, car elle ne va pas renaître de si vite. L'important, c'est qu'il y a une super-puissance dans le monde qui fait exactement ce qu'elle veut; c'est ça le problème. Et nous devons nous situer par rapport à elle aussi.

Je dirais que si nous prenons la Suisse d'aujourd'hui – et je ne veux pas avoir l'air trop pessimiste – nous devons quand même réaliser de quoi il s'agit sur le plan de la politique étrangère: Nous sommes absents des deux organisations les plus importantes qui existent en Europe, de l'organisation de sécurité Otan – bien que nous nous rapprochions lentement par le Pfp – et de l'Union européenne. En même temps – et cela ne nous est jamais arrivé dans notre histoire – nous sommes en mauvais termes avec la super-puissance qui reste, les Etats-Unis d'Amérique, et nous sommes en difficulté dans nos négociations avec l'Union européenne. En tout cas, nous avons battu un record en ce qui concerne le nombre d'adversaires que nous avons en même temps. Nous devons réagir à cette situation, car nous voulons vivre, nous voulons vivre dignement dans ce monde et dans cette Europe.

On nous dit aussi qu'à l'occasion de cette crise, on veut créer une fondation pour aider sur le plan intérieur et extérieur les victimes de désastres et d'autres choses. Je trouve que l'idée est non seulement bonne et généreuse, mais elle s'inscrit dans la tradition de la Suisse. Mais ce que je n'aime pas dans l'idée, c'est de distribuer de l'argent. La Suisse ne doit pas toujours être un banquier ou un pseudo-banquier. Ce n'est pas de ça qu'elle vit, et ce n'est pas comme ça qu'elle doit apparaître dans le monde. Ce que je voudrais, c'est que cette fondation se transforme en quelque chose financé par la Suisse, mais quelque chose qui soit significatif et dans la tradition de la Suisse, qui soit dans les possibilités de la Suisse, qui soit identifiable et reconnaissable à la Suisse. Quelque chose un peu comme l'idée de la Croix Rouge au siècle dernier. Et c'est pour ça que je plaide en faveur d'un corps suisse de solidarité („*Swiss Solidarity Corps*“) qui devrait sur le terrain, et pas seulement par son argent, mais par sa présence – comme le fait le corps suisse en cas de catastrophe et comme le font d'autres éléments de l'armée aussi – montrer unifié sous un seul chapeau et d'une seule façon sa solidarité avec le monde. Et il y en a des problèmes sur le terrain, par exemple en Albanie, en Bosnie, dans le Caucase et dans d'autres pays outre-mer. Ce que l'on attend de la Suisse, c'est un engagement.

Quand j'ai vu récemment le directeur de l'Europe au département d'états Américain – qui lui-même est d'origine juive – il m'a dit: „Ce que l'on attend de ton pays, ce n'est pas qu'il donne de l'argent, mais c'est un engagement humain et physique; un engagement visible.“ Et je trouve que c'est une excellente défense de notre pays aujourd'hui. Car c'est ainsi que nous pourrions nous défendre notre génération à nous, pour monter au reste du monde que malgré notre absence de l'Onu et de l'Europe, nous sommes solidaires avec le monde.

Je crois que ce que l'armée de demain devrait faire, c'est s'engager, c'est s'adapter. Je ne prends pas à dessein le mot allemand „*Anpassung*“ qui a des connotations difficiles, mais le mot français d'adaptation qui est un mot très noble. Troisièmement, l'armée devrait collaborer, car sans collaboration avec nos voisins ou avec certains pays, nous ne voyons même pas le danger, car nous n'avons pas de satellite.

Voilà quelques repères.

Peter Arbenz

Die internationale Kooperation aus der Sicht des Berichts Schmid und von heute

Im ersten Teil des Berichts Schmid finden sich einige markante Leitsätze zur Notwendigkeit und Bedeutung der internationalen Kooperation:

„Im übrigen werden wir uns, um die Proportionen zu wahren, bewusst bleiben müssen, dass die Sicherheit unseres Landes in weit höherem Mass von den internationalen Konstellationen und von der Sicherheitspolitik unserer Umwelt auf globaler, regionaler und nationaler Ebene abhängig ist [...] als von unseren eigenen Mitteln und Vorkehrungen.“¹

Oder etwa:

„So stellt uns die Politik des *europäischen Zusammenschlusses* nicht nur vor die Frage des Mitmachens, sondern letztlich vor die Frage, ob der souveräne Kleinstaat schweizerischen Musters überhaupt eine Zukunftschance habe.“²

Und:

„Dabei wohnt einer strikten Neutralitätspolitik die Gefahr inne, dass sie den Hang zu selbstgefälligem Abseitsstehen verstärkt und uns in eine gefährliche Isolation treibt.“³

Schliesslich:

„Mehr als früher müssen die Staaten in der Welt von heute ihre Daseinsberechtigung auch durch ihren Nutzen für andere und durch ihre Ausstrahlung belegen. Der moralische Vorwurf, der auf den Neutralen lasten kann [...], lässt sich nicht durch gelegentliche Solidaritätskundgebungen, sondern nur durch eine mit der Neutralität vereinbare Politik der *Mitwirkung* und *Mitverantwortung* widerlegen.“⁴

Im Bericht Schmid werden dann eine Reihe von Möglichkeiten eines solchen internationalen Engagements der Schweiz genannt, wie etwa die guten Dienste, die Entwicklungszusammenarbeit und die humanitäre Hilfe und vor allem die Tätigkeit des Internationalen Komitees vom Roten Kreuz.

Grundsätzlich fällt bei der Lektüre des Schmid-Berichts auf, dass im Bereich der internationalen Kooperation vieles in der „Kann-Formel“ erwähnt wird, jedoch nicht in eine formulierte Strategie ausmündet. Der Schmid-Bericht war aus heutiger Distanz betrachtet – aber aus der damaligen Zeit verständlich – eine Grundlage für eine Kriegs- beziehungsweise Kriegsverhinderungsstrategie. Dies kommt nicht zuletzt in der verwendeten Terminologie zum Aus-

¹ Studienkommission für strategische Fragen. *Grundlagen einer strategischen Konzeption der Schweiz*. Bericht der Studienkommission für strategische Fragen. Schriften des SAD Nr. 11. Stäfa 1971. S. 30.

² Ebd., S. 41 (Hervorhebungen im Original).

³ Ebd., S. 47.

⁴ Ebd., S. 47 (Hervorhebungen im Original).

druck. Er spricht zum Beispiel von „Kriegswirtschaft“ oder von der „Kriegsabteilung Presse und Funkspruch“ und so weiter.

Heute gilt es demgegenüber, eine Friedensstrategie zu entwickeln, das heisst eine Strategie für Freiheit, Wohlfahrt, Frieden und weltweite Stabilität, mithin vor allen eine Konfliktbewältigungs- und Demokratisierungsstrategie; denn aus historischer Erfahrung führen Demokratien weit weniger Krieg als totalitäre Staaten. Voraussetzung, dass solche Strategien Wirkung entfalten, sind nationale Anstrengungen, internationale Arbeitsteilung und Zusammenarbeit. Ein Alleingang bringt hier nichts.

Sei den späten sechziger Jahren hat sich, wie wir alle wissen, vieles geändert, nicht nur das strategische Umfeld, sondern auch die offizielle schweizerische Haltung von Bundesrat und Parlament im Sinne einer vermehrten Öffnung und Bereitschaft zur Kooperation. Bei einem Teil unserer Bevölkerung allerdings stellt man eher eine gewisse Verhärtung fest, einen Hang zum Isolationismus und zu einem „fundamentalistischen“ Neutralitätsverständnis.

Die offizielle schweizerische Neutralitätspolitik hat sich indessen zaghaft gewandelt. Noch vor kurzem wäre es zum Beispiel undenkbar gewesen, dass wir einer IFOR oder SFOR Überflugs- oder Durchmarschrechte durch unser Land gewährt hätten. Gewandelt hat sich aber auch die Nato, die sich mehr und mehr von einer Verteidigungsallianz zu einer umfassenden euroatlantischen Sicherheitsorganisation entwickelt hat. Dieselbe Nato hat unter anderem die Partnerschaft für den Frieden kreiert, in der unser Land ebenfalls mitwirkt.

Seit dem Schmid-Bericht formierte sich die Konferenz beziehungsweise Organisation für Sicherheit und Zusammenarbeit in Europa, der heute 55 Staaten angehören. Die Schweiz führte in ihr bekanntlich im letzten Jahr den Vorsitz. Auch im Europarat trägt die Schweiz als Vollmitglied zur freien Entfaltung der demokratischen Kräfte in Europa bei.

Einen Rückschlag erhielt die sicherheitspolitische Bereitschaft der Schweiz, an internationalen friedenserhaltenden Operationen mitzuwirken, durch die negative Blauhelmafstimmung im Jahre 1994. Dennoch war es zwischenzeitlich möglich, Gelbmützen nach Bosnien-Herzegowina zu entsenden, die der OSZE in diesem Krisengebiet wertvolle logistische Unterstützung leisten.

Weitergeführt haben wir bis zum heutigen Tag die Überwachungsmission in Korea, und seit vielen Jahren stellen wir der Uno Militärbeobachter und Blau-mützenkontingente zur Verfügung. Schliesslich haben wir auch einige internationale Abrüstungsabkommen unterzeichnet, wie zum Beispiel das Chemiewaffen-Abkommen, das kürzlich in Kraft getreten ist. Mit der Bildung des Genfer Zentrums für Sicherheitspolitik wurde schliesslich ein attraktives Forum für sicherheitspolitische Ausbildung und Kooperation geschaffen.

Andererseits haben wir einstweilen weder die Mitgliedschaft bei den Vereinten Nationen noch in der Europäischen Union geschafft, obwohl dies der deklarierten bundesrätlichen Aussenpolitik entspricht. Ein Beitritt zur Nato steht wohl kaum zur Diskussion, mindestens so lange nicht, als wir uns mittels der Neutralität mehr Sicherheit versprechen.

Insgesamt dürfen wir heute feststellen, dass unsere Sicherheitspolitik den Weg einer internati-

onalen Kooperation und eines vermehrten Engagements beschreitet, dass diese Politik aber in der breiten Bevölkerung noch zu wenig verankert ist und immer noch einer gewissen Skepsis begegnet. Ohne die Unterstützung der Bürgerschaft geht in einer direkten Demokratie bekanntlich aber wenig oder nichts. Wir haben also einerseits ein Mentalitätsproblem und andererseits ein Kommunikationsdefizit. Es müsste uns demnach in nächster Zeit gelingen, überzeugend darzulegen, dass ein sicherheitspolitisches Engagement zur Konfliktprävention und -linderung mit den Mitteln der Diplomatie und auch mit Formationen unserer Armee keine Einmischung in fremde Händel ist, sondern ein Akt der Solidarität mit Menschen in Krisenlagen oder akuten Notsituationen. Eine solche Politik gewährleistet heute gleichzeitig auch am ehesten die Sicherheit unseres eigenen Landes.

Für die Implementierung einer solchen Friedensstrategie braucht es meines Erachtens zunächst noch eine etwas engere Zusammenarbeit zwischen dem EDA und dem EMD, und wenn wir an die Herausforderung der Migrationsproblematik oder des international organisierten Verbrechens denken, auch mit dem EJPD. Diese Zusammenarbeit müsste zunächst besser werden auf der Stufe des Bundesrates und ihrer Generalsekretäre sowie selbstverständlich auch den Mittelbau der Bundesverwaltung umfassen. Ohne diese interne Vernetzung und Koordination des strategischen Handelns werden wir auch in der internationalen Kooperation keine Wirkung entfalten.

Jean Abt

Quelques changements intervenus dans les conditions-cadres de la politique de sécurité de la Suisse, depuis le Rapport Schmid jusqu'à aujourd'hui

Mesdames et Messieurs

Tout change, rapidement! Comme le Rapport Schmid l'indiquait déjà autrefois. A l'époque, entre le dépôt du Rapport en novembre 1969 et son exploitation au printemps 1971, on indiquait déjà huit secteurs essentiels dans lesquels étaient intervenus des changements importants. En une année et demie, seulement! Retenons-en l'enseignement que bien des conditions majeurs pourraient changer encore, prochainement, au rythme des chambardements récents.

Aujourd'hui, cependant, héritiers d'un ordre défait, mais face à d'énormes défis, nous interrogeons le passé pour y trouver similitudes et différences, repérer des enseignements, voire des recettes. Quelles sont donc les différences? Qu'est-ce qui a changé dans les conditions-cadres de notre politique de sécurité? Je suis tenté de répondre: „Tout et rien!“

Tout, parce que la situation stratégique est chambardée; parce que le risque de conflit généralisé s'est éloigné; parce que les menaces sur la sécurité et la paix ont changé, sont devenues plus complexes, plus subtiles, tout en restant violentes, brutales, cruelles; parce que les armements du futur font penser déjà à des affrontements de science-fiction.

Rien, parce que l'insécurité demeure; parce que le phénomène permanent de la violence et de la guerre a causé plus de victimes en quelques conflits récents et locaux que durant toute la guerre froide; parce que la multiplication des foyers et des crises révèle l'insuffisance des instruments de paix; parce que les rapports entre les Etats sont, et seront toujours, des rapports de force. Rien, enfin, parce que notre communauté nationale, toujours attachée à l'idée d'une certaine indépendance, continue le choix de la paix dans la liberté.

„Tout et rien!“ Cela doit nous inciter à réfléchir, à débattre, dans le Pays, comme ici, aujourd'hui. Cela nous encourage à repérer les changements passés et ceux à venir.

Au plan politique

Ce niveau prime! C'est lui qu'incombe la responsabilité de définir et de conduire la politique de sécurité du Pays. Il l'a fait clairement, à travers les messages de 1966 et de 1973. Il a procédé depuis à la judicieuse mise à jour qu'illustre le message du 1^{er} octobre 1990 ainsi que la loi sur l'armée et l'administration militaire votée au printemps 1995.

On y perçoit le fil conducteur de la neutralité armée, visant à la plus grande autonomie possible, ceci malgré l'interdépendance croissante et le désir d'un engagement plus prononcé dans la politique internationale. S'il n'était pas question, à l'époque, de participer au programme de partenariat d'une alliance, c'est devenu possible et nécessaire aujourd'hui. La promotion de la paix tient lieu, dès lors, de mission explicite. Le partenariat pour la paix, maintenant conclu avec une alliance militaire, devient réalité, sans pour autant signifier adhésion à cette alliance ni renonciation à la neutralité. Exercice difficile, mais réaliste en dehors du temps de

crise. C'est là un changement important.

Au plan stratégique

La Suisse, au temps du Rapport Schmid, se positionnait par rapport à un monde bipolaire et à ses alliances militaires: Otan – Pacte de Varsovie. La crainte était alors réelle d'un conflit généralisé, avec emploi d'armes de destructions massives.

Le contexte a bien changé. Une seule grande puissance influence dorénavant le cours des choses. C'est par rapport à elle, partenaire ou tuteur, qu'il s'agira vraisemblablement de clarifier l'attitude et les choix stratégiques. Et l'Europe? Car l'Otan n'est pas l'Europe. Diverses organisations s'intéressent à la sécurité européenne. C'est un changement crucial par rapport à la situation d'avant. Un changement, mais pas une simplification. Si l'on y trouve beaucoup de bonnes intentions, on n'y voit pas la ferme volonté de mettre rapidement en place un modèle durable et fiable de sécurité en Europe.

Pourtant, si notre choix stratégique vise d'abord l'intérêt de la Suisse, il profite aussi, de manière significative, à la sécurité européenne. Au-delà du continent cependant, un nouveau contexte se développe qui nous concerne aussi et peut conduire à des catastrophes. En effet, à l'époque de la globalisation, force est de constater que „le monde est stratégiquement non plus global, mais éclaté.“ (Pascal Boniface, „La volonté d'impuissance“). La guerre en ex-Yougoslavie l'a démontré, comme en Somalie, au Tadjikistan, en Tchétchénie, dans plusieurs pays d'Afrique maintenant.

Certains pensaient, après la chute du mur, que la menace avait disparu et c'est la guerre qui est apparue. Loin d'ici, bien sûr, mais la guerre quand même. Avec ses malheurs, ses dévastations et ses horreurs. Avec les effets dramatiques d'une militarisation sauvage, liée à la dissémination des armements.

Avec les conséquences déjà réelles en Occident, des migrations lentes, massives, inexorables, depuis les pays en guerre pauvres, vers les pays riches. Face à ces difficultés, des coordinations politiques et stratégiques sont nécessaires et urgentes, pour éviter des catastrophes. Qui en décidera? Quel sera notre rôle?

Au plan militaire

Les développements techniques n'ont pas ralenti depuis le temps du Rapport Schmid et depuis l'année du premier pas sur la lune. Le domaine spacial, précisément, l'exploitation par satellites, les fusées balistiques et leur interception apportent une dimension nouvelle à notre appréciation.

Si l'on veut rester crédible en matière de sécurité, des coopérations sont devenues indispensables. Le problème se posait autrefois par rapport au nucléaire, sujet très délicat; il existe aujourd'hui dans le domaine spacial et de ses technologies, où nous sommes, c'est vrai, déjà présents.

Mais d'autres développements, d'autres activités, menacent la sécurité des communautés et des gens. Par leur ampleur, elles marquent aussi un changement et requièrent, en plus des polices, une préparation militaire. Il s'agit du terrorisme, des multiples activités clandestines, des trafics et de la violence infra-guerrière.

Le phénomène est nouveau par son importance et par ses liens avec d'autres facteurs d'insécurité. Il fait obligatoirement partie des appréciations et des dispositions nécessaires aujourd'hui.

Demain

S'il importe de repérer les changements intervenus entre la fin des années 60 et aujourd'hui, il est tout aussi nécessaire d'imaginer les développements probables dans les années à venir. Plus difficiles, mais nécessaires.

Bruno Lezzi

Welche Voraussetzungen haben sich im Bereich der Führung gegenüber dem Bericht Schmid verändert?

Einleitung

Meine Damen und Herren

Den äusseren Rahmen, in dem bis Ende der achtziger Jahre strategische Führung ausgeübt werden musste, bildete die durch das atomare Gleichgewicht in Schranken gehaltene Konfrontation zwischen den beiden Supermächten. Die personellen, materiellen und organisatorischen Vorbereitungen waren auf den Extremfall, auf einen mit nuklearen Mitteln ausgetragenen europäischen Grosskrieg, ausgerichtet. So hielt denn auch der Bericht Schmid in Ziffer 98 fest, dass es darum gehen müsse, „die ‚umfassende Abwehr‘ im Hinblick auf den totalen Krieg in die Wege zu leiten.“¹ In diesem Zusammenhang ist übrigens interessant, dass sich die Autoren des Berichts fast ein Vierteljahrhundert nach Beendigung des Zweiten Weltkriegs begrifflich – vielleicht auch nur unbewusst – immer noch am Titel von Erich Ludendorffs letztem Buch aus dem Jahre 1935 orientierten. Dessen Idee, wonach der totale Krieg und die daraus abgeleitete Forderung nach der totalen Mobilmachung personeller und materieller Ressourcen letztlich zu einer völligen Identität der staatlichen Friedens- und Kriegsstrukturen führen müssten, fand in analoger Weise Eingang in die Organisationsphilosophie der Gesamtverteidigung. Karl Schmid selber hat 1959 in einem Vortrag über das „Wesen der künftigen Kriegsführung“ den Begriff des totalen Krieges verschiedentlich explizit thematisiert.

Führungsorganisation

Es versteht sich fast von selbst, dass die Armee und damit auch ihre Führungsprinzipien im Zentrum eines derartigen Selbstbehauptungsmodells standen, auch wenn in Grundlagenpapieren das ausgewogene Zusammenspiel aller Bereiche der Gesamtverteidigung hervorgehoben wurde. Die Totalität eines möglichen Krieges mit seinen gravierenden Auswirkungen auf ein vielschichtiges gesellschaftliches und komplexes staatliches System wie die Schweiz fand ihr Spiegelbild in ebenso umfassenden wie komplex gebauten Führungsstrukturen. „Gigantische“, fein verzweigte Architekturen wurden konstruiert und – auf Grund von Übungserfahrungen notabene – kontinuierlich verbessert. Gleichermaßen total wie das Kriegsbild waren die Ansprüche an Organisation und Führung. Nichts sollte dem Zufall überlassen werden. Kriegsbücher und zahllose Ernstfall-Dossiers, die voll von Detailregelungen und vorbehaltenen Entschlüssen waren, sollten es erlauben, die adäquaten Massnahmen mit einem Griff in die Schublade auch in schwierigen Lagen zeitgerecht einzuleiten. Entsprechend gross war der Koordinationsbedarf. Die Eigenheiten des

¹ Studienkommission für strategische Fragen. *Grundlagen einer strategischen Konzeption der Schweiz*. Bericht der Studienkommission für strategische Fragen. Schriften des SAD Nr. 11. Stäfa 1971. S. 77.

schweizerischen Re-gierungssystems und der föderale Staatsaufbau verlangten eine feine Regu-lierung der Räderwerke zur Krisen- und Kriegsvorsorge. Die Abstimmung der sicherheitspolitischen Instrumente und ihrer Mechanik war deshalb aufwendig, weil in unserem Regierungssystem die Machtballung in Einzelbereichen prinzipiell argwöhnisch betrachtet wird. So führte etwa der feste Wille, Lage-beurteilung und Führung auf der Stufe des Kollegiums zu konzentrieren, zu (systembedingt) suboptimalen Lösungen.

Trotz ehrgeizigem Anspruch auf die zeitgerechte Versorgung mit Schlüsselinformationen und auf eine ebenso rasche strategische Gesamtanalyse gelang es nie, einen umfassenden Nachrichtenapparat auf Regierungsstufe anzusiedeln. Unter solchen Umständen musste auch der 1986 publizierte Schlussbericht der Expertengruppe Muheim Sisypusarbeit bleiben.

Führung in einem neuen Umfeld

Heute, unter den veränderten weltpolitischen Rahmenbedingungen, sind die für den Extremfall des totalen Krieges konstruierten komplizierten Organisationsformen und Führungsmechanismen nur noch bedingt tauglich. Zwar wurde die Gewichtsverlagerung von der hauptsächlich militärischen Bedrohung zu einem breiten Spektrum von neuen Risiken und Gefahren bereits in der Gesamtverteidigungsübung 1988 antizipiert und wenig später im sicherheitspolitischen Bericht 90 analytisch verarbeitet. Krisenlagen, mit denen wir heute konfrontiert sind, bildeten bis dahin, vor allem in Übungslagen, zumeist nur unwillkommene und deshalb nicht selten marginalisierte Störfaktoren bei der Bewältigung militärisch-operativer Probleme; jetzt stehen sie im Vordergrund.

Die Lösung aus den in vielen Jahren zementierten Strukturen bereitet Schwierigkeiten. Dies zeigt sich nicht zuletzt jetzt, wo die Schweiz in der „Schatten-Krise“ um noch nicht oder zu wenig ausgeleuchtete dunkle Vorfälle im Zweiten Weltkrieg unter Druck von aussen, eine in sich geschlossene, längerfristig angelegte Strategie formulieren und umsetzen müsste, wo mit anderen Worten Führung gefordert wäre. Die jahrelange Beschäftigung mit dem Grosskrieg unter den Laborbedingungen von Übungen hat den Blick für die Notwendigkeit flexibler Reaktionen verstellt. Gegenwärtig geht es nicht mehr darum, die auf zwischenstaatliche Konflikte ausgerichtete Maschinerie in Gang zu setzen, sondern es handelt sich darum, mit überzeugenden Handlungsmustern – unterstützt von massgeschneiderten Stäben – situationsgerecht zu agieren. In einer Welt, in der Nichtregierungsorganisationen (sogenannte NGO) Staaten verhältnismässig rasch aus dem Konzept bringen können und der Territorialstaat – wie Richard Rosencrance in einem in der Zeitschrift „*Foreign Affairs*“ abgedruckten Artikel mit dem Titel „*The virtual State*“ schreibt, nicht durch militärische Gewalt, sondern unter anderem durch das Spiel der Finanzmärkte und, nebenbei bemerkt, auch durch Umtriebe der organisierten Kriminalität herausgefordert wird, sind schlankere, effizientere Strukturen nötig. Der Normalfall ist zum Ernstfall geworden. Das ist die hauptsächlichste Änderung gegenüber der Zeit des Kalten Krieges. Wer hätte sich einst vorstellen können, dass sich der Neutralitätsschutzfall einmal in *der* Form stellen würde, wie sie heute konstatiert werden muss? Nicht aus militärischen, sondern aus historischen und moralischen Gründen wird die Neutralität im Ausland in Zweifel gezogen. Es ist ja eigentlich paradox: Während man gegenwärtig mit grossem Personalaufwand und allem nur erdenklichen Raffinement die Strategische Führungsübung 97

für das sicherheitspolitische Training in virtuellen Lagen vorbereitet, wird in der Realität der aktuellen Situation eher hilflos agiert.

Schwergewichtsverschiebungen ergeben sich aber auch in anderer Hinsicht; dazu stichwortartig soviel: Das in Seminaren oft und eingehend behandelte Thema der vielschichtigen Beziehungen zwischen Landesregierung und Oberbefehlshaber bei der strategischen Führung im Kriegsfall hat an Bedeutung verloren. Fragen wie jene nach der Staatsführung im Nuklearkrieg sind marginal geworden. Das trifft nicht zuletzt auch auf die Führung des bewaffneten Widerstandes in feindbesetztem Gebiet zu. An deren Stelle treten andere Grundsatzfragen: Eine könnte etwa wie folgt lauten: Welche Voraussetzungen sind zu schaffen, damit Führung in krisenhaften Situationen im Normalfall wirkungsvoll zum Tragen kommen kann? Nicht die Optimierung des Alleingangs, sondern die bestmögliche Nutzung internationaler institutioneller Möglichkeiten zur Verfolgung unserer Interessen steht im Zentrum. Und schliesslich wird man meines Erachtens nur dann weiterkommen, wenn das Regierungssystem mit allen Konsequenzen für das gesamte politische Kräftespiel einer grundsätzlichen Renovation unterzogen wird, wenn, präziser ausgedrückt, die Stellung des Bundespräsidenten entscheidend gestärkt wird. Mit Blick auf eine überzeugende strategische Führung könnten dann auch die Organe für strategische Lagebeurteilung und Führungsunterstützung sachgerecht eingegliedert werden; unbefriedigende Behelfslösungen fielen dahin. Man könnte sich meines Erachtens sehr wohl einen für Nachrichtenwesen und Lageanalyse verantwortlichen Delegierten beim Bundespräsidenten vorstellen.

Was bleibt? – Schlussbemerkungen

Lassen sie mich abschliessend nur noch folgendes festhalten: Während die führungsorganisatorischen Schwerpunktbereiche im Bericht Schmid in mancher Hinsicht an Bedeutung eingebüsst haben, bleiben die grundsätzlichen Gedanken zur strategischen Führung, wie sie beispielsweise etwa im Kapitel 10.3 beschrieben sind, nach wie vor gültig. Eine richtig verstandene, glaubwürdige strategische Führung, so wird unter anderem festgehalten, verlangt zeit- und lage-gerechte Entscheide. Diesem Ziel haben die Führungsstrukturen zu dienen. In diesem Sinne hat auch das Leitthema der Gesamtverteidigungsübung von 1988 „Maximierung der strategisch-operativen Flexibilität“ seinen Stellenwert auch über den rein militärischen Bereich hinaus behalten. Es geht, wie dies Gustav Däniker früher einmal formuliert hat, um Witterung und Nutzung von Chancen zur Wahrung der Landesinteressen. Strategische Führung heisst also nicht Stabsmechanik, sondern sie ist je länger desto mehr, ein anspruchsvoller intellektueller Prozess.

Otto Schoch

Bedeutung der Neutralität für die Sicherheitspolitik einst und heute

Meine Damen und Herren

Weil ich seinerzeit nicht das Privileg hatte, Mitglied der Kommission Schmid zu sein, bin ich darauf angewiesen, vieles in den Bericht dieser Kommission hinein zu interpolieren bzw. aus ihm heraus zu interpretieren. Im Zusammenhang mit dem mir vorgegebenen Thema, nämlich der „Bedeutung der Neutralität einst und heute“, ist dabei natürlich das von besonderem Interesse, was der Bericht zur Neutralität ausdrücklich sagt. Fündig wird man diesbezüglich in den Ziffern 47 und 48 des Berichts, wo Ausführungen nachzulesen sind über die Neutralitätspolitik im engeren Sinne und, daraus abgeleitet, über die „Möglichkeiten der internationalen Präsenz“. Indessen sucht man, bei allen hilfreichen Hinweisen, die der Text vermitteln mag, vergeblich nach einer Definition des Begriffes „Neutralität“. Wir haben heute Vormittag gehört, wie intensiv sich die Kommission Schmid um eine sachgerechte Definition des Begriffes „Strategie“ bemüht hatte. Demgegenüber ist im ganzen Bericht nicht der Ansatz eines Versuches zu finden, auch den Begriff „Neutralität“ zu definieren, zu sagen, was Neutralität eigentlich ist.

Beim Versuch, wenigstens auf dem Weg der Interpretation zu einer Definition des Begriffes Neutralität zu gelangen, macht der heutige, unbefangene Leser des Berichts dann aber bald einmal eine sehr interessante Feststellung: Überall dort, wo von Neutralität die Rede ist, erscheint stets auch das Wort Unabhängigkeit. Die beiden Begriffe Neutralität und Unabhängigkeit werden im ganzen Bericht immer als Paarbegriff verwendet; vgl. dazu als Beispiele die Ziffern 46, erster Satz und 47 mit folgenden Wortlauten:

„Der Aufbau und die Einsatzgrundsätze unserer Armee sind bestimmt durch ein doppeltes Ziel: Wir wollen mit ihr unsere Unabhängigkeit bewahren, aber auch den Status der Neutralität sichern.“¹

„Unsere Aussenpolitik und unsere Diplomatie müssen wie bisher, so auch in Zukunft, unmissverständlich unsere Entschlossenheit zum Ausdruck bringen, die Unabhängigkeit und die Neutralität allen fremden Mächten gegenüber, wenn nötig mit Waffengewalt, zu verteidigen.“²

Aus diesen beiden Zitaten geht ganz klar hervor, dass zu Zeiten der Niederschrift des Berichts Schmid nicht nur die Unabhängigkeit einen Selbstwert hatte, eine Zielsetzung war, sondern gleichwertig mit der Unabhängigkeit wurde auch die Neutralität als Selbstzweck, als Ziel und nicht als Mittel zum Zweck begriffen. Ich lege Wert darauf, hier zu betonen, dass ich damit den Bericht nicht kritisieren will, sondern ich interpretiere den Bericht aus heutiger Sicht her-

¹ Studienkommission für strategische Fragen. *Grundlagen einer strategischen Konzeption der Schweiz*. Bericht der Studienkommission für strategische Fragen. Schriften des SAD Nr. 11. Stäfa 1971. S. 46.

² Ebd., S. 46f.

aus. Der Bericht ist naturgemäss im Sinne des Zeitgeistes geschrieben worden. Ich habe seinerzeit selbst so gedacht, und ich nehme an, dass alle, die sich damals mit diesem Thema auseinandergesetzt haben, die Neutralität und nicht nur die Unabhängigkeit als Selbstzweck verstanden.

Mittlerweile hat sich aber die Betrachtungsweise doch grundlegend geändert, und ich meine, es sei gerade heute besonders wichtig, dass wir uns darüber volle Rechenschaft ablegen, da wir sonst Gefahr laufen, den Bericht Schmid falsch zu interpretieren, misszuverstehen und daraus Fehlschlüsse abzuleiten. Wenn ich heute den Bericht Schmid und das, was dort zur Neutralität gesagt worden ist, mit der offiziellen Politik von Bundesrat und Parlament vergleiche, dann stelle ich fest, dass da gewaltige Entwicklungen zu verzeichnen sind. Neutralität ist heute ganz klar und indiskutabel nie Selbstzweck, sondern stets *nur Mittel zum Zweck*. Der Zweck aber, die Zielsetzung ist die Unabhängigkeit. Ich kann das anhand einer Fülle von Belegen dartun:

Zunächst zitiere ich eine Passage aus dem offiziellen Bericht des Bundesrates zur Aussenpolitik der Schweiz in den 90er Jahren, einem Bericht, der auch durch das Parlament gutgeheissen worden ist und wo folgendes nachgelesen werden kann:

„Den vielfachen historischen Veränderungen, denen Inhalt und Tragweite der schweizerischen Neutralität unterworfen waren, sowie ihrer rein dienenden, instrumentalen Funktion müssen wir uns – ähnlich wie frühere Generationen – bei der Diskussion um unsere Aussen- und Sicherheitspolitik wieder bewusst werden. Die Neutralität darf nicht ein unantastbares Dogma sein. Die Änderungen in unserer Umgebung und im aussenpolitischen Verhalten anderer Staaten haben – ob wir das wollen oder nicht – Rückwirkungen auf unsere aussenpolitischen Zielsetzungen und auf den Stellenwert der Neutralität. Je nach der aussenpolitischen Situation ist die schweizerische Neutralität mehr oder weniger relevant.“³

Dasselbe hat der Chef EMD, Bundesrat Ogi, gleich in mehreren Vorträgen gesagt, die er im Verlaufe des ersten Halbjahres 1997 bei der Offiziersgesellschaft der Stadt Bern, an einem Seminar der Nordatlantischen Versammlung in Genf oder kürzlich an der Jahresversammlung der Schweizerischen Offiziersgesellschaft in Winterthur gehalten hat. Aus der letzteren Rede kann die folgende Aussage zitiert werden:

„Wir müssen auch militärische Risiken im Auge behalten, die wir aus technologischen Gründen nicht alleine bewältigen können. Im Rahmen des neutralitätsrechtlich Möglichen stellt sich daher die Frage nach vermehrter Zusammenarbeit mit unseren Nachbarstaaten.“⁴

Ich könnte mich aber auch auf Bruno Lezzi, den für sicherheitspolitische Fragen zuständigen NZZ-Redaktor, berufen, der folgendes geschrieben hat:

„Statt dessen wurde der Alleingang zum Prinzip erhoben. Die Doktrin der Abschottung gegenüber Europa unter der Fahne der Wahrung der Unabhängigkeit wurzelt in einem verklär-

³ Bericht über die Aussenpolitik der Schweiz in den 90er Jahren. Anhang: Bericht zur Neutralität. vom 29. November 1993. S. 61 (Sonderdruck).

⁴ Referat von Bundesrat Ogi anlässlich der Delegiertenversammlung der Schweizerischen Offiziersgesellschaft. Winterthur, 14. Juni 1997.

ten Bild der Neutralität. Dabei hätte man hellhörig werden müssen.“⁵

Zu guter Letzt wäre an das jüngst im Hochschulverlag der ETH Zürich erschienene, dem Thema Neutralität gewidmete Werk von Prof. Jürg Martin Gabriel zu erinnern, bei dem allein schon der Titel provoziert: „Sackgasse Neutralität“⁶! Angesichts dieser klaren Aussage im Buchtitel selbst kann ich es mir wohl ersparen, Einzelpassagen aus diesem Buch vorzutragen.

Ich meine, damit dargetan und belegt zu haben, dass sich die Optik im Verlaufe des letzten Vierteljahrhunderts ganz grundlegend verändert hat. War es zur Zeit der Abfassung des Berichts Schmid noch offizielle Lehrmeinung und unbestrittene Doktrin, es müsse Aufgabe der Sicherheitspolitik sein, die Erhaltung von Unabhängigkeit *und* Neutralität zu gewährleisten, so wissen wir heute, dass die Neutralität nur dienendes Instrument, nur Mittel zum Zweck ist. In der Zeit seit den späten sechziger-, frühen siebziger Jahren bis heute ist diesbezüglich eine elementare Veränderung eingetreten.

In diesem Zusammenhang ist nun aber auf einen hochinteressanten und aufschlussreichen Gesichtspunkt mit besonderem Nachdruck hinzuweisen: Das Neutralitätsverständnis gemäss Bericht Schmid ist nämlich keineswegs historisch überliefert und schon immer so begriffen worden. Es hat sich diesbezüglich vielmehr im Verlaufe der Jahrzehnte seit der Gründung unseres Bundesstaates im Jahre 1848 bis in die Mitte der zweiten Hälfte dieses Jahrhunderts eine zwar schleichende, aber deswegen nicht minder elementare Veränderung in der Betrachtungsweise ergeben. Was heute offizielle Politik von Bundesrat und Parlament ist, entspricht in Tat und Wahrheit dem, was bereits unsere Gründerväter unter dem Begriff „Neutralität“ verstanden. Das ergibt sich aus einer Fussnote auf Seite 60 des bundesrätlichen Berichts zur Neutralitätspolitik, auf die ich hier verweisen möchte: Man hat sich nämlich an der eidgenössischen Tagsatzung von 1847 über die Frage unterhalten, ob die Aufrechterhaltung der Neutralität zum Bundeszweck zu erklären sei; dabei ist die Tagsatzung zur Auffassung gelangt die Neutralität sei ein Mittel zum Zweck; sie sei „eine dermalen angemessen erscheinende politische Massregel, um die Unabhängigkeit der Schweiz zu sichern“; man könne aber nicht wissen, „ob die Neutralität einmal im Interesse der eigenen Selbständigkeit verlassen werden müsse.“⁷

Bereits 1847 ist also die Neutralität als Instrument und nicht als Selbstzweck verstanden worden. Offenkundig haben sich dann aber die Ansichten im Verlaufe der Jahrzehnte seit der Mitte des letzten Jahrhunderts geändert, und der Bericht Schmid dürfte wahrscheinlich so etwas wie die Kulmination dieser veränderten Optik wiedergeben. Heute stehen wir diesbezüglich wieder auf einem anderen Boden, auf einem Boden aber, der uns weiterbringen wird, und der es uns auch erleichtern wird, uns früher oder später in eine sicherheitspolitische Architektur Europas einzugliedern.

⁵ Lezzi, Bruno. Brüchiges Selbstverständnis der Schweiz. In: *Neue Zürcher Zeitung*, 10. 5. 1997, Nr. 106, S. 17.

⁶ Gabriel, Jürg Martin. *Sackgasse Neutralität*. Zürich 1997.

⁷ Bericht über die Aussenpolitik der Schweiz in den 90er Jahren. Anhang: Bericht zur Neutralität vom 29. November 1993. S. 60 (Sonderdruck).

Curt Gasteyger

Welche Voraussetzungen für die Schweizer Sicherheitspolitik haben sich seit dem Bericht Schmid verändert?

Es besteht kein Zweifel: Der Bericht der „Studienkommission für strategische Fragen“ (SSF) wurde entscheidend geprägt vom Welt- der Umweltbild des „Kalten Krieges“ und der in ihm enthaltenen und von ihm ausgehenden Bedrohung. Wir empfinden uns, so heisst es ihm Schlussbericht, in einem „permanenten Existenzkampf, der [...] mit einer wesentlich breiteren Skala der Mittel als nur den militärischen geführt wird oder geführt werden muss.“ Der Kleinstaat ist dieser globalen, nichtmilitärischen, ‚friedlichen‘ Kriegführung ausgesetzt. Er muss ihr „unter Einsatz der ihm zur Verfügung stehenden Mittel verschiedener Art begegnen [...]“¹

Das sind ebenso deutliche wie mahnende Worte: Sie bilden, wenn man so will, einen Aufruf zu einer umfassend konzipierten „Strategie“. Eine einigermaßen ausführliche Beschreibung oder Analyse dessen, *wie* denn dieses Umfeld gestaltet ist, *welche* Herausforderungen jenseits ständiger und glaubwürdiger Abwehrbereitschaft es an die Schweiz und ihre Aussen- und Sicherheitspolitik stellt und *was* dies konzeptuell und inhaltlich bedeutet – eine solche Analyse findet sich kaum oder nur ansatz- oder andeutungsweise in späteren Teilen des Berichts.

Der Bericht stellt lediglich fest, dass „unsere Sicherheit Funktion der Sicherheitspolitik der Umwelt ist, auf die wir nur minimalen Einfluss haben.“² Eine solche fast resignierende Schlussfolgerung hätte meines Erachtens doch selbst im Blick auf die scheinbar strategischpolitisch so eindeutig erstarrte Lage in Europa einer näheren Erklärung bedurft. Denn Existenzsicherung umfasst mindestens zwei Dimensionen:

- Einmal die defensiv-minimalistische, das heisst: Die Rettung des nackten Überlebens. Wenn das das Ziel ist – und fraglos sein muss – dann ist nur natürlich, dass diese Aufgabe in erster Linie mit militärischen Mitteln, mit Androhung von Gegengewalt und Abwehr bis zum Äussersten geschehen muss. In einer Situation der militärischen Konfrontation und denkbarer militärischer Aggression (wie sie im Kalten Krieg bestand), ist eine solche Akzentsetzung sicher verständlich. Aber es bleibt zu fragen, ob sie auch dann ausreicht.

¹ Studienkommission für strategische Fragen. *Grundlagen einer strategischen Konzeption der Schweiz*. Bericht der Studienkommission für strategische Fragen. Schriften des SAD Nr. 11. Stäfa 1971. S. 27.

² Ebd., S. 30.

- Inzwischen haben wir eingesehen, dass Existenzsicherung viel weiter verstanden und praktiziert werden muss. Zur notwendigen Defensive muss die weitgespannte Offensive kommen: In allen Bereichen, die für unsere Existenz als Staat, als Gemeinschaft, ja für unsere Selbstachtung, unentbehrlich sind. In genau dieser Situation befinden wir uns seit einiger Zeit.

Mir schien selbst damals, also am Ende der bewegten sechziger Jahre, die Verengung des Blickwinkels bei der Beurteilung der Umwelt und ihres möglichen Wandels sowie unsere Reaktion darauf, unzureichend. Denn mit ihr konnte eine Analyse der uns zur Verfügung stehenden Möglichkeiten und Mittel nicht hinreichend fruchtbar gemacht werden. In einem Memorandum vom Februar 1969 an Professor Schmid habe ich auf diesen mir wichtig erscheinenden Mangel hingewiesen. Ich darf einige kurze Passagen hieraus zitieren:

„Überraschend erscheint mir das insgesamt eher traditionelle oder konservative Herangehen an die Problematik moderner Strategie und ihrer Konsequenzen für die Schweiz. Trotz verschiedener Ansätze, die revolutionären Änderungen des Kriegsbildes im nuklearen Zeitalter zu berücksichtigen und sie in unsere eigenen Vorstellungen mit einzubeziehen, schimmert immer wieder das vom Zweiten Weltkrieg und den Vorstellungen über die konventionelle Kriegsführung geprägte Denken durch. [...]

Bei der Lektüre des Berichts kann man sich des Eindrucks nicht erwehren, dass bei vielen Beurteilungen von den Gegebenheiten der Umwelt immer noch allzu stark abstrahiert wird. Der Tatsache der enorm gewachsenen Abhängigkeit unseres Landes von dieser Umwelt, der Wechselwirkung oder Interdependenz innen- und aussenpolitischen Geschehens wird nur gelegentlich Rücksicht getragen. Dabei ist die Verletzlichkeit der Schweiz durch Massnahmen von aus-sen [...] mindestens ebenso gross wie jene durch Aktionen, die auf eine physische Zerstörung im Innern des Landes selbst gerichtet sind. [...]

Die Schweiz wird hierbei also noch in einer Art militärpolitischem Vakuum gesehen, bei dem man von dem „*international environment*“, den politischen, strategischen Veränderungen der Umwelt weitgehend abstrahieren zu können glaubt. [...] Dabei dürften gerade die siebziger Jahre auch für die Sicherheit und Politik unseres Landes bedeutsame Veränderungen mit sich bringen, auf die zumindest Bezug zu nehmen wäre. Es geht hier nicht so sehr um eine mehr oder weniger detaillierte Studie der verschiedenen möglichen politischen und militärischen Entwicklungen in der näheren oder weiteren Zukunft. Das würde über den uns gesetzten Auftrag hinausgehen. [...]

Worauf es vielmehr ankommt, ist das *Bewusstmachen* einer sich verändernden Umwelt, ihrer gegenwärtigen und künftigen Strukturen, soweit sie auch die Sicherheit unseres Landes direkt oder indirekt betreffen – und damit der Tatsache, dass die Schweiz, ihre Politik und Strategie je länger je mehr in diese Umwelt eingebettet und von ihr beeinflusst sind. Das erscheint mir eine sowohl für die offizielle Formulierung unserer Strategie wie aus staatsbürgerlich-pädagogischen Gründen wichtige Aufgabe des Berichts.“

Ich tue, glaube ich, dem Verdienst der Kommission und ihres Präsidenten keinen Abbruch, wenn ich sage, dass diese Anmerkungen und Anregungen bestenfalls nur marginale Berücksichtigung fanden. Ich entschloss mich deshalb damals, mich bei der Verabschiedung des Be-

rechts als einziger der Stimme zu enthalten. Als einzigem im Ausland lebenden und die Schweiz damit aus einer gewissen Distanz betrachtenden Mitglied fiel mir dieser Entschluss möglicherweise etwas weniger schwer. Präsident Schmid hat diese Enthaltung verständlicherweise kaum geschätzt, sie aber souverän akzeptiert.

Nun zur Zukunft. Die Strategie der Schweiz, so die Definition des Berichts soll „den umfassenden Einsatz aller Kräfte der Nation zur Verwirklichung der politischen Ziele des Staates gegenüber einer zum Machtgebrauch bereiten Umwelt [sein].“³ Die Natur dieses Umfeldes und seine Absichten – nämlich der Machtgebrauch – waren damit klar umschrieben.

Das hat sich spätestens nach dem Ende des Kalten Krieges vielfach und grundlegend geändert. Der Nachweis, dass das Umfeld stets und weiterhin zum Machtgebrauch bereit sei, lässt sich heute beim besten Willen nur noch schwer – oder schwerlich überzeugend – erbringen. Vielmehr erscheint das nähere und weitere Umfeld erstmals nicht nur freundlich, sondern zu Kooperation und Integration bereit.

Adressat unserer Sicherheitspolitik im engeren Sinn, Existenzsicherung im weiteren Sinn, ist deswegen ein Umfeld – Europa und darüber hinaus – in dem der Gedanke an einen Krieg zur Erreichung politischer Ziele als gewinnversprechende Option abhanden gekommen ist. Das ist grossartig an sich. Aber es stellt jede Überlegung zur Neuformulierung einer entsprechend angepassten Strategie vor eine schwierige Aufgabe. Denn sie muss Antwort darauf geben, welches die unseren Möglichkeiten angepasste Politik sein kann und soll und welches die Instrumente, die Partner und vor allem auch welches der Rahmen ist, in dem wir die Fortexistenz unseres Landes sichern wollen.

Eine neue, ungewohnte Dimension dieser Sicherheitspolitik findet sich darin, dass fast alle europäischen Länder sich mehr oder weniger denselben sicherheitspolitischen Gefährdungen konfrontiert sehen. Auch ihnen geht es nicht um Abwehr eines äusseren Feindes, sondern um die Bewältigung von Gefährdungen, die zum grossen Teil neu sind. Von hierher definieren sich Aufgaben, Umfang und Zielrichtung einer vorwärtsschauenden Existenzsicherung.

³ Ebd., S. 27 (Hervorhebungen durch C. G.).

Das bedeutet zumindest dreierlei:

- Das bevorstehende Ende eines in seinem Rendement abnehmenden, von der Schweiz aber immer noch sorgfältig gepflegten Bilateralismus in vielen unserer Aussenbeziehungen;
- Zielvorgaben, die sich nicht von parteipolitischem Kalkül und erst recht nicht von persönlichen Profilierungsbedürfnis, sondern vom Anspruch der Schweiz auf Glaubwürdigkeit und Kooperationsbereitschaft leiten lassen;
- eine Sicherheitspolitik, die die legitimen nationalen Interessen der Schweiz so formuliert, dass sie mit unseren Nachbarn wo immer möglich solidarisch geteilt werden können.

Wo die SSF mit ihrem Präsidenten Karl Schmid einen wichtigen Grundstein für strategisches Denken und Handeln gelegt hat, ist es jetzt an deren Nachfolger, hier weiter zu bauen. So anspruchsvoll die Aufgabe in einem viel komplexeren Umfeld geworden ist, es bleibt gar keine Wahl als genau dies zu tun.

Diskussion (3)

Arbenz geht auf das Votum von alt Bundesrat Furgler in der vorangegangenen Diskussion ein, der etwas sehr Wesentliches gesagt habe, was in diesem Panel nicht ausgeführt worden sei. Er habe die Frage gestellt, ob unsere Demokratie überhaupt noch willig und bereit sei, sich selbst zu verteidigen und sich für diesen Staat einzusetzen. Hier seien die grössten Defizite auszumachen, denen mit strategischem Denken allein nicht beizukommen sei. Die Schweiz riskiere nicht nur eine Zweidrittelsgesellschaft, sondern auch eine Zäsur zwischen den Führenden, die denken und vorausschauen, und denen, die nicht folgen wollen. Denn viele wollen nicht mehr nachvollziehen, was die Vordenker vordenken, und zögen es vor – ein wenig extrem formuliert – den Rattenfängern von Hameln nachzulaufen. Seine grösste Sorge sei, dass dadurch ein Wandel und eine zukunftsgerichtete Politik in unserem Staat mindestens im Moment kaum möglich sei.

Schoch pflichtet Arbenz bei, fragt aber zurück, gegen wen und gegen was die Schweiz sich denn heute zu verteidigen habe. Ohne eine zuverlässige Antwort auf diese Frage könne man auch nicht schlüssig beantworten, ob die Schweiz bereit sei, sich zu verteidigen.

Solange die Schweiz von demokratisch organisierten, die Grundrechte achtenden Rechtsstaaten umgeben sei, bestehe für die Schweiz keine existentielle Gefahr, angegriffen zu werden. Denn dies seien Staaten, die kein Aggressionspotential entwickelten. Aus diesen Gründen sei die obige Frage durchaus berechtigt, aber sie sei im falschen Kontext gestellt.

Arbenz entgegnet, dass er wahrscheinlich den falschen Begriff verwendet habe. Die Frage sei, ob die Bereitschaft, sich für die Gemeinschaft einzusetzen, vorhanden sei und nicht, ob die Verteidigungsbereitschaft gegen aussen vorhanden sei.

Schoch zeigt sich mit dieser korrigierten Fragestellung einverstanden.

Woker nimmt auf die Stellungnahmen von Ständerat Schoch und von Botschafter Brunner Bezug. Was von der Schweiz heute gefordert werde, sei die physische Präsenz und das institutionelle Engagement und nicht in erster Linie ihr Geld. Dabei müsse man etwas offerieren, das auch auf eine internationale Nachfrage stosse. Der Einsatz von Gelbmützen sei zwar schön und gut, aber wenn die Schweiz wirklich etwas offerieren wolle, dann müsse sie nächstes Mal ein Bataillon bewaffneter Soldaten zur Verfügung stellen. Dies seien natürlich harte Entscheidungen, denen man aber nicht ausweichen könne und die Gesetzesänderungen und Abstimmungen bedingen, die auch gewonnen werden müssten.

Lezzi pflichtet Woker bei. Er unterstreicht, dass die Gelbmützen in Bosnien hervorragende Arbeit leisteten, die nicht unter den Scheffel gestellt werden dürfe. Das Problem aber sei, dass die Gelbmützen nicht als Teil schweizerischer Anstrengungen im Rahmen der Armee wahrgenommen würden.

Auf die Dauer könne man es nicht begründen, eine Armee von 400'000 Mann aufrecht zu erhalten und gleichzeitig für den Auftrag „Friedensförderung“ nur 65 Gelbmützen und noch einige Blaumützen zu stellen. Diese Situation bringe die Schweiz in einen Argumentationsnotstand, den die anderen Streitkräfte in Bosnien, wie z.B. Österreich oder Schweden, nicht hätten. Diese würden als Exponenten ihrer Streitkräfte wahrgenommen.

Fulda nimmt auf das Votum von Botschafter Brunner Bezug und stellt erstens fest, dass heute Krieg mit nur allen denkbaren Mitteln geführt werde. Zweitens sei das sicherheitspolitische Umfeld dadurch gekennzeichnet, dass es noch eine einzige Grossmacht gebe, was eine nicht unbedenkliche Situation sei. Zur Zeit stehe die Schweiz mit dieser Grossmacht in Konflikt. Drittens könne die Schweiz in diesem Konflikt nicht ohne weiteres mit der Hilfe der Nachbarstaaten rechnen. Mit dieser sicherheitspolitischen Situation müsse sich die Politik auseinandersetzen.

Spillmann fragt Fulda, ob er damit folgere, dass die Schweiz die Abgrenzung gegenüber diesen nicht besonders freundlich gesinnten Einheiten konsolidieren, oder aber die Anstrengungen zur Kooperation vergrössern solle.

Fulda entgegnet, dass er natürlich keine abschliessende Beurteilung der Lage präsentieren könne, dass er aber den Schluss gezogen habe, dass der Einsatz von Geld keine Lösung darstelle. Gefragt sei vielmehr eine Demonstration der Schweiz aufgrund ihrer humanitären Tradition. Dies bedeute auch, dass es eine Demonstration der Allianz, des Zusammenwirkens mit anderen Staaten bedürfe.

Gasteyger ruft dazu auf, die Begriffe „Sicherheitspolitik“ und „Aussenpolitik“ auseinanderzuhalten und nicht zu vermischen. Er glaube nicht, dass es die von Fulda angesprochene Sicherheitspolitik sei, die Botschafter Brunner bewege. Es gehe bei der derzeitigen Krise nicht um die Sicherheit der Schweiz, sondern um ihre Glaubwürdigkeit. Dies sei eine Frage der Aussenpolitik und nicht der Sicherheitspolitik, zwischen denen es sorgfältig zu unterscheiden gelte.

Werner widerspricht Lezzi, der ausgeführt habe, dass die Schweiz international zu wenig Anstrengungen unternehme. Auch die Schweiz entsende ein Bataillon, nämlich das Katastrophenhilfekorps. Diese Leistungen würden aber viel zu wenig betont. Ausser in einem NZZ-Artikel, sei in der letzten Zeit in der Presse nichts über die Arbeit des Katastrophenhilfekorps zu lesen gewesen. Er ruft dazu auf, mehr Geld in dieses Korps zu investieren, denn hier hätte man es nicht mit Militär zu tun, welches bei internationalen Einsätzen sehr ungünstige Auswirkungen haben könne, wie Negativbeispiele zeigten.

Arbenz meint, dass man an dieser Stelle die Blauhelmdiskussion wieder aufrollen könnte und dass bei einer Abstimmung im Saal vielleicht dasselbe Ergebnis wie 1994 resultieren würde. Er sei aber anderer Meinung und glaube nicht, dass man aus Negativbeispielen bezüglich Blauhelmeinsätzen Schlüsse ziehen sollte. Seine persönlichen Erfahrungen stünden im völli-

gen Kontrast zu diesen Negativbeispielen. Die Blauhelme in Bosnien hätten insgesamt hervorragende Arbeit geleistet und das Leben von vielen Tausenden von Menschen gerettet. Sie hätten auch den Übergang vom Krieg in den kontrollierbaren Konflikt ermöglicht.

Wie man in der Schweiz den politischen Spielraum nutze, das bleibe natürlich weiterhin auf der Traktandenliste. Im Augenblick sei ein Gelbmützeneinsatz, wie er in Bosnien mit Erfolg praktiziert werde, eine mögliche Variante. Die Schlüsselfrage sei dabei die Bewaffnung. Die Möglichkeit des passiven Schutzes gegen direkte Angriffe sei dabei, in Ergänzung zum heute Praktizierten, die Minimalvariante. Ob man auf mittlere Sicht auf die Blauhelmkonzeption zurückkommen könne, sei letztlich eine Frage des politischen Mutes des Parlaments und des Bundesrates. Es gebe wahrscheinlich auch andere Formeln, aber es sei noch politischer Spielraum vorhanden, um wesentlich mehr zu leisten, als 65 Gelbmützen nach Sarajevo und Umgebung zu entsenden.

Gasteyger teilt Lezzis Besorgnis über die Diskrepanz zwischen der grossen Armee von 400'000 Mann einerseits und dem ganz geringen – wenn auch sehr nützlichen – Kontingent der Gelbmützen andererseits. Er erwähnt in diesem Zusammenhang eine Aussage des früheren Generalsekretärs der OSZE, Höynck, welcher der Meinung sei, dass die OSZE mehr von diesen Gelbmützen brauche. Die OSZE schätze diese Art von Leistungen sehr und würde es begrüßen, wenn die Schweiz sich bereit erklären könnte, noch mehr Gelbmützen für Krisenfälle zur Verfügung zu stellen. Die von Arbenz vorgeschlagene Form des verbesserten Selbstschutzes könnte dabei durchaus eine Möglichkeit darstellen.

Spillmann bemerkt, dass die Selbstwahrnehmung der Schweiz zur Zeit, als der Bericht Schmid entstanden sei, geschlossener gewesen sei. Man sei überzeugter gewesen von der Richtigkeit einer besonderen Rolle der Schweiz. Es habe noch nicht das gegeben, was Generalstabschef Liener „Problem der Milizwilligkeit“ genannt habe, und es sei noch nicht an der Realisierbarkeit der Dissuasion gezweifelt worden. Die Opferbereitschaft sei vorhanden gewesen. Ob diese bis zur Selbstzerstörung, wie sie von Generalstabschef Jakob Huber gefordert worden sei, gegangen wäre, verdiene vielleicht ein Fragezeichen, aber die Stimmung sei jedenfalls sehr viel näher bei diesem Punkt gewesen.

Heute sei die Selbstwahrnehmung wesentlich weniger geschlossen. Einerseits sei man in der Defensive gegen Druckversuche und Diffamierungen von aussen, andererseits sei man aber bereit zur Selbstkritik, in jenen Punkten, in denen sich zum Teil erst vor kurzem – und zum Teil auch für Historiker überraschend – die Notwendigkeit der Aufarbeitung von unangenehmen und zu lang verdrängten Aspekten der Schweizer Geschichte zeige. Heute sei Umgang und Leben mit Ambivalenz gefragt, was natürlich weitaus schwieriger sei, als in einem unambivalenten Geschichtsbild zu leben. Viele Anregungen, Hinterfragungen und Fragezeichen zu überlieferten Traditionen seien – wie Professor Eichenberger in seinen Ausführungen gezeigt habe – schon im Bericht Schmid enthalten gewesen.

Die beste Zusammenfassung dessen, was heute Not tut, habe Botschafter Brunner in seinem kurzen Statement geliefert. Ein Schweizer Engagement heute müsse „*humain et physique*“ sein. Er gab der Hoffnung Ausdruck, dass sich die Schweiz in diese Richtung bewege.

Er hoffe, die heutige Tagung habe nicht nur eine historische Pflicht erfüllt, sondern auch An-

regungen zur Weiterarbeit in die Zukunft gegeben.

Schlusswort von Hans Künzi

Liebe Anwesende

Im Namen der Karl-Schmid-Stiftung möchte ich den Referenten des heutigen Morgens und denjenigen der Panel-Gespräche nochmals ganz herzlich danken. Wir haben mit diesem Symposium versucht, die Bedeutung des Wirkens Karl Schmid für unser Land und für unsere Landesverteidigung darzustellen und die daraus resultierenden Früchte nochmals hervorzuheben. Diese Aufgabe ist unseren Referenten in hervorragender Art und Weise gelungen.

Meine Damen und Herren. Sie gestatten mir, abschliessend noch in eigener Sache ein paar Worte zu verlieren. Was will die Karl-Schmid-Stiftung in Zukunft? Unsere Stiftung wurde 1992 – also genau vor fünf Jahren – mit der Absicht gegründet, das umfassende Werk des Zürcher Professors Karl Schmid einem grös-seren Teil von Personen und insbesondere auch der jüngeren Generation wieder zugänglich zu machen. Wie ich heute morgen erwähnt habe, sind alle seine Schriften, die vorwiegend im Artemis-Verlag erschienen sind, vergriffen. Der Artemis-Verlag ist nicht mehr bereit, diese wieder zu veröffentlichen. Wir waren der Meinung, dass die Gefahr dadurch besteht, dass das einmalige Wirken Karl Schmid in Vergessenheit geraten könnte. Und das darf nicht sein, vor allem, wenn ich an unsere jüngere Generation denke.

Nun haben wir uns entschlossen, seine Werke wiederum zu präsentieren. Dies in Form gesammelter Werke Karl Schmid in acht Bänden. Somit werden wir einen schönen Teil der vergriffenen Bände wieder drucken. Aus dem Nachlass Karl Schmid, der sich im Archiv für Zeitgeschichte befindet, möchten wir seine Aufsätze, Vorträge und Referate, auch solche, die den militärischen Sektor betreffen, erstmalig drucken. Für die Herausgabe ist vor allem Herr Dr. Thomas Sprecher, der Leiter des Thomas Mann Archivs, verantwortlich. Zu diesen sechs Bänden kommen noch zwei Briefbände. Diese Briefe sind noch nie in irgend einer Form im Druck erschienen. Es handelt sich um über tausend Briefe, die hier präsentiert werden. Diese sind sehr interessant, weil sie einen Teil des vielfältigen Wirkens Karl Schmid im militärischen, wissenschaftlichen, politischen und anderen Sektoren darstellen. Für diese beiden Bände wird Frau Silvia Rüdin verantwortlich zeichnen. Die acht Bände sollen im Herbst 1998 erscheinen, so dass sie an der Frankfurter Buchmesse, an der die Schweiz Ehrengast ist, präsentiert werden können. Die Werke erscheinen übrigens im Verlag der Neuen Zürcher Zeitung.

Meine Damen und Herren, ich wollte Ihnen dies im Zusammenhang mit unserem heutigen Symposium mitteilen. Ich kann mir vorstellen, dass wir nächstes Jahr eine ähnliche Veranstaltung durchführen, die wir sehr wahrscheinlich den acht Bänden widmen werden.

Damit möchte ich schliessen. Ich möchte auch Ihnen als Teilnehmern danken, dass sie durch Ihr Erscheinen, die Sympathie zu Karl Schmid und unserer Stiftung bekundet haben. Ich möchte insbesondere Frau Elsie Attenhofer recht herzlich danken, dass Sie uns die Ehre Ihres Besuches erwiesen hat. Liebe Frau Attenhofer, wir wünschen Ihnen auch weiterhin nur das Beste.

Das Symposium ist geschlossen.

TEIL II: AUSWERTUNG DER TAGUNG

Jon A. Fanzun

Die vorliegende Auswertung soll keine Zusammenfassung der Referate und Diskussionen sein, sondern sie geht an verschiedenen Stellen über die an der Tagung angesprochenen Themen hinaus. Ausgehend vom Titel der Tagung „Karl Schmid als strategischer Denker: Beurteilungen aus historischer und aktueller Perspektive“ gliedert sich die Auswertung in einen ersten historischen sowie in einen zweiten, die aktuelle sicherheitspolitische Diskussion behandelnden Teil, der den von Bundesrat Ogi in seiner Grussadresse gesetzten Themenschwerpunkten folgt.

A. Historischer Teil

In diesem ersten Teil steht einerseits die Person Karl Schmid und sein Werk und andererseits die Arbeit der Kommission für strategische Fragen im Vordergrund.

1. Karl Schmid: Person und Werk¹

Karl Schmid war eine sehr vielseitige Persönlichkeit. Es ist kaum möglich, sein Lebenswerk zu segmentieren. Er zeichnete sich durch ein umfassendes Denken aus, so dass der Versuch, ihn ausschliesslich als Wissenschaftler, als Offizier oder als Staatsbürger zu würdigen, ihm nicht gerecht werden würde. Auf all diesen Gebieten hat Karl Schmid in den drei Jahrzehnten seit dem Zweiten Weltkrieg richtungweisend gewirkt.

Geboren wurde Karl Schmid am 31. März 1907 in Zürich. Nach der Maturität am Kantonalen Gymnasium in Zürich studierte er ab 1926 an den Universitäten Zürich und Berlin Germanistik und Geschichte sowie Kunstgeschichte, Psychologie und Philosophie. Er promovierte 1934 bei Prof. Dr. Emil Ermatinger mit der Dissertation „Schillers Gestaltungsweise“.

Nach Lehrtätigkeiten an diversen Mittelschulen hielt Karl Schmid 1943/44 seine erste Vorlesung an der ETH Zürich als ausserordentlicher Professor für deutsche Sprache und Literatur. 1947 wurde er zum Ordinarius gewählt. Von 1953 bis 1957 stand Karl Schmid der ETH Zürich als Rektor vor. Am 4. August 1974 verstarb er völlig unerwartet an den Folgen einer Lungenentzündung.

Seine militärische Laufbahn begann Karl Schmid 1927 als Rekrut in der Schw Mot Kan RS. Während seiner Aktivdienstzeit im Zweiten Weltkrieg bekleidete er den Rang eines Haupt-

¹ Vgl. auch das Curriculum vitae Karl Schmid im Anhang I. Für weitergehende biographische Angaben und für eine detaillierte Übersicht über das Werk Karl Schmid siehe: *Nachlass Prof. Dr. Karl Schmid 1907-1974*. Archiv für Zeitgeschichte ETHZ (Hrsg.). Bearbeitet von: Däniker, Marie-Claire/Urner, Klaus. Zürich 1983.

Für weitere Aspekte zur Person und zum Werk Karl Schmid siehe: *Beiträge zum ersten Karl-Schmid-Symposium*. Karl-Schmid-Stiftung (Hrsg.). Zürich 1993; *Beiträge zum zweiten Karl-Schmid-Symposium*. Karl-Schmid-Stiftung (Hrsg.). Zürich 1994.

manns und später den eines Majors. Danach war er unter anderem stellvertretender Stabschef der 9. Division und schliesslich Stabschef des 3. Armeekorps, im Range eines Obersten. Die meisten seiner rund 2300 Dienstage verbrachte Karl Schmid „am Gotthard“, im Zentrum des Réduits und Symbols des eingegrabenen Widerstandes. Ende 1970 wurde er aus der Wehrpflicht entlassen.

Karl Schmid war in verschiedenen Akademien, Instituten, Stiftungen und Expertengruppen aktiv. Er war unter anderem Präsident der Schweizer Auslandhilfe (1959 bis 1965). Dem Schweizerischen Wissenschaftsrat stand er von 1969 bis 1972 vor. Im weiteren wurde ihm 1967 der Ehrendokortitel der Hochschule St. Gallen verliehen. 1972 erhielt er den Goethepreis für Kunst und Wissenschaft und den Kulturpreis der Stadt Zürich.

Karl Schmid bekleidete nie ein politisches Amt, weder in einer Exekutive noch in einer Legislative. Aber er hat politische Aufgaben keineswegs gescheut: Seine Tätigkeit als Rektor der ETH, sein Engagement für die Wissenschaftspolitik sowie seine Leistung als Präsident der Studienkommission für strategische Fragen beweisen, dass ihm der Dienst an der Gemeinschaft etwas Wichtiges und Selbstverständliches war.²

Bei der Arbeit der Kommission für strategische Fragen begnügte sich Karl Schmid keineswegs mit der Leitung und der Organisation. Sein Verdienst bestand vor allem in der Ausarbeitung der spezifisch strategischen Fragestellungen und in der wissenschaftlichen Vertiefung aller relevanten Aspekte.³

Karl Schmid's Werk zeichnet sich durch eine beeindruckende Breite aus: Das Spektrum reicht von Arbeiten über C. G. Jung oder Goethe, über militärische Themen, bis hin zu Gedanken zur Schweiz, insbesondere zu deren Verhältnis zu Europa.⁴ Die meisten seiner Arbeiten sind vergriffen. Die Karl-Schmid-Stiftung ist aber im Begriff, das Schaffen Karl Schmid's einer breiteren Öffentlichkeit wieder zugänglich zu machen. In Form gesammelter Werke in acht Bänden (zwei Brief- und sechs Werkbände) sollen neben einem Teil der vergriffenen Bücher auch Aufsätze, Referate und Briefe Karl Schmid's erstmals veröffentlicht werden. Diese acht Bände sollen im Herbst 1998 erscheinen.

2. Die Studienkommission für strategische Fragen

An dieser Stelle sei der Weg, der 1967 zur Bildung der Studienkommission für strategische

² Künzi, Hans. Vorstellung der Karl-Schmid-Stiftung. In: *Beiträge zum ersten Karl-Schmid-Symposium*. Zürich 1993. S. 11-14, hier S. 12.

³ Däniker, Gustav. Karl Schmid als Soldat und Stratege. In: *Beiträge zum zweiten Karl-Schmid-Symposium*. Zürich 1994. S. 15-18, hier S. 16.

⁴ Auswahl aus Karl Schmid's Werk: *Schillers Gestaltungsweise*. Diss. Frauenfeld 1935; *Unser Tell*. Zürich 1939; *Gottfried Keller 1819-1890*. Zürich 1940; *Der Soldat und der Tod*. Zürich 1942; *Das Lebensrecht des Kleinstaates*. Bern 1944; *Hermann Hesse und Thomas Mann*. Olten 1950; *Aufsätze und Reden*. Zürich-Stuttgart 1957; *Hochmut und Angst*. Zürich 1958; *Unbehagen im Kleinstaat*. Zürich 1963; *Europa zwischen Ideologie und Verwirklichung*. Schaffhausen-Stäfa 1990 (Neuaufgabe); *Die Schweiz zwischen Tradition und Zukunft*. Schaffhausen-Stäfa 1991 (Neuaufgabe).

Fragen (SSF) führte, nachgezeichnet.⁵ Anschliessend soll kurz auf die personelle Zusammensetzung der Kommission eingegangen werden.

2.1 Entstehung

Der Schock über die Unzulänglichkeiten der militärischen Selbstbehauptung des Kleinstaates stand am Anfang der Arbeiten der Kommission Schmid. Die durch die Atombombe veränderte politisch-strategische Lage war denn auch – wie Luchsinger in seinem Beitrag erwähnte – ein wichtiger Anstoss für die Bildung der SSF. Die Atombombe hatte das Kriegsbild nach dem Zweiten Weltkrieg grundlegend verändert und stellte die Welt vor neue Sicherheitsprobleme. Als Antwort darauf wurden ausgreifende Gesamtstrategien unter Einbezug von Wirtschaft, Aussenpolitik und psychologischen Mitteln entwickelt.⁶

In der Schweiz brachte u. a. Gustav Däniker mit seinen Beiträgen die sicherheitspolitische Diskussion von der operativen auf die strategische Ebene.⁷ Das Eidgenössische Militärdepartement reagierte rasch: Gemäss den Referaten von Däniker und Senn kam der Anstoss vom damaligen Planungschef der Armee, Hans Wildbolz, und vom damaligen Chef der Operationssektion, Hans Senn. Ersterer beantragte in einem Brief an Generalstabschef Paul Gygli, einen Ausschuss für strategische Fragen zu bilden.

Im Oktober 1966 legte Korpskommandant Alfred Ernst dem Generalstabschef eine Vorstudie zur Frage der schweizerischen Strategie unter dem Titel „Elemente einer strategischen Konzeption“⁸ vor, die auf die fehlende strategische Gesamtkonzeption hinwies und schon etliche Elemente enthielt, welche die SSF erarbeiten sollte.

Neben den offensichtlichen Veränderungen des strategischen Umfeldes weckten auch die Erfahrungen der Landesverteidigungsübungen, in denen die Teilnehmer mit komplexen Gefahrenszenarien konfrontiert wurden, das Bedürfnis, die einzelnen Elemente der Landesverteidigung institutionell besser aufeinander abzustimmen. Insbesondere die Landesverteidigungsübung aus dem Jahre 1967 deckte das Fehlen einer strategischen Denkweise drastisch auf und bot den unmittelbaren Anlass zur Bildung einer Studienkommission

⁵ Siehe zur Entstehung und zu den Arbeiten der SSF: Senn, Hans. *Friede in Unabhängigkeit: Von der totalen Landesverteidigung zur Sicherheitspolitik*. Frauenfeld 1983; Näf, Beat. Anfang und erste Entwicklung einer schweizerischen Strategie (Sicherheitspolitik) 1969-1973. In: *SAMS-Informationen* (8. Jg.) 1/1984. S. 51-146; Köppel, Thomas. *Auf dem Weg zur Doppelstrategie: Die Entstehung der schweizerischen Sicherheitspolitik 1945-1973*. Liz. Zürich 1994 (unveröffentlicht). Die Entwicklung des strategischen Denkens in der Schweiz ist Gegenstand eines laufenden Dissertationsprojektes von Christoph Breitenmoser an der Forschungsstelle für Sicherheitspolitik und Konfliktanalyse (FSK) der ETH Zürich.

⁶ Beispiele für ausländische Strategieüberlegungen sind u.a.: Aron, Raymond. *Paix et guerre entre les nations*. Paris 1962; Beaufre, André. *Dissuasion et stratégie*. Paris 1964; Kahn, Hermann. *On Escalation*. New York 1965.

⁷ Däniker, Gustav. Zurück zur Strategie. In: *Si vis pacem: Militärische Betrachtungen von Schweizern*. Festschrift für Georg Züblin zum 60. Geburtstag. Frauenfeld 1964. S. 84-101; ders. *Strategie des Kleinstaates*. Frauenfeld-Stuttgart 1966.

⁸ Archiv für Zeitgeschichte. Depositum Däniker. Alfred Ernst. *Elemente einer strategischen Konzeption*, 7. Oktober 1966; Senn, *Friede in Unabhängigkeit*, S. 109-112.

für strategische Fragen.⁹

Am 13. Februar 1967 reichte Generalstabschef Gygli bei der Landesverteidigungskommission ein Gesuch zur Bildung einer aus unabhängigen Persönlichkeiten zusammengesetzten Studiengruppe ein. Nachdem die Landesverteidigungskommission diesem Gesuch zugestimmt hatte, erliess das EMD am 12. Mai 1967 die Verfügung, welche die Studienkommission für strategische Fragen ins Leben rief.

Die Studienkommission für strategische Fragen wurde so aus dem Zusammenspiel zwischen Analyse des – vor allem durch die Atombombe – veränderten Bedrohungsbildes und der Wahrnehmung institutioneller Mängel (Koordinationsbedürfnis) aus der Taufe gehoben. Die Kommission sollte dem Generalstabschef einen Entwurf für eine strategische Gesamtkonzeption der Schweiz liefern und nebenbei zur damals aktuellen Frage eines Schweizer Beitritts zum Atomsperrvertrag Stellung beziehen.

2.2 Zusammensetzung der Kommission

Die SSF umfasste 25 *ausserhalb* der Bundesverwaltung stehende Personen. Darin waren namhafte Persönlichkeiten aus Armee, Politik, Wissenschaft, Wirtschaft und Medien vertreten. Die Kommission war sehr breit abgestützt, indem Vertreter aller Elemente der schweizerischen Strategie in der SSF Einsitz hatten. Es gab sowohl Vertreter der „*Mobile Defense*“ (mobile Verteidigung) als auch solche einer „*Area Defense*“ (statische Verteidigung). Im weiteren waren Befürworter und Gegner einer schweizerischen Atombewaffnung vertreten.

Allerdings muss an dieser Stelle erwähnt werden, dass Vertreter der Friedensbewegung und der Sozialdemokratischen Partei der Schweiz (SPS) nicht berücksichtigt wurden. Zudem waren auch keine Exponenten der schweizerischen Aussenpolitik vertreten. Ersteres ist bemerkenswert, weil die SPS sich seit ihrem militärpolitischen Leitbild von 1947 mit strategischen Fragen befasste und in der Person von Heinrich Buchbinder einen Kenner der Materie in ihren Reihen hatte.¹⁰ Letzteres ist auf den Umstand zurückzuführen, dass kein Berufsdiplomat in der SSF vertreten war und dass das Bewusstsein für den strategischen Wert der Aussenpolitik klein war.¹¹

Das Medienecho auf die Einsetzung dieses „Obersten- und Professorenremiums“ war zu jener Zeit relativ gering und die Kommission Schmid wurde – neben allgemein begrüßenden Äusserungen – vor allem unter dem Aspekt des Vertrages über die Nichtweiterverbreitung von Kernwaffen gesehen.

⁹ Däniker, Gustav/Spillmann, Kurt R. Die Konzeption der schweizerischen Sicherheitspolitik. In: Riklin, Alois/Haug, Hans/Probst, Raymond (Hrsg.). *Neues Handbuch der schweizerischen Aussenpolitik*. Bern-Stuttgart-Wien 1992. S. 591-605, hier S. 596f.

¹⁰ Im gleichen Jahr wie Dänikers Buch „Strategie des Kleinstaates“ erschien, veröffentlichte Buchbinder seine Überlegungen zur schweizerischen Strategie: Buchbinder, Heinrich. *Landesverteidigung im Atomzeitalter*. Hrsg. von der Schweizerischen Bewegung gegen atomare Aufrüstung. Zürich 1966.

¹¹ Vgl. Köppel, *Auf dem Weg zur Doppelstrategie*, S. 92.

3. Die Arbeit der SSF

Die Arbeit der SSF soll anhand von drei Themenkomplexen beleuchtet werden: Die zu jener Zeit stark im Vordergrund stehende Atomwaffenfrage, das strategische Denken als bleibender Wert der Arbeit der Kommission sowie die vernachlässigte ausgreifende Komponente der Strategie.

3.1 Die Atomwaffenfrage¹²

Die Atomwaffe löste nach dem Zweiten Weltkrieg auch in der Schweiz Diskussionen über das Pro und Kontra einer eigenen Nuklearbewaffnung aus. In den frühen fünfziger Jahren erhielt die *öffentliche* Diskussion durch die Einführung taktischer Nuklearwaffen einen neuen Impuls. Viele Offiziere sahen in der taktischen Nuklearwaffe ein Mittel, das sich auch für kleinstaatliche Verhältnisse eignete. In der „Allgemeinen Schweizerischen Militärzeitschrift“ (ASMZ) erschienen in der Folge einige Artikel, welche die taktische Nuklearbewaffnung der Schweiz befürworteten. Die Grundsatzerklärung des Bundesrates vom 11. Juli 1958, in der festgehalten wurde, dass die Schweiz nicht von vornherein auf Atomwaffen verzichten dürfe¹³, trug denn auch nicht zur Beruhigung der Diskussion bei, sondern führte zu zwei Volksinitiativen, welche die Beschaffung von Atomwaffen verbieten beziehungsweise von einem obligatorischen Referendum abhängig machen wollten. Beide Volksinitiativen wurden im Jahr 1962 verworfen.

Nachdem die Schweiz 1963 dem *Limited Test Ban Treaty* beigetreten war, kühlte sich die öffentliche Diskussion wieder ab. Das Thema blieb aber verwaltungsintern weiterhin aktuell. Die Konzeption der militärischen Landesverteidigung von 1966 war bezüglich der Atomwaffenfrage weit zurückhaltender als die Grundsatzerklärung von 1958. Als vordringlich wurde nicht die Beschaffung, sondern die Eindämmung und Nichtanwendung von Atomwaffen betrachtet.¹⁴ Allerdings wurde die Option auf eigene Nuklearsprengköpfe offengelassen. Die Konzeption gab im weiteren aber noch keine Antwort auf die Frage, wie auf die Bedrohung durch Kernwaffen reagiert werden sollte.

Die Aufgabe der Studienkommission für strategische Fragen war es nun, der Gefahr der Atomwaffe, welche die Vernichtung einer ganzen Nation bedeuten konnte, mit einer geeigneten Strategie zu begegnen. Die Atomwaffenfrage nahm denn auch in den Arbeiten der Kom-

¹² Vgl. zur Atomwaffenfrage: Stüssi-Lauterburg, Jürg. *Historischer Abriss zur Frage einer Schweizer Nuklearbewaffnung*. Bern 1995. Winkler, Theodor. *Kernenergie und Aussenpolitik in der Schweiz: Die internationalen Bemühungen um die Nichtverbreitung von Kernwaffen und die friedliche Nutzung von Kernenergie in der Schweiz*. Diss. Genf-Berlin 1981; Metzler, Dominique. *Die Option einer Nuklearbewaffnung für die Schweizer Armee (1945-1969)*. Liz. Basel 1995 (unveröffentlicht).

¹³ Der Kernsatz dieser Erklärung lautete: „In Übereinstimmung mit unserer jahrhundertealten Tradition der Wehrhaftigkeit ist der Bundesrat deshalb der Ansicht, dass der Armee zur Bewahrung unserer Unabhängigkeit und zum Schutze der Neutralität die wirksamsten Waffen gegeben werden müssen. Dazu gehören die Atomwaffen.“ *Neue Zürcher Zeitung*, 12. 7. 1958, Nr. 2042, Blatt 1. Zitiert bei: Metzler, *Die Option einer Nuklearbewaffnung*, S. 53.

¹⁴ Bericht des Bundesrates an die Bundesversammlung über die Konzeption der militärischen Landesverteidigung vom 6. Juni 1966. In: *BBl* 1966 I S. 853-877, hier S. 872.

mission einen prominenten Platz ein. Mit der Nuklearpolitik befasste sich der Arbeitsausschuss 1. Von diesem wurden rasche Ergebnisse erwartet, weil Generalstabschef Gygli eine Stellungnahme zum Nonproliferationsabkommen verlangt hatte. Im Dezember 1967 lieferte der Arbeitsausschuss seinen Bericht ab, der inhaltlich weitgehend deckungsgleich mit den Ansichten im Schlussbericht der SSF war.¹⁵

Der Arbeitsausschuss 1 rang sich zwar zu einem Ja betreffend der Frage eines schweizerischen Beitritts zum Nonproliferationsabkommen durch, aber der Schlussbericht betonte, dass der Verzicht auf eine nukleare Bewaffnung der Schweiz eine Einschränkung der Handlungsfreiheit sei, die nur dann gerechtfertigt werden könne, wenn die Möglichkeit der Nuklearbewaffnung nicht geeignet sei, die Sicherheit der Schweiz zu erhöhen.¹⁶ Somit wurde die Option einer taktischen Bombe – zumindest theoretisch – offengelassen. Die Schweiz tat sich schwer, durch den Verzicht auf eigene Kernwaffen – der aber nach der Unterzeichnung des Nonproliferationsabkommens und nach dem Debakel der Mirage-Beschaffung *praktisch* feststand – eine Beschränkung der autonomen Verteidigungsfähigkeit innerlich zu akzeptieren.¹⁷ In diesem Zusammenhang ist anzumerken, dass der *endgültige* Schlussstrich unter das Thema der Nuklearwaffen erst 1988 durch die offizielle Auflösung des Arbeitsausschusses für Atomfragen gezogen wurde.¹⁸

Kommissionspräsident Schmid selber nahm – wie dies Senn und Feldmann in ihren Referaten ausführten – gegenüber einer Bewaffnung der Schweiz mit Nuklearwaffen auf strategischer und taktischer Ebene eine ablehnende Haltung ein, weil er die dissuasive Wirkung solcher Waffen für unglaubwürdig hielt. Demgegenüber erwähnte Luchsinger, dass Schmid in einem Vortrag im Jahre 1964 die Frage einer taktischen schweizerischen Nuklearbewaffnung offen liess. Die ablehnende Meinung des Präsidenten ging allerdings kaum in den Schlussbericht der SSF ein, da zwischen Schmid und dem Arbeitsausschuss Nuklearbewaffnung aus Zeitmangel keine vertiefte Diskussion stattfand.

Neben der Frage einer eigenen Atombewaffnung führte die intensive Beschäftigung mit der Atomwaffenfrage einerseits zur Fokussierung der Arbeiten der Kommission Schmid auf die *Kriegsverhinderung*. Den „totalen Krieg“ vor Augen suchte man nach Möglichkeiten, diesen zu verhindern. Die Antwort wurde in der strategischen Denkweise, die alle Mittel der Gesamtverteidigung zu integrieren suchte, gefunden.

Andererseits war das schweizerische strategische Denken geradezu von der nuklearen Bedrohung gebannt.¹⁹ Die Beschäftigung mit dieser neuen Gefahr, der die Schweiz ausgeliefert war, erwies sich als allgegenwärtig und verstellte wohl auch zum Teil den Blick für andere Aspek-

¹⁵ Winkler, *Kernenergie und Aussenpolitik*, S. 189.

¹⁶ Studienkommission für strategische Fragen. *Grundlagen einer strategischen Konzeption der Schweiz*. Bericht der Studienkommission für strategische Fragen. Schriften des SAD Nr. 11. Stäfa 1971. S. 101.

¹⁷ Winkler, Theodor. Zur Geschichte der schweizerischen Sicherheitspolitik seit 1945. In: Rhinow, René (Hrsg.). *Die schweizerische Sicherheitspolitik im internationalen Umfeld*. Basel-Frankfurt a. M. 1995. S. 27-35, hier S. 33.

¹⁸ Vgl. Stüssi-Lauterburg, *Historischer Abriss*, S. 97.

¹⁹ Vgl. Näf, Beat. Zur Entwicklung des schweizerischen strategischen Denkens. In: *ASMZ* 11/1982. S. 595-602, hier S. 596.

te der schweizerischen Gesamtverteidigung. So wurde der offensiven, gestaltenden Komponente der Strategie kaum grosse Bedeutung zugemessen.

Im folgenden sollen nun das von der Kommission Schmid propagierte strategische Denken als einer der bleibenden Werte ihrer Arbeit sowie die im Schlussbericht der Kommission nur angetönte offensive Komponente der Strategie thematisiert werden.

3.2 *Strategisches Denken*

Wie Däniker in seinem Vortrag betonte, musste die Kommission Schmid versuchen, in die bisher eher zufällige „Überbauung der Region der totalen Landesverteidigung, wo Eigentümer und Architekten auf eigene Faust vorgingen“, Ordnung zu bringen.²⁰ Es galt, das sektorielle Denken zu überwinden und gleichsam politisch-strategische Grundprinzipien zu erarbeiten, die der Organisation der totalen Landesverteidigung zugrunde gelegt werden konnten.

Die Kommission war in die sechs thematischen Arbeitsausschüsse Nuklearpolitik, Politik und Strategie, zum Bild des totalen Krieges, Rechtsfragen, ideologisch-psychologische Abwehr und wirtschaftliche Probleme gegliedert. Diese Arbeitsaufteilung war Ausdruck der Überwindung des Sektordenkens und entsprach Karl Schmid's Ziel, dem strategischen Denken zum Durchbruch zu verhelfen, da jedes Mitglied der Kommission in zwei Ausschüssen tätig zu sein hatte. Wie an der Tagung zum Ausdruck kam, einigten sich die Kommissionsmitglieder recht schnell auf eine Strategiedefinition, die in ihrer endgültigen Fassung folgendermassen lautete:

„Unter Strategie verstehen wir, von unserem Kleinstaat aus gesprochen, *den umfassend konzipierten Einsatz aller Kräfte der Nation zur Verwirklichung der politischen Ziele des Staates gegenüber einer zum Machtgebrauch bereiten Umwelt.*“²¹

Gleichzeitig mit der Strategie definierte die Kommission auch deren Verhältnis zur Politik. Um dem Vorwurf der Militarisierung der Politik zu entgehen, betonte die Kommission Schmid ausdrücklich den Primat der Politik, indem sie ausführte, dass die strategische Denkweise nicht die Militarisierung der Politik bedeute, sondern dass im Gegenteil das Militärische in den Gesamtzusammenhang der Politik eingeordnet werde.²²

Die Kommission verzichtete darauf, eine Wertung der verschiedenen strategischen Mittel in geeignetere und ungeeignetere vorzunehmen, was auf der strategischen Einsicht beruhte, dass kein Sektor zu Lasten eines anderen vernachlässigt werden dürfe²³, dass also, bildlich gesprochen, die Kette nur so stark sei wie ihr schwächstes Glied. Namentlich die Armee sollte in eine Reihe mit den anderen Mitteln gestellt werden. Allerdings heisst es an anderer Stelle im Bericht, dass die Armee als Machtfaktor das relativ grösste Gewicht habe, das sich zudem in verschiedene Richtungen auswirken könne. Darum lohne sich hier eine grosse Investition.²⁴ Die SSF zeigte zudem auch die Grenzen jeglicher strategischen Konzepte auf, indem sie – wie Feldmann anmerkte – feststellte, dass jede strategische Konzeption gegenstandslos sei, wenn die nationale Kohäsion fehle.²⁵

²⁰ Vgl. Referat Däniker, oben S. 23.

²¹ Studienkommission, *Grundlagen*, S. 27 (Hervorhebungen im Original).

²² Ebd., S. 28.

²³ Ebd., S. 21.

²⁴ Ebd., S. 67.

²⁵ Ebd., S. 40.

Die Entwicklung des strategischen Denkens ist das wesentlichste Verdienst und der bleibende Wert der Arbeit der Kommission Schmid und insbesondere ihres Präsidenten Karl Schmid, der nicht umsonst als „Vater der schweizerischen Strategie“²⁶ bezeichnet wird.

Die Kommission Schmid legte mit diesem breiten Verständnis von Strategie, das sämtliche Sektoren der Landesverteidigung zum Gegenstand einer einheitlichen Betrachtung machte, einen wichtigen Grundstein für die sicherheitspolitische Konzeption von 1973. Sie hat – wie dies Däniker in seinem Vortrag betonte – neben einer Anleitung zum strategischen Denken erstmals eine Klärung von Wesen und Zielen der schweizerischen Politik im strategischen Bereich und eine Analyse des verfügbaren Instrumentariums geliefert.

Wie Bundesrat Ogi in seinen einführenden Worten bemerkte, war damit der entscheidende Impuls für die Entwicklung der schweizerischen Sicherheitspolitik gegeben und die Idee der Gesamtstrategie geboren.

3.3 Ausgreifende Strategiekomponente

Die Kommission Schmid positionierte die Schweiz bedeutend stärker als zuvor in einem weltweiten System. Sie ging davon aus, dass die eigenen Einflussmöglichkeiten auf dieses System sehr gering seien, so dass die eigene Sicherheit eine Funktion derjenigen der Umwelt sei.²⁷ Gasteyger sprach in diesem Zusammenhang von Resignation gegenüber einer scheinbar erstarrten Lage in Europa, die auf die Interdependenz innen- und aussenpolitischen Geschehens nur gelegentlich Rücksicht nehme und die strategische Lage als gegeben annehme.

Dieser Gedanke der Einbettung in ein weltweites System mündete aber nicht in eine aktive, gestaltende Aussenpolitik, sondern verharrte weitgehend in einer defensiven Rolle. Arbenz betonte diesbezüglich, dass der Bericht Schmid vieles bezüglich internationaler Kooperation in der „Kann-Formel“ antöne, aber in diesem Bereich keine eigentliche Friedensstrategie, sondern eine Kriegsverhinderungsstrategie formuliere. Näf schreibt hierzu:

„Die Selbstbehauptungsmassnahmen in den ‚Grundlagen‘ tendieren dazu, in der Defensive zu erstarren. Sie rechnen zu stark mit dem schlimmsten Fall des nuklearen Krieges. Noch ist der Reduktionsgedanken vorhanden.“²⁸

²⁶ Archiv für Zeitgeschichte. Nachlass Schmid. Brief Vischer an Schmid, 27. Februar 1972.

²⁷ Studienkommission, *Grundlagen*, S. 30.

²⁸ Näf, *Anfang und erste Entwicklung*, S. 135.

Dass einer aktiveren Aussenpolitik kein Durchbruch beschieden war, hatte wohl vor allem mit den Erfahrungen des Zweiten Weltkrieges, mit der aus der strikten Neutralitätsauffassung folgenden allgemeinen Geringschätzung der Wirkung schweizerischer Aussenpolitik und der angetönten Zusammensetzung der Kommission (unter anderem keine Berufsdiplomaten) zu tun.²⁹ Das folgende Zitat von Rudolf Bindschedler (ehemaliger a. o. Prof. für Völkerrecht an der Universität Bern, Rechtsberater des Eidg. Politischen Departements, Botschafter) soll als Beispiel für die negative Einschätzung der Möglichkeiten schweizerischer Aussenpolitik dienen:

„Die Schweiz ist ein Kleinstaat. Sie verfügt über geringe Macht und geringen Einfluss. Daraus ergibt sich schon, dass der von mir so bezeichnete Weg, nämlich Anstreben einer allgemeinen Friedens- und Sicherheitsordnung, nur in sehr beschränktem Ausmass gangbar ist. Der Beitrag unseres Landes hierzu fällt kaum ins Gewicht und wird es auch in Zukunft kaum tun. [...] Das Hauptziel der schweizerischen Aussenpolitik muss sich aus den Gegebenheiten heraus auf die Bewahrung der eigenen Freiheit und Unabhängigkeit beschränken. Die Schweiz hat auf eine expansive Politik verzichtet, und das ist wohl der grösste Beitrag, den sie an eine Friedenspolitik geleistet hat und leistet. Im übrigen beschränkt sie sich im allgemeinen auf die direkte Wahrung ihrer Interessen.“³⁰

Dieses Verharren in der Defensive war zwar eine weitverbreitete Meinung, wurde aber schon damals – wie Däniker und Gasteyger betonten – auch innerhalb der Kommission bemängelt, denn die Idee einer aktiveren Aussenpolitik war nicht neu. So forderte bereits Däniker in seinem 1966 erschienen Buch „Strategie des Kleinstaates“ eine vermehrte internationale Zusammenarbeit sowie den Uno-Beitritt. Die damals immer zentraler werdende Uno-Frage nahm im Bericht Schmid nur gerade zwölf Zeilen ein, was als Hinweis dafür zu werten ist, dass internationalen Organisationen kein übermässiges Vertrauen geschenkt wurde.³¹

Ein alternatives Modell einer schweizerischen Aussenpolitik, das der ausgreifenden Komponente mehr Gewicht verliehen hätte, wurde damals unter anderem vom St. Galler Politologen Alois Riklin und – wie schon erwähnt – von Heinrich Buchbinder vertreten.³² Solche Gedanken gingen aber kaum in den Bericht der Studienkommission ein.

An verschiedenen Stellen des Berichts schimmert das Spannungsfeld zwischen der nach innen gerichteten, traditionellen Sichtweise und der auf vermehrtes internationales Engagement ausgerichteten Meinung durch:

„Die guten Dienste, welche ein neutraler Staat leisten kann, können selbstverständlich nicht an die Stelle der militärischen Anstrengungen zur Erhaltung unserer Unabhängigkeit und zum Schutz unseres Territoriums treten. Aber sie ergänzen sie. Im Rahmen einer umfassenden Strategie, die wir anstreben, darf ihr sachlicher Wert so wenig unterschätzt werden wie ihre symbolische Bedeutung. Es muss unser Bestreben sein, nach aussen wie nach innen das Bild einer Nation zur Geltung zu bringen, welche nicht nur für sich allein leben, sondern auch für die anderen da sein will.“³³

Oder an anderer Stelle heisst es unter dem Titel „Verflechtung mit der Umwelt“:

²⁹ Köppel, *Auf dem Weg zur Doppelstrategie*, S. 92 und 104.

³⁰ Bindschedler, Rudolf. Die Aussenpolitik. In: *SAMS-Informationen* (7. Jg.) 1/1983. S. 7-11, hier S. 9.

³¹ Studienkommission, *Grundlagen*, S. 41.

³² Vgl. Riklin, Alois. *Modell einer schweizerischen Aussenpolitik: Ein Diskussionsbeitrag*. SAD-Arbeitsheft W 6. Zürich 1970; Buchbinder, *Landesverteidigung im Atomzeitalter*.

³³ Studienkommission, *Grundlagen*, S. 48.

„Eine Abkapselung gegen diese äusseren Einflüsse ist nicht möglich. [...] Die schweizerische Eigenart, die keineswegs gegenstandslos geworden ist, muss sich heute in der offenen Auseinandersetzung mit der Umwelt und im Wettbewerb mit ihr legitimieren.“³⁴

Dieses Spannungsfeld zwischen der nach innen gerichteten und der auf verstärkter Öffnung bedachten Sichtweise kam auch bei verschiedenen Voten an der Tagung zum Ausdruck. Auf die Frage, wieso die Schweiz aussenpolitisch so extrem zurückhaltend war, betonte alt Bundesrat Furgler, dass die Schweiz im Rahmen ihrer Möglichkeiten z.B. im Europarat und im KSZE-Prozess eine aktive Rolle gespielt habe. Wildbolz erwähnte die Bedeutung der guten Dienste und der schweizerischen Katastrophenhilfe. Gleichzeitig verwiesen beide auf die Zurückhaltung der Schweiz in ihren Aussenbeziehungen.

Die beiden obigen Zitate aus dem Bericht Schmid zeigen, dass man sich der internationalen Verflechtung der Schweiz und der Notwendigkeit einer gewissen Solidarität durchaus bewusst war. Allerdings wurde diese Verflechtung als problematisch und als notwendiges Übel angesehen. Die Kommission warnte vor einer „Igelmentalität“, verfiel ihr aber teilweise selber.³⁵

Der Bericht vollzieht dennoch einen ersten vorsichtigen Schritt weg von der rein abwehrenden Betrachtungsweise der Gesamtverteidigung. Die spätere Doppelstrategie der schweizerischen Sicherheitspolitik wird zaghaft angetönt. So heisst es im Bericht der SSF:

„Es geht somit für die politische Führung des Landes darum, einerseits unsere strategischen Mittel dort einzusetzen, wo wir allgemeine, für unsere Sicherheit *günstige Tendenzen verstärken* können, was vor allem in Zeiten relativ geringer Spannung unsere Hauptaufgabe sein dürfte, und andererseits diese Mittel *direkt und gezielt* dort einzusetzen, wo nur sie den Schutz unserer lebenswichtigen Interessen gewährleisten können, was vor allem für Zeiten zunehmender Spannung oder gar offener Konflikte gilt.“³⁶

Dies war zwar noch keine eigentliche ausgreifende Komponente der Sicherheitspolitik, aber ein erster vorsichtiger Schritt in diese Richtung war gemacht.

4. Würdigung der SSF

Die Arbeit und Leistung der Kommission Schmid wurde seinerzeit wenig anerkannt. Es blieb lange Zeit sehr still um die „Grundlagen einer strategischen Konzeption der Schweiz“. Obwohl der Bericht von Anfang an für ein breites Publikum gedacht war, wurde das Papier erst im Frühjahr 1971 veröffentlicht, nachdem die Bedenken des Stabes für Gesamtverteidigung und der Widerstand seitens des Zivilschutzes hatten überwunden werden können.³⁷ Dies ist ein Indiz dafür, dass der Arbeit der Kommission Schmid das Verdienst zukommt, recht offen

³⁴ Ebd., S. 41.

³⁵ Köppel, *Auf dem Weg zur Doppelstrategie*, S. 98; kritisch hierzu auch: Danzmayr, Heinz. *Kleinstaat auf der Suche nach Sicherheit: Eine Analyse sicherheitspolitischer Konzepte Österreichs und der Schweiz*. Wien 1991. S. 24.

³⁶ Studienkommission, *Grundlagen*, S. 66 (Hervorhebungen im Original); vgl. auch: Senn, *Friede in Unabhängigkeit*, S. 123.

³⁷ Näf, *Anfang und erste Entwicklung*, S. 61.

Lücken und Koordinationsmängel der verschiedenen Bereiche der Gesamtverteidigung aufgezeigt zu haben.³⁸

Vor allem weil die Kommission der Meinung war, dass sie das falsche Gremium für den Entwurf einer eigentlichen strategischen Konzeption sei, begnügte sie sich damit, nur *Grundlagen* für eine spätere Konzeption auszuarbeiten. Durch die – wie es Däniker nannte – „Verweigerung“ des eigentlichen Auftrages betonte die Kommission Schmid den Primat der Politik, weil sie es ablehnte, einen politischen Akt vorwegzunehmen, der ihrer Auffassung nach durch die Behörden vollzogen werden musste.³⁹

Zudem darf bei der Würdigung der Kommissionsarbeit nicht vergessen werden, dass die Studie nicht aus einem Guss sein konnte, weil nicht nur das Problemfeld zu weit und zu komplex war, sondern auch weil die Kommission viel zu heterogen zusammengesetzt war. Das folgende Zitat aus einem Brief von Karl Schmid an Gustav Däniker verdeutlicht diesen Sachverhalt:

„Denn indem man die Kommission zusammensetzte wie es geschah, *wollte* man offenbar einen Text provozieren, der die dialektischen Möglichkeiten darstellen und die Alternativen aufzeigen sollte.“⁴⁰

Es war für die Hauptredaktoren Karl Schmid und Fred Luchsinger ein schwieriges Unterfangen, die Studien der Arbeitsausschüsse zusammenzufassen. Sie mussten sich denn auch für ihre Auffassung wehren, dass das Endresultat entgegen den ursprünglichen Absichten keine fertige strategische Konzeption sein durfte und konnte.

Im Rückblick kann festgehalten werden, dass mit der Arbeit der SSF der Grundstein zu einer umfassend formulierten schweizerischen Sicherheitspolitik gelegt war. Den Schritt zur in sich geschlossenen Konzeption vollzog dann der Bericht 73 über die Sicherheitspolitik der Schweiz.⁴¹ Ohne die hervorragende Arbeit der Kommission Schmid, die fast alle gedanklichen Elemente enthält, wäre dieser nicht denkbar gewesen.⁴² Durch die strategische, integrale Sichtweise wurde der Herausforderung des Nuklearzeitalters begegnet, ohne in Resignation zu verfallen. Zudem wurde auch den zivilen Bereichen der Gesamtverteidigung eine vollwertige Stellung zuerkannt. Damit bezog die Kommission – wie Wildbolz betonte – gegen das Sektorendenken klar Stellung.

³⁸ Köppel, *Auf dem Weg zur Doppelstrategie*, S. 101.

³⁹ Senn, *Friede in Unabhängigkeit*, S. 120.

⁴⁰ Archiv für Zeitgeschichte. Nachlass Schmid. Brief an Däniker, 18. August 1968. S. 2 (Hervorhebung im Original).

⁴¹ Bericht des Bundesrates an die Bundesversammlung über die Sicherheitspolitik der Schweiz (Konzeption der Gesamtverteidigung) vom 27. Juni 1973. In: *BBl* 1973 II S. 112-153.

⁴² Däniker, *Karl Schmid als Soldat und Stratege*, S. 17.

Die Arbeit der Kommission stand stark unter dem Eindruck der durch die Atomwaffe veränderten strategischen Lage. Die Strategiedefinition der Kommission Schmid trug dieser veränderten Lage Rechnung, indem sie die Wichtigkeit nichtmilitärischer Mittel im Atomzeitalter betonte.⁴³

Im Gegensatz dazu stand das militärische Moment dennoch weiterhin im Vordergrund. Dies zeigt sich an der Abgrenzung, die bei der Strategiedefinition vorgenommen wurde: Man ging davon aus, dass ein zum *Machtgebrauch bereites Umfeld* abgehalten werden müsse, weil Macht in verschiedensten Formen ein Mittel zur Erreichung politischer Ziele sei und bleibe. Die Konkretisierung dieser Strategie in Form der Dissuasion, die ihren Extrempunkt im Gedanken des Widerstands im feindbesetzten Gebiet findet, ist definitionsgemäss defensiver Natur. Aus dieser Schwerpunktsetzung, die mit der negativen Einschätzung der Möglichkeiten eines Kleinstaates im internationalen System einherging, folgte zwangsläufig der relativ geringe Stellenwert der Aussenpolitik als Mittel der schweizerischen Sicherheitspolitik.

⁴³ Studienkommission, *Grundlagen*, S. 27.

B. Aktueller Teil

In seiner Grussadresse hat Bundesrat Adolf Ogi zu einer Weiterentwicklung der Sicherheitspolitik und des Wehrauftrages aufgerufen. Dabei hat er drei „Bausteine“ genannt, die bei dieser Weiterentwicklung seiner Meinung nach im Zentrum stehen: Die internationale Zusammenarbeit, die zukünftige Rolle der Neutralität und die Anpassung der Wehrstrukturen. Diese drei Aspekte sollen in diesem aktuell-sicherheitspolitischen Teil behandelt werden. Da diese an der Tagung unterschiedlich vertieft wurden, geht die vorliegende Auswertung verschiedentlich über den Inhalt der Referate und der Diskussionen hinaus. Dies geschieht bewusst, weil es sich um Themen handelt, die in der gegenwärtigen aussen- und sicherheitspolitischen Diskussion von Bedeutung sind.

1. Verändertes Umfeld nach dem Ende des Kalten Krieges⁴⁴

Mit dem Ende des Kalten Krieges hat sich auch das sicherheitspolitische Umfeld der Schweiz strukturell radikal gewandelt. Die Schweiz liegt erstmals seit dem Ende des 15. Jahrhunderts nicht mehr in der Nähe einer potentiellen Front. Sie befindet sich in einer sicherheitspolitischen Binnenlage, inmitten der Europäischen Union (EU).

Überdies zeigt sich das nähere und weitere Umfeld nicht nur freundlich, sondern zu Kooperation und Integration bereit. Europa ist heute an einem weiteren Wendepunkt seiner Geschichte angelangt: Nach dem Europa des Gleichgewichts und jenem der Polarisierung befinden wir uns nun im Europa der Integration, welches das anarchische Selbsthilfeprinzip überwindet. Die EU und die Nato stehen vor einer Erweiterung gegen Osten, die noch vor wenigen Jahren unvorstellbar gewesen wäre. Zudem schickt sich die EU an, am 1. Januar 1999 eine gemeinsame Währung einzuführen, womit deren Bürger erstmals ein konkretes Symbol ihrer Zugehörigkeit zu einer neuen Gemeinschaft in Händen halten werden.⁴⁵

Die Schweiz ist von Staaten umgeben, welche dieselben Werte teilen und die Demokratie und die Rechtsstaatlichkeit achten. Für die Schweiz besteht heute keine existentielle Gefahr, angegriffen zu werden. Was das weitere Umfeld angeht, so ist heute – wie Botschafter Brunner hervorhob – im Hinblick auf die ehemalige Sowjetunion zudem mit einer Vorwarnzeit von 10 Jahren für einen Angriff zu rechnen.

Diese veränderte Lage hat Folgen für die Schweiz: Adressat ihrer Sicherheitspolitik ist heute ein Europa, in dem Krieg für praktisch alle Staaten keine gewinnversprechende Option zur

⁴⁴ Vgl. Gasteyer, Curt. Das internationale Umfeld: Eine aktuelle Beurteilung von Chancen und Risiken. In: Rhinow, *Die schweizerische Sicherheitspolitik*, S. 19-26; Gabriel, Jürg Martin. *Sackgasse Neutralität*. Zürich 1997; Spillmann, Kurt R. Von der bewaffneten Neutralität zur kooperativen Sicherheit. In: *Bulletin zur schweizerischen Sicherheitspolitik* 5. Jg. 1995. S. 2-16.

⁴⁵ Barre, Raymond/Delors, Jacques. Au delà de l'euro. In: *Le Monde*, 2. 10. 1997, S. 14.
Am 1. Jan. 1999 werden u.a. die Umrechnungskurse des Euros unwiderruflich festgesetzt. Zudem beginnt dann die Umstellung des Banken- und Finanzsektors auf den Euro. Spätestens am 1. Jan. 2002 werden Euro-Banknoten und Euro-Münzen im Umlauf gebracht. Spätestens am 1. Juli desselben Jahres werden gemäss Zeitplan der EU die nationalen Währungen ihre Gültigkeit als gesetzliche Zahlungsmittel verlieren.

Erreichung politischer Ziele mehr ist. In einem solchen Szenario, in dem die zum *Machtgebrauch bereite Umwelt* abhanden gekommen ist, wird die Dissuasion wirkungslos⁴⁶ oder stösst – wie es Liener vorsichtiger formulierte – an ihre Grenzen.

Das Statement von Abt zeugte, was die Beurteilung der neuen Lage angeht, von grösserer Skepsis. Einerseits habe sich das strategische Umfeld derart verändert, dass das Risiko eines grösseren Konfliktes kleiner geworden sei. Andererseits sei aber vieles beim alten geblieben, insbesondere seien die zwischenstaatlichen Beziehungen nach wie vor „*rappports de force*.“⁴⁷

Neben diesen strukturellen Änderungen ist die heutige sicherheitspolitische Lage durch neuartige – der Bericht 90 nennt sie „nicht machtpolitisch bedingte“ – Gefahren gekennzeichnet. Als nicht machtpolitisch bedingte Gefahren erwähnt der Bericht gesellschaftliche, wirtschaftliche, demographische und ökologische Entwicklungen sowie natur- und zivilisationsbedingte Katastrophen.⁴⁸ Diese Gefahren zeichnen sich durch eine hohe Komplexität aus und sind oft vielfach miteinander verbunden. Als Beispiele für solche neue Gefahren werden genannt: Migrationsdruck, organisiertes Verbrechen, Proliferation und ökologische Risiken. Diese Gefahren machen vor keiner Grenze halt, vielmehr sehen sich alle europäischen Staaten denselben Gefahren gegenüber.

Aus den *strukturellen* Veränderungen und aus der *Neuartigkeit* der Gefahren ergibt sich, wie von den Referenten verschiedentlich betont wurde, dass sich viele der sicherheitspolitischen Probleme kaum mehr auf nationalstaatlicher Ebene lösen lassen und deshalb der internationalen Kooperation bedürfen. Die Grenzen des klassischen Nationalstaates sind nicht mehr die Grenzen der heute relevanten Sicherheitsräume. Bezüglich der Notwendigkeit einer verstärkten internationalen Kooperation schien, trotz zum Teil unterschiedlicher Einschätzung der aktuellen Lage, eine gewisse Meinungsübereinstimmung seitens der Tagungsteilnehmer vorhanden zu sein.

2. Zwischen Isolation und internationaler Zusammenarbeit

Das Ende des Kalten Krieges macht es der Schweiz immer schwieriger, sich einer aktiveren internationalen Zusammenarbeit zu entziehen. Die Konfrontation hat der Kooperation Platz gemacht, was ein Abseitsstehen der Schweiz immer weniger rechtfertigt. Dem trägt der Bericht 90 zumindest auf der Zielebene Rechnung: Neben den traditionellen Zielsetzungen schweizerischer Sicherheitspolitik (Friede in Freiheit, Wahrung der Handlungsfreiheit, Schutz der Bevölkerung, Behauptung des Staatsgebietes), werden der „Schutz der Lebensgrundla-

⁴⁶ Däniker schreibt hierzu: „Im geostrategischen Umfeld von heute gibt es niemanden mehr, den wir von einem Angriff abhalten müssen, indem wir ihm mit einem übersetzten Eintrittspreis drohen.“ Däniker, Gustav. *Schweizerische Selbstbehauptungsstrategien im Kalten Krieg*. Frauenfeld 1996. S. 375.

Goetschel meint hierzu: „Dissuasion im herkömmlichen Sinn macht gegenüber den geschilderten neuen Bedingungen europäischer Stabilität keinen Sinn.“ Goetschel, Laurent. *Europäische Herausforderung an die Vermittlung der schweizerischen Sicherheitspolitik*. Cahiers de l'IDHEAP 111. Lausanne 1993. S. 9.

⁴⁷ Vgl für eine pessimistische Einschätzung der politischen Entwicklungen in Europa: Bachofner, Hans. *Die Schweiz an der Schwelle zum 21. Jahrhundert*. „Schweizerzeit“ Schriftenreihe Nr. 23. Flaach 1996.

⁴⁸ Schweizerische Sicherheitspolitik im Wandel. Bericht 90 des Bundesrates an die Bundesversammlung über die Sicherheitspolitik der Schweiz vom 1. Oktober 1990. S. 13-19 (Sonderdruck).

gen“ und ein „Beitrag an die internationale Stabilität, vornehmlich in Europa“, als neue sicherheitspolitische Ziele genannt. Insbesondere wurde somit erstmals die ausgreifende Strategiekomponente gleichgewichtig neben die bewahrende, defensive Komponente gestellt.⁴⁹

Seit 1945 und verstärkt seit dem Ende des Kalten Krieges wird es immer schwieriger, diese selbstgewählte Isolierung der Schweiz rational nachzuvollziehen.⁵⁰ Brunner wies auf diese Situation hin, als er ausführte, dass die Schweiz seit dem Zweiten Weltkrieg noch nie so isoliert gewesen sei wie heute, weil sie anders als zu Zeiten des Kalten Krieges nicht auf Unterstützung von aussen zählen könne. Die – zumindest institutionelle – Isolation der Schweiz ist die eine Seite. Die andere ist die aufgrund der zunehmenden internationalen Interdependenz und der Untrennbarkeit von Aussen- und Innenpolitik faktische Abhängigkeit der Schweiz, insbesondere von Entscheiden der EU oder der Uno. Die Schweiz sieht sich hier der Gefahr gegenüber, zum scheinsoveränen, scheinautonomen Nachvollzugsland zu verkommen.⁵¹ Die – von alt Bundesrat Furgler im Zusammenhang mit der KSZE angesprochene – Logik der „Teilnahme zwecks Teilhabe“ ist in der heutigen innenpolitischen Diskussion noch nicht zum Durchbruch gekommen.

⁴⁹ Allerdings gibt es Stimmen, die diesen neuen Aspekt als „aufgesetzt“ empfinden: Goetschel, *Europäische Herausforderung*, S. 9; oder aber der Meinung sind, dass dieser kooperative Dimension faktisch nicht das gleiche Gewicht zukommt wie der defensiven Komponente: Gabriel, Jürg Martin. Die Überwindung der Schweizer Neutralität. In: Ders., *Sackgasse*, S. 159-182, hier S. 172.

⁵⁰ Riklin, Alois. Isolierte Schweiz. In: *Schweizerische Zeitschrift für Politische Wissenschaft*. Vol. 1, Nr. 2-3/1995. S. 11-34, hier S. 22.

⁵¹ Ebd., S. 25.

Bezüglich des internationalen Engagements wiesen verschiedene Referenten auf die Wichtigkeit eines physischen und nicht nur eines finanziellen Beitrags der Schweiz zugunsten der Staatengemeinschaft hin. Hierbei müsse die Schweiz etwas bieten, was auf eine internationale Nachfrage stosse. Hiermit sind die guten Dienste angesprochen. Diese sind heute nicht mehr das alleinige Privileg der Neutralen und werden nicht durch die Tradition, sondern durch das Übereinstimmen von Angebot und Nachfrage bestimmt. Brunner forderte in diesem Zusammenhang einen *physischen* und *sichtbaren* Beitrag der Schweiz, die damit ein Zeichen ihrer Solidarität mit der Welt setzen müsse.

Als solches, nach aussen und innen sichtbares Zeichen, kann die im letzten Jahr übernommene OSZE-Präsidentschaft gesehen werden. Im Rückblick wird diese grundsätzlich positiv beurteilt.⁵² Ob vom Vorsitz der OSZE Impulse für eine engagiertere Aussen- und Sicherheitspolitik ausgehen werden, oder ob dieses Engagement nur ein Strohfeuer war, muss die Zukunft zeigen.

Im militärischen Bereich hat die Schweiz mit dem Einsatz von Gelbmützen in Sarajevo der OSZE wertvolle logistische Unterstützung gewährt. Diese Arbeit wurde von verschiedenen Tagungsteilnehmern als zwar sehr nützlich, aber als zu wenig weitreichend bezeichnet. Diese Meinung blieb nicht unwidersprochen: So wurde verschiedentlich auf die Leistungen der Schweiz, insbesondere des Katastrophenhilfekorps, aufmerksam gemacht. Zum Gelbmützeinsatz meinte Lezzi, dass es auf die Dauer nicht vertretbar sei, ein 400'000 Mann-Heer aufrecht zu halten und gleichzeitig für den Auftrag der Friedensförderung nur 65 Gelbmützen zur Verfügung zu stellen, die nicht einmal als Teil ihrer Armee wahrgenommen würden. Dies könnte aussen- und innenpolitisch der Legitimation der Schweizer Armee abträglich sein.

Die Nachfrage nach logistischer Unterstützung für internationale Einsätze dürfte in Zukunft zunehmen. Hier könnte sich eine Nische für schweizerische Dienstleistungen auftun, die es zu nutzen gilt. Dies setzt aber voraus, dass die Schweiz gewillt ist, nachgefragte Dienstleistungen (namentlich im militärischen Bereich) zu erbringen. Einen originellen Vorschlag bezüglich dem Ausfüllen solcher Nischen machte Brunner. Er regte die Schaffung eines „*Swiss Solidarity Corps*“ an, das im Sinne der Idee des Roten Kreuzes Präsenz an den Brennpunkten der Welt und Solidarität demonstrieren solle.

Bezüglich der Notwendigkeit eines vermehrten internationalen Engagements der Schweiz war an der Tagung ein gewisser Grundkonsens auszumachen. Mit der Befürwortung einer verstärkten internationalen Kooperation ist allerdings die Frage eines *institutionellen* Engagements noch nicht beantwortet.

Woker führte aus, dass die Abneigung der Schweiz, nach dem Zweiten Weltkrieg institutionelle Bindungen einzugehen, ein im internationalen Vergleich völlig singuläres Vorgehen gewesen sei. Ob die Schweiz im Jahre 1945 die Weichen falsch gestellt hat und den aussenpo-

⁵² Siehe hierzu den kürzlich erschienenen Sammelband zur Schweizer OSZE-Präsidentschaft: Goetschel, Laurent (Hrsg.). *Vom Statisten zum Hauptdarsteller: Die Schweiz und ihre OSZE-Präsidentschaft*. Bern-Stuttgart-Wien 1997; vgl. auch: Wenger, Andreas/Breitenmoser, Christoph/Borchert, Heiko. Das schweizerische OSZE-Präsidentschaftsjahr 1996. In: *Bulletin zur schweizerischen Sicherheitspolitik* 6. Jg. 1996/97. S. 4-46.

litischen Spielraum, insbesondere im Hinblick auf einen Uno-Beitritt, nicht zu nutzen wusste, ist zur Zeit Gegenstand eines Historikerstreits⁵³, der hier nicht weiter ausgeführt werden soll.

Trotz der – von verschiedenen Tagungsteilnehmern hervorgehobenen – aktiven Teilnahme der Schweiz im Europarat und beim KSZE/OSZE-Prozess bleibt festzustellen, dass die Schweiz den wichtigsten internationalen Organisationen, die wesentlichen Einfluss auf die Friedenssicherung in Europa haben (Uno, EU, WEU, Nato), nicht angehört und in nächster Zukunft wohl auch nicht angehören wird.⁵⁴

Lezzi betonte, dass es heute nicht mehr darum gehen könne, den Alleingang zu optimieren. Im Vordergrund sollte die bestmögliche Nutzung internationaler *institutioneller* Möglichkeiten zur Wahrung der eigenen Interessen stehen. In ähnlicher Weise äusserte sich auch Brunner, der eine institutionelle Annäherung an die Nato und an die EU zur Diskussion stellte.

Die schweizerische Sicherheitspolitik befindet sich in einer Phase des Umbruchs. Ansätze, einen Beitrag zur internationalen Stabilität zu leisten (fünftes sicherheitspolitisches Ziel), sind vorhanden. Ob sich die Schweiz – wie Schoch meinte – in die europäische Sicherheitsarchitektur *eingliedern* wird, oder ob sie weiterhin in erster Linie auf eine weitgehend schlagkräftige und *autarke* Armee vertrauen wird, ist eine offene Frage, die im politischen Prozess zu beantworten ist. Hierbei geht es natürlich nicht um ein Entweder-oder, sondern um eine *Gewichtung* der autonomen und der multilateral-kooperativen sicherheitspolitischen Anstrengungen. Die offizielle Schweizer Haltung von Bundesrat und Parlament hat sich seit den späten sechziger Jahren in Richtung einer grösseren Bereitschaft zu vermehrter Öffnung und Kooperation doch etwas bewegt.

⁵³ Vgl. für einen Überblick über die verschiedenen Positionen: *Die Schweiz im internationalen System der Nachkriegszeit 1943-1950: Referate des Historiker-Tages 1995*. Hrsg. von der Allgemeinen Geschichtsforschenden Gesellschaft Schweiz (AGGS). Itinera Bd. 18. Basel 1996.

⁵⁴ Hoffmann hält hierzu fest, dass die Schweiz einerseits im Bericht über die Aussenpolitik in den 90er Jahren am Beitrittsziel (Uno, EU) festhält, andererseits dieses aber kein Legislaturziel für die Jahre 1995-1999 sei. Die Frage werde so auf einen späteren Zeitpunkt verschoben, was von einer gewissen Resignation und Ängstlichkeit zeuge, aussenpolitische Probleme ausdiskutieren. Hoffmann, Hansrudolf. Die Schweiz und die Uno. In: Rhinow, *Die schweizerische Sicherheitspolitik*, S. 57-72, hier S. 71.

3. Neudefinition der Neutralität

Die Neutralität und ihre zukünftige Rolle kam in den Vorträgen und Diskussionen verschiedentlich zur Sprache. Sie ist in der aussen- und sicherheitspolitischen Diskussion ein fast allgegenwärtiges Thema. Hierbei lassen sich neutralitätsrechtliche, sicherheitspolitische und innenpolitisch-identitätsstiftende Aspekte auseinanderhalten.⁵⁵

3.1 Neutralitätsrechtliche Aspekte⁵⁶

Neutralität im Sinne des Völkerrechts bedeutet Nichtteilnahme eines Staates an einem Krieg anderer Staaten. Das Neutralitätsrecht regelt die diesbezüglichen Rechte und Pflichten neutraler Staaten.⁵⁷ Demgegenüber werden mit dem Begriff der Neutralitätspolitik all jene Massnahmen bezeichnet, die der Neutrale im Krieg und der dauernd Neutrale bereits im Frieden *ausserhalb* seiner neutralitätsrechtlichen Verpflichtungen ergreift, um die Glaubwürdigkeit seiner Neutralität zu sichern.

Das Neutralitätsrecht stammt aus einer Zeit, als das Völkerrecht noch ganz im Zeichen des Koexistenzrechts und des Gedankens des *jus ad bellum* stand. In diesem System hatte die Neutralität ihren berechtigten Platz und wurde von den europäischen Mächten als nicht unbedeutender Gleichgewichtsfaktor geschätzt. So wurde die Neutralität der Schweiz 1815 anlässlich des Wiener Kongresses als ein im Interesse ganz Europas liegendes Konzept der nationalen Sicherheit bezeichnet.⁵⁸

Diese Situation hat sich – wie verschiedene Referenten andeuteten – gewandelt: Einerseits hat das Völkerrecht eine Entwicklung vom Koexistenz- zum Kooperationsrecht vollzogen.⁵⁹ Was die Frage von Krieg und Frieden angeht, gibt es im Zeichen des allgemeinen Gewaltverbots kein Recht auf Krieg mehr, vielmehr treten im Rechtsverständnis der kollektiven Sicherheit die Vereinten Nationen einem Rechtsbrecher (Aggressor) gegenüber. Andererseits ist auf-

⁵⁵ In Anlehnung an: Thürer, Daniel. Sicherheitspolitik und Neutralität. In: Rhinow, *Die schweizerische Sicherheitspolitik*, S. 121-136.

⁵⁶ Vgl. zum folgenden: Riklin, Alois. Neutralität der Schweiz. In: Ders./Haug/Probst. *Neues Handbuch*, S. 191-209; ders. *Die dauernde Neutralität der Schweiz*. Beiträge und Berichte des Instituts für Politikwissenschaft der Hochschule St. Gallen 221. St. Gallen 1994; Studiengruppe zu Fragen der schweizerischen Neutralität. *Schweizerische Neutralität auf dem Prüfstand – Schweizerische Aussenpolitik zwischen Kontinuität und Wandel*. Bern 1992.

⁵⁷ Die *Pflichten* des Neutralen umfassen Enthaltungs-, Abwehr-, Duldungs- und Unparteilichkeitspflichten. *Rechte* des Neutralen: Erstens sind der Land-, See- und Luftraum des Neutralen unverletzlich. Zweitens kommen dem Neutralen eine Reihe humanitärer Rechte zu (z.B. Asylgewährung an zivile Flüchtlinge und Truppenteile fremder Heere). Drittens ist der Neutrale weder zur wirtschaftlichen Neutralität noch zur Gesinnungsneutralität verpflichtet.

Das allgemeine Neutralitätsrecht wurde an der II. Haager Friedenskonferenz von 1907 in Form des V. Abkommens betreffend die Rechte und Pflichten der neutralen Mächte und Personen im Fall eines Landkrieges (SR 0.515.21) und des XIII. Abkommens betreffend die Rechte und Pflichten der neutralen Mächte im Falle eines Seekrieges (SR 0.515.22) kodifiziert.

⁵⁸ Thürer, *Sicherheitspolitik und Neutralität*, S. 128.

⁵⁹ Vgl. Saxer, Urs W. *Die Zukunft des Nationalstaates*. Schriften zur europäischen Integration 6. Basel 1994. S. 19.

grund dieser veränderten Konstellation die neutralitätspolitische Zurückhaltung nicht mehr gefragt, denn wo der Antagonismus zwischen Ost und West durch Integration und Zusammenarbeit abgelöst wird, büssen auch die herkömmlichen Stabilisierungs-, Vermittlungs- und Friedensfunktionen des Neutralen an Gewicht ein.

Diese Krise⁶⁰ des Neutralitätsrechts bleibt natürlich nicht ohne Auswirkungen auf die Neutralität der Schweiz, denn die völkerrechtliche Begründbarkeit der Neutralität stellt eine grundlegende Bedingung jeglicher Neutralitätspolitik dar. Diese Begründbarkeit ist aber heute in Frage gestellt, weil die Neutralität der politischen Logik einer heute weitgehend versunkenen internationalen Ordnung entspricht.⁶¹

3.2 Sicherheitspolitische Aspekte der Neutralität

Während Jahrhunderten war die Neutralität eine Überlebensstrategie, die der Schweiz ihre Unabhängigkeit garantierte. Sie stand auch nach dem Zweiten Weltkrieg nicht zur Diskussion, bis 1990 eine Neubeurteilung der Neutralität einsetzte. Als Anlass hierfür können drei fast gleichzeitig eintretende Ereignisse genannt werden: Die unerwartete Wende des Projektes des Europäischen Wirtschaftsraumes (EWR), die bald zur Erkenntnis führte, dass der EWR nur ein Übergangsstadium zur vollen Mitgliedschaft werden könnte. Ein EU-Beitritt rückte damit in den Bereich des Möglichen. Hinzu kam das Ende des Ost-West-Gegensatzes, das die strategische Lage völlig auf den Kopf stellte. Schliesslich fasste der Bundesrat am 7. August 1990 den überraschenden Entschluss, an den vom Sicherheitsrat der Uno gegen den Irak verhängten Wirtschaftssanktionen teilzunehmen.⁶²

Unter dem Aspekt der Sicherheitspolitik stellt sich heute die Frage, ob die Neutralität als Mittel noch geeignet ist, einen Beitrag zur Sicherheit der Schweiz zu leisten. Der Bericht 90 reihete die bewaffnete Neutralität denn auch nicht zufällig unter die „offenen Fragen“ ein.⁶³ Bezüglich des Schutzes vor *militärischen* Bedrohungen ist festzustellen, dass nicht erst seit dem Ende des Kalten Krieges eine Verschiebung von internationalen zu nicht-internationalen Konflikten stattgefunden hat. Für letztere ist das Neutralitätsrecht höchstens noch für den Fall von Interventionen Dritter von Bedeutung.

Bewaffnete zwischenstaatliche Konflikte im EU-Raum sind sehr unwahrscheinlich geworden. Selbst im Fall einer militärischen Bedrohung der Schweiz dürfte die Schutzfunktion der Neutralität fraglich sein, da zumindest die indirekten Wirkungen grossräumiger moderner Konflik-

⁶⁰ Manche Politologen und Völkerrechtler sprechen vom Ende oder von der Erosion des Neutralitätsrechts. Siehe z.B.: Barz, Andreas. Das Ende der Neutralität. In: *Aus Politik und Zeitgeschichte* B 47-48/1992. S. 3-11; Torrelli, Maurice. La neutralité en question. In: *Revue Générale de Droit International Public*. Vol. 96, No. 1/1992. S. 5-43.

⁶¹ Vgl. Thürer, Daniel. Neue Sinnstrukturen schaffen. In: *Neue Zürcher Zeitung*, 6. 9. 1997, Nr. 206, S. 68.

⁶² Schindler, Dietrich. Die Relevanz der Neutralität für die künftige Sicherheitspolitik der Schweiz. In: *Strategie: Beiträge zur Sicherheitspolitik, Unternehmensführung und Kommunikation*. Hrsg. von Heller, Daniel et. al. Festgabe für Gustav Däniker. Zürich 2. Aufl. 1993. S. 131-145, hier S. 131.

⁶³ Bericht 90, S. 56 (Sonderdruck).

te kaum an neutralen Staatsgrenzen halt machen.⁶⁴

Bedrohungen von ost- oder aussereuropäischen Konflikten werden demgegenüber vorwiegend *nicht-militärischer* Natur sein.⁶⁵ Gegenüber diesen Gefahren kann die Neutralität keinen Schutz bieten, weil sie auf den klassischen machtpolitisch-militärischen Konflikt zugeschnitten ist. Dieser wird aber immer seltener; die Grenze zwischen Krieg und Frieden ist verwischt.

An der Tagung wurde verschiedentlich darauf hingewiesen, dass die Schweiz aufgrund der waffentechnischen Entwicklung an die Grenzen ihrer autonomen Verteidigungsfähigkeit stösst. Eine allfällige Bedrohung durch Distanzwaffen würde Raketenabwehrsysteme und/oder Satellitenaufklärung nötig machen. Beides würde die nationalen Mittel aber bei weitem übersteigen. Diese allfälligen Bedrohungen würden eine Kooperation mit dem Ausland bedingen.⁶⁶

Es bleibt festzuhalten, dass die Neutralität als Sicherheitsstrategie zweifellos an Stellenwert eingebüsst hat. Die traditionelle Formel „Sicherheit durch Neutralität“, die bis in die Zeiten des Kalten Krieges im Vordergrund stand, muss heute vermehrt durch die Formel „Sicherheit durch Kooperation“ ersetzt werden, denn „die Neutralität soll die Sicherheit des Landes fördern, nicht die Verteidigungsfähigkeit schmälern.“⁶⁷ In diesem Zusammenhang wiesen mehrere Referenten auf die Grenzen schweizerischer Neutralitätspolitik und auf die Notwendigkeit einer verstärkten Kooperation hin. Es ist eine Gewichtsverschiebung festzustellen, indem den Elementen einer offensiveren Aussenpolitik mehr Bedeutung verliehen wird. Schindler hat das Problem „Neutralität und Sicherheit“ treffend formuliert:

„Die verbreitete Meinung, Neutralität sei für die Sicherheit notwendig, solange es irgendwo in Europa oder in der Welt Kriege gebe, beruht auf einem gefährlichen Irrtum. Die Neutralität ist sinnvoll, wenn es darum geht, sich aus dem Kräftefeld rivalisierender Mächte herauszuhalten. Sie hat jedoch keine Rechtfertigung, ja kann der Sicherheit abträglich sein, wenn Gefahren abgewehrt werden müssen, die – oft mit anderen als militärischen Mitteln – die Ordnung und die Sicherheit ganz Europas oder eines grossen Teils desselben bedrohen.“⁶⁸

Somit hat die Neutralität also nicht nur als sicherheitspolitische Strategie an Bedeutung eingebüsst, sondern die internationale Funktion der Neutralität ist angesichts der veränderten internationalen Konstellation auch nicht mehr gefragt wie in vergangenen Zeiten.

3.3 Neutralität zwischen Mythos und Mittel zum Zweck

Die Neutralität hat, wie oben dargelegt, als sicherheitspolitisches Instrument an Bedeutung

⁶⁴ Riklin, *Die dauernde Neutralität der Schweiz*, S. 40.

⁶⁵ Schindler, *Die Relevanz der Neutralität*, S. 138.

⁶⁶ Bericht über die Aussenpolitik der Schweiz in den 90er Jahren. Anhang: Bericht zur Neutralität vom 29. November 1993. S. 71 (Sonderdruck).

⁶⁷ Ebd., S. 71 und 72. Die Studiengruppe zu Fragen der schweizerischen Neutralität formulierte dies noch direkter, indem sie festhielt, dass „das relevante Kriterium für den Entscheid über Beibehaltung oder Aufgabe der Neutralität der Sicherheitsgewinn sein [müsse].“ Studiengruppe, *Schweizerische Neutralität*, S. 17.

⁶⁸ Schindler, *Die Relevanz der Neutralität*, S. 138.

eingebüsst. Dies gilt aber nicht für den innenpolitischen Bereich: Hier haben sich die Voraussetzungen – wie Liener zu bedenken gab – nicht in gleicher Masse wie die aussenpolitischen gewandelt. So hat die schweizerische Neutralität in den Augen der Durchschnittsbevölkerung in den letzten Jahren nur wenig an Attraktivität eingebüsst. 1997 sind rund 80 Prozent der Befragten der Meinung, dass die Neutralität beibehalten werden sollte (1996: 81 Prozent).⁶⁹ Dabei spielen traditionelle und identifikatorische Gesichtspunkte offensichtlich eine grössere Rolle als instrumentelle Nutzenüberlegungen. Für die Bevölkerungsmehrheit ist die Neutralität eine *Maxime mit Zielcharakter*, an der auch dann festgehalten werden soll, wenn deren Funktionalität sich im Zuge der internationalen Entwicklung zu entwerten scheint. Allerdings wird sie heute „flexi-bler“ interpretiert als in der Vergangenheit.

Die Neutralität ist für weite Kreise eng mit dem Selbstverständnis des Landes verknüpft und wurde zu einem Bestandteil der nationalen Identität emporstilisiert. Die Neutralität ist so zum Mythos und zum Garant trotziger Selbstbehauptung geworden. Dieser Neutralitätsmythos ist in seiner absoluten Form jüngerer Datums. Er entstand als Abwehrreflex kurz vor dem Zweiten Weltkrieg und wurde – wie es Luchsinger formulierte – mit der Selbstverständlichkeit einer „patentierten Tradition“ praktisch nahtlos in die Nachkriegszeit übernommen.

„Im Blick zurück auf die Geschichte glaubten die Schweizer zu sehen, wie ihr Land schon immer durch die Neutralität vor den Konflikten der grösseren und mächtigeren Nachbarn gerettet worden war. Also bestand auch nach dem Ende des Zweiten Weltkriegs kein Grund, dieses Konzept zu ändern.“⁷⁰

Ihren Anteil an dieser Entwicklung hatten dabei auch die oftmals fälschlicherweise als offizielle Schweizer Konzeption der Neutralität bezeichneten, restriktiven Leitsätze des Eidgenössischen Politischen Departements von 1954⁷¹, welche die Mitgliedschaft in einer nichtuniversellen politischen Gemeinschaft oder in einer Zoll- und Wirtschaftsunion als neutralitätswidrig qualifizierten. Der Mythos der Neutralität ist nicht von unten nach oben, sondern von oben nach unten gewachsen.⁷²

Wie Schoch betonte, ist die rein dienende Funktion der Neutralität aber eine historische Tatsache. Die Neutralität ist schon von den Gründervätern von 1848 als ein flexibel gehandhabtes *Mittel* zur Erreichung zentraler Ziele verstanden worden, das bei Bedarf abgeändert oder fallengelassen werden müsse. Dies sei im Bericht Schmid nicht so zum Ausdruck gekommen. Däniker schrieb zu diesem Punkt:

„Für ihre Mitglieder [der SSF] war diese Neutralität eben das durchaus Bekannte, Unangefochtene und Bestimmende.“⁷³

In dieses Bild passt gemäss Schoch auch die Tatsache, dass der Bericht Schmid es nicht für nötig erachtete, die Neutralität zu definieren. Zudem wurde die Neutralität auf die Zielebene

⁶⁹ Haltiner, Karl W./Bertossa, Luca/Spillmann, Kurt R. *Sicherheit '97*. Zürcher Beiträge zur Sicherheitspolitik und Konfliktforschung Nr. 42. Zürich 1997. S. 14 und 32.

⁷⁰ Spillmann, *Von der bewaffneten Neutralität*, S. 7.

⁷¹ Die Leitsätze des Politischen Departements sind abgedruckt in: Schindler, Dietrich. *Dokumente zur schweizerischen Neutralität seit 1945*. Bern-Stuttgart 1984. S. 15-19.

⁷² Riklin, *Isolierte Schweiz*, S. 31.

⁷³ Däniker, *Schweizerische Selbstbehauptungsstrategien*, S. 140.

gehievt. Zusammen mit der Unabhängigkeit wurde deren Erhaltung zur Aufgabe der Sicherheitspolitik erklärt. Die Bedeutung der Neutralität wurde auf diese Weise überhöht und zu einem grundlegenden Wesenszug schweizerischer Eigenart stilisiert. Aus dem Instrument „Neutralität“ wurde ein eigenständiges Ziel schweizerischer Aussenpolitik, was deren Spielraum stark einschränkte.⁷⁴

Vordringliche Aufgabe der Politik dürfte es wohl sein, den instrumentellen Charakter der Neutralität, der unseren Verfassungsvätern selbstverständlich war, der breiten Bevölkerung wieder bewusst zu machen. Ohne einen Bewusstseinswandel droht – wie dies verschiedentlich bemerkt wurde – die Gefahr der Blockierung der Aussen- und Sicherheitspolitik durch die Innenpolitik. Arbenz konstatierte in diesem Zusammenhang eine gewisse Verhärtung der Diskussion, einen Hang zu Isolationismus und ein „fundamentalistisches“ Neutralitätsverständnis in Teilen der Bevölkerung. Gelingt die Versachlichung der innenpolitischen Diskussion nicht, könnte sich die Neutralität, einst ein Faktor mit starker Integrationswirkung, in einen *Desintegrationsfaktor* verwandeln, indem die einen in der Neutralität ein unverzichtbares, sinnstiftendes Element schweizerischer Eigenart erblicken, andere diese aber umgekehrt als Ausdruck überkommener, realitätsfremder Isolation empfinden.⁷⁵

Parallel zum Konsens über die zu verstärkende internationale Kooperation der Schweiz, war in den meisten Voten auch bezüglich dem veränderten Stellenwert der Neutralität ein grundsätzliches Einverständnis festzustellen. Es bestand Einigkeit, dass die Neutralität nicht zur Isolation führen dürfe und dass sie an die veränderten internationalen Rahmenbedingungen anzupassen sei.

4. Anpassung der Wehrstrukturen

Die Wehrstrukturen und die Milizarmee kamen an der Tagung mehrmals zur Sprache, allerdings ohne in eine grundsätzliche Diskussion über das Für und Wider des Milizprinzips zu münden. Verschiedentlich wurde ausgeführt, dass sich die Armee den gewandelten Verhältnissen anpassen müsse, um den Herausforderungen der Zukunft gewachsen zu sein. Neben einer kurzen Darstellung des festzustellenden europäischen Trends Richtung Berufsarmee sollen an dieser Stelle kurz die Hauptlinien der derzeitigen Diskussion über die Schweizer Milizarmee nachgezeichnet werden.

4.1 Europäischer Trend zur Berufsarmee

Das Milizprinzip ist neben der direkten Demokratie, der Neutralität und dem Föderalismus eine schweizerische Eigenart. In den letzten Jahren ist jedoch eine intensiviertere Diskussion

⁷⁴ Die Neutralität war kürzlich bei der derzeitigen Verfassungsdiskussion ein Thema als die Verfassungskommission des Nationalrates es ablehnte, die Neutralität als Ziel der schweizerischen Aussenpolitik in der Bundesverfassung zu verankern. *Neue Zürcher Zeitung*, 18. 9. 1997, Nr. 216, S. 14.

⁷⁵ Vgl. Kux, Stephan. Gründe und Scheingründe für die Neutralität der Schweiz. In: Ders. (Hrsg.). *Zukunft Neutralität? Die schweizerische Aussen- und Sicherheitspolitik im Umbruch*. Bern-Stuttgart-Wien 1994. S. 61-86, hier S. 65.

über die Zukunft der Milizarmee festzustellen.⁷⁶ Diese sieht sich einer stetig grösser werdenden Kritik gegenüber. So steigt die Zustimmung zu einer Berufsarmee seit einigen Jahren tendenziell. 1997 sprachen sich 36 Prozent der Befragten für eine Berufsarmee aus (54 Prozent waren für die Beibehaltung der Milizarmee). Bei der Altersgruppe der 18-29-jährigen war sogar eine relative Mehrheit von Befürwortern einer Berufsarmee festzustellen (48 Prozent gegenüber 43 Prozent für die Miliz).⁷⁷

Diese Entwicklung ist vor dem Hintergrund zu sehen, dass sich immer mehr Länder in Europa vom Wehrpflichtmodell verabschieden und zu Freiwilligenarmeen übergehen. Frankreich, das Ursprungsland der *levée en masse*, hat die Abschaffung der Wehrpflicht beschlossen.⁷⁸ Vier weitere Länder sind schon früher dem angelsächsischen Vorbild gefolgt und haben die Aufhebung der Wehrpflicht vollzogen (Belgien, Niederlande) oder de facto beschlossen (Portugal, Spanien).⁷⁹

Die Zeit der infanteristisch geprägten Massenheere scheint in Europa ihrem Ende entgegenzugehen, weil die veränderte Bedrohungslage die territoriale Verteidigung durch Massenheere in den Hintergrund treten lässt. Die heutigen Konfliktszenarien verlangen nach flexibleren, kleineren und mobileren Streitkräften, die im Zusammenspiel mit diplomatischen Bemühungen Konflikte an Ort und Stelle unter Kontrolle zu bringen versuchen. All dies bedeutet zwar nicht eine automatische Abkehr vom Milizprinzip, aber es ist unverkennbar, dass eine Verkleinerung der Militärapparate in Europa im Gange ist und dass diese überwiegend durch den Abbau von Wehrpflichtigen geschieht.⁸⁰

4.2 *Milizarmee unter Druck*

Die allgemeine Wehrpflicht – und damit das Milizprinzip – gerät aus verschiedenen Gründen unter Druck. Neben der erwähnten veränderten Bedrohungslage und dem europäischen Trend zur Berufsarmee stehen gesellschaftspolitische, ökonomische und militärische Argumente im Vordergrund der Diskussion.⁸¹

⁷⁶ Neben den beiden Berichten der Arbeitsgruppe Sicherheitspolitik (Gruppe Schoch) von 1994 und 1996 sowie den darauffolgenden Reaktionen sei hier auf die von Bundesrat Ogi geäusserten Überlegungen betreffend einer Teilprofessionalisierung für internationale Einsätze verwiesen. *Neue Zürcher Zeitung*, 19. 8. 1997, Nr. 190, S. 12.

⁷⁷ Haltiner/Bertossa/Spillmann, *Sicherheit '97*, S. 58f.

⁷⁸ Am 21. Oktober 1997 wurde das Gesetz zur Armee reform von der Nationalversammlung Frankreichs verabschiedet. Dieses Gesetz sieht die Schaffung einer Berufsarmee bis zum Jahr 2002 vor. Die Wehrpflicht wird abgeschafft, alle junge Franzosen sollen aber gemustert werden. *Neue Zürcher Zeitung*, 22. 10. 1997, Nr. 245, S. 1.

⁷⁹ Vgl. Haltiner, Karl W. Europas Wehrsysteme im Umbruch. In: *Neue Zürcher Zeitung*, 26. 8. 1997, Nr. 196, S. 13.

⁸⁰ Ebd., S. 13.

⁸¹ Vgl. für einen Überblick über die aktuelle Diskussion: Mantovani, Mauro. Milizarmee oder Freiwilligenarmee? Vor dem Wendepunkt der öffentlichen Diskussion. In: *Bulletin zur schweizerischen Sicherheitspolitik* 6. Jg. 1996/97. S. 47-68; Privatwirtschaft und Milizkarriere. Beilage zur AMSZ 10/1997; Miliz in der Schweiz. *SAMS-Informationen* (17. Jg.) 1-2/1993; Brunner, Dominique et. al. *Armee 95 – Chance für die Milizarmee?* Zürich 1994.

Auf der *gesellschaftspolitischen* Ebene wird als eines der Hauptargumente für die Milizarmee angeführt, dass diese tief im Volksbewusstsein verwurzelt sei, das politische und gesellschaftliche Leben durchziehe und deshalb ein wichtiges Element der nationalen Kohäsion darstelle. Oder in den Worten Otts:

„Der innere Zusammenhalt zwischen den verschiedenen Gesellschafts- und Sprachgruppen in der Schweiz wird fast nur noch durch die Armee bewusst und unbewusst gefördert.“⁸²

Die integrative Wirkung der Armee betonte – wie Feldmann und Eichenberger bemerkten – auch die Kommission Schmid, indem sie in ihrem Bericht ausführte:

„Ein wichtiges Element des nationalen Zusammenhalts ist sodann die *Armee*. [...] Die bindende Kraft der Armee liegt vor allem im *Milizsystem*, das auf der Wehrpflicht aller tauglichen männlichen Bürger beruht. Sollte aus ökonomischen oder militärischen Gründen eine Professionalisierung oder eine drastische Verkleinerung der Armee zur Diskussion gestellt werden, dann wird man diesen geistig-psychologischen Faktor mit seinem ganzen Gewicht in Rechnung stellen müssen.“⁸³

Die Armee ist gemäss dieser Sicht nicht nur eine Organisationsform, sondern eine öffentliche Sache (*res publica*), welche die Gemeinschaft als Ganzes betrifft. Eine Berufsarmee würde demgegenüber nicht in die politische Tradition der Schweiz passen und die staatliche Identität und damit die weitere Zukunft der Schweiz in Frage stellen.⁸⁴

Während die Integrationsfähigkeit der Milizarmee zu Zeiten Karl Schmidts noch bejaht werden konnte, ist es heute – wie Eichenberger bemerkte – fraglich, ob die Armee diese Funktion noch wahrzunehmen vermag. Die Gründe hierfür sind im veränderten gesellschaftspolitischen Umfeld zu suchen. Die gesellschaftlichen und ökonomischen Entwicklungen, die auch in anderen pluralistischen Gesellschaften zu beobachten sind, gehen weder an der Schweiz noch an ihrer
Miliz-
armee spurlos vorbei.

Ohne die Integrationswirkung der Milizarmee unterschätzen zu wollen, dürfte die Reichweite derselben in einer sich immer weiter ausdifferenzierenden *Zivilgesellschaft* im Abnehmen begriffen sein.⁸⁵ Der vielzitierte Wertewandel und die Individualisierung der Gesellschaft erodiert die Bereitschaft, sich für die Gemeinschaft zu engagieren. Gerade das Milizprinzip ist aber auf ein gewisses Mass an Opferbereitschaft der Bürger angewiesen. Liener hat in diesem Zusammenhang bemerkt, dass es fraglich sei, ob die Gesellschaft überhaupt noch *milizwillig* und *-fähig* sei. Unter diesen Prämissen scheint es zumindest problematisch, den Zusammenhalt der „Willensnation Schweiz“ ausgerechnet durch ein militärisches Element garantieren zu wollen.⁸⁶

⁸² Ott, Charles. Credo für die Miliz. In: Brunner, *Armee 95*, S. 178-182, hier S. 180.

⁸³ Studienkommission, *Grundlagen*, S. 45 (Hervorhebungen im Original).

⁸⁴ Vgl. Stahel, Albert A. Zukunft der Wehrhaftigkeit und der Milizarmee in der Schweiz. In: Brunner, *Armee 95*, S. 183-185, hier S. 184.

⁸⁵ Haltiner stellt hierzu fest: „Im Zuge der Globalisierung und des Wertewandels haben traditionell der Wehrpflicht zugeschriebene Funktionen, nämlich nationale Identität zu stiften und beim Bürger ein Gefühl der demokratischen Mitverantwortung für die Erhaltung des Kollektivs zu wecken, erheblich an Bedeutung eingebüsst.“ Haltiner, Karl W. Miliz – das zeitlos ideale Wehrmodell? In: *Neue Zürcher Zeitung*, 23. 5. 1996, Nr. 118, S. 15.

⁸⁶ Bezüglich der Integrationswirkung bemerken Kritiker, dass die Armee diese durch *Zwang* entfalte. Eine

Zu den *ökonomischen* Argumenten:⁸⁷ Im Armeeleitbild 95 heisst es zu den Kosten einer Miliz- im Vergleich zu einer Berufsarmee lediglich:

„Eine Milizarmee ist überdies weitaus kostengünstiger als eine vergleichbare Berufsarmee.“⁸⁸

Diese Aussage bleibt in der Diskussion über die Milizarmee nicht unwidersprochen. Denn diese Argumentation berücksichtigt nur die im Militärbudget ausgewiesenen Kosten, die jedoch nicht den wahren, den volkswirtschaftlichen Kosten der Armee entsprechen. Diese sind bedeutend höher, da der Staat die Arbeit der Wehrpflichtigen nicht marktgerecht entlohnen muss. Die Kosten der Armee werden auf diese Weise teilweise externalisiert. Aufgrund dieser Tatsache wird aus ökonomischer Sicht argumentiert, dass das Freiwilligenmodell den Vorteil hat, Kostentransparenz zu schaffen. Somit werde der Verteidigungsbereich als Element staatlichen Handelns einer demokratischen Kontrolle zugänglich gemacht.⁸⁹

Weiter wird von Kritikern argumentiert, dass das Freiwilligenmodell dem Wehrpflichtmodell an allokativer Effizienz der Einsatzfaktoren überlegen ist.⁹⁰ Zudem entspreche eine Professionalisierung einer sozioökonomischen Entwicklungslogik hochindustrialisierter Gesellschaften mit einem hohen Grad an funktionaler Arbeitsteilung.⁹¹

Die Kostenfrage ist die eine Seite der ökonomischen Dimension. Die andere betrifft den zunehmenden Druck, unter den die Milizarmee von Seiten der Wirtschaft gerät. Die Befürworter des Milizprinzips argumentieren hierbei, dass die militärische Führungserfahrung auch im Beruf und somit auch für den Arbeitgeber von Nutzen sei.⁹² Dem unbestreitbaren Nutzen von Führungserfahrung steht allerdings die Tatsache gegenüber, dass die Armee mit einem zunehmenden Kadernachwuchsproblem konfrontiert ist. Die Bereitschaft der Wirtschaft, die Offizierskarrieren ihrer Mitarbeiter zu fördern, scheint rückläufig zu sein. Im gleichen Masse nimmt auch das Interesse qualifizierter Bewerber an einer militärischen Karriere ab. Als Folge hiervon entsteht die Gefahr, dass sich die Kaderqualität nach unten nivelliert, weil die Armee nicht mehr in der Lage ist, qualifizierte Bewerber für sich zu gewinnen, was wiederum

freiwillige Integration würde demgegenüber eine ungleich höhere Qualität aufweisen. Die Integrationswirkung erstreckt sich gemäss dieser Meinung auf nur wenige Prozent der Schweizer. Ausländer, die allermeisten Frauen, Männer die keinen Militärdienst leisten und unfreiwillig Militärdienstleistende würden durch die Armee nicht in das Staatswesen integriert. Es würden somit nur diejenigen über die Armee in das Staatswesen integriert, die sich ohnehin als Träger des Systems verstünden. Vgl. Mantovani, *Milizarmee*, S. 52.

⁸⁷ Vgl. für eine fundierte ökonomische Analyse der Wehrmodelle den Sammelband von: Schleicher, Michael/Straubhaar, Thomas. *Wehrpflicht oder Berufsarmee?* Bern-Stuttgart-Wien 1996.

⁸⁸ Bericht des Bundesrates an die Bundesversammlung über die Konzeption der Armee in den neunziger Jahren (Armeeleitbild 95) vom 27. Januar 1992. S. 53 (Sonderdruck).

⁸⁹ Schleicher, Michael. Die ökonomischen Lasten der Wehrpflicht. In: Schleicher/Straubhaar, *Wehrpflicht oder Berufsarmee?* S. 23-40, hier S. 38.

⁹⁰ Dies ist darum der Fall, weil durch den Wegfall der künstlichen Verbilligung des Faktors „Arbeit“ ein Anreiz besteht, diesen Faktor effizient einzusetzen. Dies würde zu einer Substitution von „Arbeit“ durch „Kapital“ (z.B. moderne Waffensysteme) führen und eine ökonomisch optimale Allokation dieser Faktoren ermöglichen.

⁹¹ Haltiner, *Miliz*, S. 15.

⁹² Vgl. Brunner, Dominique. Hat die Milizarmee eine Zukunft? In: *Neue Zürcher Zeitung*, 10. 1. 1996, Nr. 7, S. 15; Ott, *Credo für die Miliz*, S. 179.

den Anreiz zum „Weitermachen“ schmälert. Das gesellschaftliche Prestige der Miliz wird auf diese Weise erodiert, so dass die Kadernachwuchsfrage zur Gretchenfrage der Überlebensfähigkeit der Miliz wird.⁹³

Bei der *militärischen* Dimension geht es in erster Linie um die Frage, ob die Armee ihren Aufgaben gewachsen ist. Dabei stehen die spezifisch militärischen Aufgaben (Verteidigung, Friedenssicherung) im Vordergrund. Der Einsatz hochkomplexer Waffensysteme verlangt ein hohes Mass an Professionalität. Die Anforderungen an die Truppe und insbesondere an die Kader sind dadurch gestiegen. Darum stellt sich die Frage, ob Miliztruppen und Milizkader bezüglich Fachkompetenz mit Berufssoldaten noch mithalten vermögen. Der hohe Grad der Verfügbarkeit sowie die Aus- und Weiterbildung, die sich dadurch kennzeichnet, dass der technische Standard kontinuierlich und flexibel verbessert werden kann, spricht für eine Berufsarmee.⁹⁴ Dem steht die These gegenüber, dass einerseits die heutigen Waffensysteme bedienungsfreundlicher seien und dass andererseits angesichts der vielen „*low intensity*“-Konflikte heute einfachere Systeme gefragt seien.⁹⁵ Die tatsächlich feststellbare Professionalisierung der Schlüsselpositionen in den Bereichen Kampfflugzeuge, Übermittlung, Fliegerabwehr oder Überwachung spricht hierbei für sich.⁹⁶

Für den Auftrag der Friedensförderung durch Einsätze im Ausland dürfte im weiteren wohl nur ein Freiwilligenmodell in Frage kommen. Erstens ist es kaum denkbar, Armeeangehörige für einen Auslandeinsatz zwangsweise zu verpflichten. Zweitens spricht auch das Erfordernis, auf eine internationale Anfrage rasch reagieren zu können, für eine Berufsformation oder ein Modell mit Zeitsoldaten, da diese rasch verfügbar sind. Drittens muss auch die begrenzte Einsatztauglichkeit von Milizsoldaten und -kadern bei internationalen Operationen berücksichtigt werden.

⁹³ Haltiner, *Miliz*, S. 15. Die Armee ist sich dieses Problems bewusst und versucht unter anderem mit einer Art „Goodwilltour“ bei der Wirtschaft Verständnis für die Kaderprobleme zu wecken. Siehe: *Neue Zürcher Zeitung*, 5. 9. 1997, Nr. 205, S. 17.

⁹⁴ Mantovani, *Milizarmee*, S. 59.

⁹⁵ Ott, Charles. Fata Morgana einer Berufsarmee. In: *ASMZ* 4/1996. S. 3.

⁹⁶ Liener, Arthur. Ist eine moderne Armee noch miliztauglich? In: *SAMS-Informationen* (17. Jg.) 1-2/1993. S. 45-50, hier S. 50.

4.3 Zukunft der Milizarmee

Das Milizprinzip gerät durch die geschilderten gesellschaftspolitischen, ökonomischen und militärischen Entwicklungen unter Druck. Trotzdem steht die Abschaffung des heutigen Wehrpflichtmodells zur Zeit kaum zur Debatte. Allerdings dürfte die Armee weitere Professionalisierungsschritte erfahren. Dabei ist zu beachten, dass die Schweizer Armee schon heute kein reines Milizheer mehr darstellt. Allein in den letzten Jahren ist die Gesamtzahl des professionellen Armeepersonals von wenigen Tausend auf 15'000 gestiegen (Instruktoren, Festungswächter, Piloten, Militärbetriebsangehörige).⁹⁷ Dies macht deutlich, dass zwischen einem reinen (gezwungenen) Miliz- und einem reinen Berufsheer Mischformen denkbar sind. Die Zukunft wird sehr wahrscheinlich in einem solchen Mischmodell liegen, wobei die Gewichtung der Elemente im politischen Prozess entschieden werden muss.⁹⁸

Damit dieser politische Prozess in Gang kommt, ist eine – von Däniker in seinem Vortrag erwähnte – schon von Karl Schmid geforderte Entmythologisierung der Armee notwendig.⁹⁹ Die Infragestellung des Milizprinzips darf dabei – wie an der Tagung gefordert – kein Tabu sein. Die Armee ist nicht Zweck, sondern lediglich Mittel zum Zweck. Die Hinterfragung des Milizprinzips ist deshalb auch kein Angriff auf die schweizerische Identität.

Die Armee muss sich – wie auch an der Tagung erwähnt wurde – in einer pluralistischen, der direkten Demokratie verpflichteten Gesellschaft legitimieren. Dies wird ihr um so leichter fallen, je mehr sie eine Antwort auf die tatsächlichen Bedrohungen liefert. Auf die Dauer lässt sich die Armee nicht mit fiktiven Risiken begründen, sie muss sich an veränderte Bedingungen anpassen. Tut die Armee dies nicht, kann das in der direkten Demokratie ihre Existenz kosten.¹⁰⁰ Letztlich hängt das Milizsystem nämlich von der Bereitschaft der Gesellschaft ab, dessen Kosten zu tragen.

⁹⁷ Haltiner, Karl W. Nicht die Professionalisierung, die Milizfähigkeit ist das Problem! In: *Aog-Mitteilungen* 2/1996. S. 13-19, hier S. 14.

⁹⁸ Bezüglich der Diskussion um die Armee sei auf die von der SPS am 26. März 1997 eingereichte Umverteilungssinitiative, die u. a. die Halbierung der Kredite für die Landesverteidigung beabsichtigt sowie auf die von Gruppe für eine Schweiz ohne Armee (GSoA) am 23. 11. 1997 beschlossene Lancierung von zwei neuen Initiativen („Sicherheit statt Verteidigung: Für eine Schweiz ohne Armee verwiesen“ und „Solidarität schafft Sicherheit: Für einen freiwilligen zivilen Friedensdienst“) verwiesen.

⁹⁹ Archiv für Zeitgeschichte. Nachlass Schmid. Vortrag vom 16. Jan. 1970 „Das strategische Konzept der Gesamtverteidigung“. S. 15.

¹⁰⁰ Vgl. Villiger, Kaspar. Rede anlässlich des Armeerapports vom 2. 12. 1994 in Olten. S. 4.

In der ganzen Diskussion über Vor- und Nachteile der verschiedenen Wehrformen ist nicht zu vergessen, dass der eigentliche Ausgangspunkt der Diskussion in der Gesamtausrichtung der schweizerischen Aussen- und Sicherheitspolitik zu suchen ist. Daraus leitet sich der Auftrag und die darauf abgestimmte Struktur der Armee ab. Erst aufgrund dieser kann hernach das entsprechende Wehrmodell bestimmt werden.

5. Schlussbetrachtung

Die Referate und Diskussionen der Tagung beleuchteten historische und aktuelle Aspekte der schweizerischen Aussen- und Sicherheitspolitik. Sie deckten damit einen Zeitraum von gut 30 Jahren ab, in dem grosse Veränderungen und Umwälzungen stattgefunden haben.

Eine Umwälzung war auch Ausgangspunkt der Arbeit der Kommission Schmid. Diese hatte sich der strategischen Problematik der Atombombe zu stellen und eine Antwort auf den von ihr abgeleiteten Bedrohungsschock zu geben. Die Kommission nahm die Herausforderung an und meisterte sie, indem sie die Grundlagen zu einer umfassenden schweizerischen Sicherheitspolitik legte. Die Kommission Schmid beschäftigte sich auch mit dem europäischen Zusammenschluss, mit der Uno und ganz allgemein mit den Problemen der internationalen Interdependenz und ihren Auswirkungen auf unser Land. Diese Themen waren aber damals von peripherer Bedeutung. Sie standen klar im Schatten des Kalten Krieges und wurden als sekundär befunden.

Heute steht die Schweiz ebenfalls vor einer Herausforderung, die der Bewältigung harret: Es geht darum, unser Verhältnis zur Welt und zu Europa zu definieren. Diese Thematik ist heute – anders als zur Zeit der Kommission Schmid – zentral. Im Unterschied zu früher, kann die Schweiz auch nicht oder nur beschränkt auf bewährte Konzepte ihrer Aussen- und Sicherheitspolitik zurückgreifen. Insbesondere das über Jahrzehnte bewährte Konzept der Neutralitätspolitik, auf das die Kommission Schmid bei der Frage der internationalen Kooperation verweisen konnte, greift heute eindeutig zu kurz.¹⁰¹

Die Schweiz muss sich, wie damals die Kommission Schmid, den Herausforderungen stellen. Sie darf sich nicht scheuen, neue Wege zu beschreiten, die durch die Veränderungen in unserem Umfeld unausweichlich geworden sind. Die Umwälzungen, die in den letzten Jahren stattgefunden haben, lassen dabei tiefgreifendere Änderungen der schweizerischen Aussen- und Sicherheitspolitik dringlicher erscheinen, als dies zu Zeiten Karl Schmid der Fall war. Dass solche Änderungen unabdingbar sind, wurde an der Tagung im Grundsatz nicht bezweifelt. Es herrschte ein weitgehender Konsens über die Stossrichtung, welche die schweizerische Aussen- und Sicherheitspolitik einzuschlagen hat. Diese Übereinstimmung erstreckte sich über alle drei von Bundesrat Ogi in seinen Einführungsworten angesprochenen Grundsatzfragen: Sowohl die Notwendigkeit eines verstärkten internationalen Engagements

¹⁰¹ Gasteyer hat zur Neutralität kürzlich bemerkt, dass diese „dort zur Belastung [wird], wo sie Land und Regierung den Vorwand bietet, bei entscheidenden Wegmarken internationaler Politik im Abseits zu verharrern und sogar, was noch schwerer wiegt, sich vom Nachdenken über aussenpolitische Optionen zu dispensieren.“ Gasteyer, Curt. Schweizerische Aussenpolitik auf dem Prüfstand. In: *Neue Zürcher Zeitung*, 3. 9. 1997, Nr. 203, S. 17.

der Schweiz wie auch die Verminderung des Stellenwertes der Neutralität und die Notwendigkeit der Anpassung der Wehrstrukturen wurden grundsätzlich anerkannt.

Probleme ergeben sich aber in der Umsetzung dieser mit dem Bericht 90 eingeleiteten Neuausrichtung der Schweizer Aussen- und Sicherheitspolitik. Hier wurden an der Tagung sowohl innen- als auch aussenpolitische Schwierigkeiten und Defizite geortet.

Ein erstes Defizit wurde im Bereich der Führung ausgemacht, indem verschiedentlich auf die Führungsprobleme des schweizerischen Regierungssystems hingewiesen wurde, die durch die Krise, in der sich die Schweiz im Zusammenhang mit ihrer Rolle während des Zweiten Weltkrieges befindet, offen zutage getreten sind. Das Unvermögen der Regierung, auf die Krisenlage angemessen zu reagieren, vermittelt den Eindruck von Führungsschwäche und verstärkt die Orientierungslosigkeit, in der sich die Schweiz seit einiger Zeit befindet.

Neben strukturellen Schwächen des schweizerischen Regierungssystems scheinen die auf zwischenstaatliche Beziehungen und Konflikte ausgerichteten aus-sen- und sicherheitspolitischen Instrumente nicht mehr in allen Teilen zu genügen. Heute gelte es – wie Lezzi betonte – mit überzeugenden Handlungsmustern, unterstützt durch massgeschneiderte Stäbe, situationsgerecht und flexibel zu reagieren.

Ein zweites Defizit kann in der Abstinenz von internationalen Organisationen geortet werden. Leistungsstarke Führungsstrukturen sind für eine voraus-schauende und entscheidungsstarke Aussen- und Sicherheitspolitik zwar notwendig, aber nicht hinreichend. Neben den Strukturen braucht es auch aussenpolitische Erfahrung und Kultur. In beiden Punkten weist die Schweiz erhebliche Mängel auf. In diesem Zusammenhang zeitigt die Nichtmitgliedschaft der Schweiz bei internationalen Organisationen schmerzliche Wirkungen. Internationale Organisationen sind Orte täglicher Konsultationen, wo Informationen und Erfahrungen ausgetauscht werden, zu denen Nichtmitglieder nicht oder nur schwerlich Zugang haben. Ständige Präsenz und Kommunikationsfähigkeit sind hier erforderlich. Nicht zuletzt deshalb sind internationale Organisationen hervorragende Lernfelder für ein wirksames Krisenmanagement. Zudem sind solche Organisationen auch geeignete Foren, um eigene Standpunkte zu erläutern und somit das politische Selbstverständnis nach aussen zu tragen.¹⁰²

Gasteyer sprach in diesem Zusammenhang vom bevorstehenden Ende des von der Schweiz in vielen Aussenbeziehungen gepflegten Bilateralismus. Das letzt-jährige OSZE-Präsidentschaftsjahr dürfte dies der Schweiz vor Augen geführt haben und ihr die Wichtigkeit und die Möglichkeiten *multilateraler* Kooperation bewusst gemacht haben. Eine weitere Möglichkeit, einen Schritt von der bi- zur multilateralen Zusammenarbeit zu tun, bietet das PfP-Programm der Nato. Dies sind ermutigende Ansätze, die aber die mangelnde institutionelle, multilaterale Einbindung der Schweiz in internationale Strukturen nicht kaschieren können.

Als drittes Defizit wurde an der Tagung die mangelhafte innenpolitische Abstützung der Aussen- und Sicherheitspolitik hervorgehoben. Eine breite innenpolitische Verankerung derselben ist aber in einer direkten Demokratie unabdingbar. Die Schweiz befindet

¹⁰² Ebd., S. 17; Kley, Roland. Der Schweiz fehlt es an Krisenerfahrung. In: *Tages Anzeiger*, 30. 6. 1997, Nr. 148, S. 2.

sich nicht erst seit der Diskussion um ihre Rolle im Zweiten Weltkrieg in einer fast permanenten Orientierungslosigkeit bezüglich ihrer Stellung in der Welt und letztlich ihres Selbstverständnisses. Es droht eine innenpolitische Blockierung der Aussenpolitik. Die Chance für die Schweiz besteht darin, dass durch den katalytischen Effekt der derzeitigen Krise eine Neuorientierung leichter werden könnte. Denn durch diese Diskussion hat unser Land einerseits den Nimbus der Unfehlbarkeit verloren, andererseits aber die Freiheit gewonnen, nicht mehr Sonderfall sein zu müssen.¹⁰³

Auf diese Weise könnte der Druck von aussen helfen, den Weg zu einem realistischeren Selbstbild zu ebnen. Ein solches ist im Hinblick auf die derzeitige aus-sen- und sicherheitspolitische Diskussion nötig. Die langfristige Aufgabe der Politik muss es sein, dieses Selbstbild zu vermitteln. Hierbei kommt einer offenen Kommunikation eine Schlüsselrolle zu. Die Aufgabe einer zu entwickelnden *Vermittlungsstrategie* muss es sein, darzulegen, dass die Schweiz ihr Umfeld stärker als bisher mitgestalten und ihr internationales – auch institutionelles – Engagement erhöhen kann, ohne ihr Selbstverständnis zu gefährden.

¹⁰³ Steiner, Jörg. Heimlich und unheimlich. In: *Neue Zürcher Zeitung*, 6. 9. 1997, Nr. 206, S. 69.

Bibliographie

Dokumente:

- Bericht des Bundesrates an die Bundesversammlung über die Konzeption der militärischen Landesverteidigung vom 6. Juni 1966. In: *BBl* 1966 I S. 853-877.
- Studienkommission für strategische Fragen. *Grundlagen einer strategischen Konzeption der Schweiz*. Bericht der Studienkommission für strategische Fragen. Schriften des SAD Nr. 11. Stäfa 1971.
- Bericht des Bundesrates an die Bundesversammlung über die Sicherheitspolitik der Schweiz (Konzeption der Gesamtverteidigung) vom 27. Juni 1973. In: *BBl* 1973 II S. 112-153.
- Schweizerische Sicherheitspolitik im Wandel. Bericht 90 des Bundesrates an die Bundesversammlung über die Sicherheitspolitik der Schweiz vom 1. Oktober 1990. (Sonderdruck).
- Bericht des Bundesrates an die Bundesversammlung über die Konzeption der Armee in den neunziger Jahren (Armeeleitbild 95) vom 27. Januar 1992 (Sonderdruck).
- Bericht über die Aussenpolitik der Schweiz in den 90er Jahren. Anhang: Bericht zur Neutralität vom 29. November 1993 (Sonderdruck).
- Schindler, Dietrich. *Dokumente zur schweizerischen Neutralität seit 1945*. Bern-Stuttgart 1984.

Literatur:

- Arbeitsgruppe Sicherheitspolitik. *Sicherheitspolitik und Armee nach 1995*. Bern 1993.
- Dies. *Schweizerische Sicherheitspolitik und Armee im modernen internationalen Umfeld*. Bern 1996.
- Aron, Raymond. *Paix et guerre entre les nations*. Paris 1962.
- Bachofner, Hans. *Die Schweiz an der Schwelle zum 21. Jahrhundert*. „Schweizerzeit“ Schriftenreihe Nr. 23. Flaach 1996.
- Barre, Raymond/Delors, Jacques. Au delà de l'euro. In: *Le Monde*, 2. 10. 1997, S. 14.
- Barz, Andreas. Das Ende der Neutralität. In: *Aus Politik und Zeitgeschichte* B 47-48/1992. S. 3-11.
- Beaufre, André. *Dissuasion et stratégie*. Paris 1964.
- Beiträge zum ersten Karl-Schmid-Symposium*. Karl-Schmid-Stiftung (Hrsg.). Zürich 1993.
- Beiträge zum zweiten Karl-Schmid-Symposium*. Karl-Schmid-Stiftung (Hrsg.). Zürich 1994.
- Bindschedler, Rudolf. Die Aussenpolitik. In: *SAMS-Informationen* (7. Jg.) 1/1983. S. 7-11.
- Brunner, Dominique et. al. *Armee 95 – Chance für die Milizarmee?* Zürich 1994.
- Ders. Hat die Milizarmee eine Zukunft? In: *Neue Zürcher Zeitung*, 10. 1. 1996, Nr. 7, S. 15.
- Buchbinder, Heinrich. *Landesverteidigung im Atomzeitalter*. Hrsg. von der Schweizerischen Bewegung gegen atomare Aufrüstung. Zürich 1966.
- Däniker, Gustav. Zurück zur Strategie. In: *Si vis pacem: Militärische Betrachtungen von Schweizern*. Festschrift für Georg Züblin zum 60. Geburtstag. Frauenfeld 1964. S. 84-101.

- Ders. *Strategie des Kleinstaates*. Frauenfeld-Stuttgart 1966.
- Ders./Spillmann, Kurt R. Die Konzeption der schweizerischen Sicherheitspolitik. In: Riklin, Alois/Haug, Hans/Probst, Raymond (Hrsg.). *Neues Handbuch der schweizerischen Aussenpolitik*. Bern-Stuttgart-Wien 1992. S. 591-605.
- Ders. Karl Schmid als Soldat und Strategie. In: *Beiträge zum zweiten Karl-Schmid-Symposium*. Zürich 1994. S. 15-18.
- Ders. *Schweizerische Selbstbehauptungsstrategien im Kalten Krieg*. Frauenfeld 1996.
- Danzmayr, Heinz. *Kleinstaat auf der Suche nach Sicherheit: Eine Analyse sicherheitspolitischer Konzepte Österreichs und der Schweiz*. Wien 1991.
- Die Schweiz im internationalen System der Nachkriegszeit 1943-1950: Referate des Historiker-Tages 1995*. Hrsg. von der Allgemeinen Geschichtsforschenden Gesellschaft Schweiz (AGGS). Itinera Bd. 18. Basel 1996.
- Ernst, Alfred. *Die Konzeption der schweizerischen Landesverteidigung 1815-1966*. Frauenfeld 1971.
- Gabriel, Jürg Martin. *Sackgasse Neutralität*. Zürich 1997.
- Gasteyger, Curt. Das internationale Umfeld: Eine aktuelle Beurteilung von Chancen und Risiken. In: Rhinow, René (Hrsg.). *Die schweizerische Sicherheitspolitik im internationalen Umfeld*. Basel-Frankfurt a. M. 1995. S. 19-26.
- Ders. Schweizerische Aussenpolitik auf dem Prüfstand. In: *Neue Zürcher Zeitung*, 3. 9. 1997, Nr. 203, S. 17.
- Goetschel, Laurent. *Europäische Herausforderung an die Vermittlung der schweizerischen Sicherheitspolitik*. Cahiers de l'IDHEAP 111. Lausanne 1993.
- Ders. (Hrsg.). *Vom Statisten zum Hauptdarsteller: Die Schweiz und ihre OSZE-Präsidentschaft*. Bern-Stuttgart-Wien 1997.
- Haltiner, Karl W. Miliz – das zeitlos ideale Wehrmodell? In: *Neue Zürcher Zeitung*, 23. 5. 1996, Nr. 118, S. 15.
- Ders. Nicht die Professionalisierung, die Milizfähigkeit ist das Problem! In: *Aog-Mitteilungen* 2/1996. S. 13-19.
- Ders. Europas Wehrsysteme im Umbruch. In: *Neue Zürcher Zeitung*, 26. 8. 1997, Nr. 196, S. 13.
- Ders./Bertossa, Luca/Spillmann, Kurt R. *Sicherheit '97*. Zürcher Beiträge zur Sicherheitspolitik und Konfliktforschung Nr. 42. Zürich 1997.
- Hoffmann, Hansrudolf. Die Schweiz und die Uno. In: Rhinow, René (Hrsg.). *Die schweizerische Sicherheitspolitik im internationalen Umfeld*. Basel-Frankfurt a. M. 1995. S. 57-72.
- Kahn, Hermann. *On Escalation*. New York 1965.
- Kley, Roland. Der Schweiz fehlt es an Krisenerfahrung. In: *Tages Anzeiger*, 30. 6. 1997, Nr. 148, S. 2.
- Köppel, Thomas. *Auf dem Weg zur Doppelstrategie: Die Entstehung der schweizerischen Sicherheitspolitik 1945-1973*. Liz. Zürich 1994 (unveröffentlicht).
- Künzi, Hans. Vorstellung der Karl-Schmid-Stiftung. In: *Beiträge zum ersten Karl-Schmid-Symposium*. Zürich 1993. S. 11-14.

- Kux, Stephan. Gründe und Scheingründe für die Neutralität der Schweiz. In: Ders. (Hrsg.). *Zukunft Neutralität? Die schweizerische Aussen- und Sicherheitspolitik im Umbruch*. Bern-Stuttgart-Wien 1994. S. 61-86.
- Lezzi, Bruno. Brüchiges Selbstverständnis der Schweiz. In: *Neue Zürcher Zeitung*, 10. 5. 1997, Nr. 106, S. 17.
- Liener, Arthur. Ist eine moderne Armee noch miliztauglich? In: *SAMS-Informationen* (17. Jg.) 1-2/1993. S. 45-50.
- Mantovani, Mauro. Milizarmee oder Freiwilligenarmee? Vor dem Wendepunkt der öffentlichen Diskussion. In: *Bulletin zur schweizerischen Sicherheitspolitik* 6. Jg. 1996/97. S. 47-68.
- Metzler, Dominique. *Die Option einer Nuklearbewaffnung für die Schweizer Armee (1945-1969)*. Liz. Basel 1995 (unveröffentlicht).
- Nachlass Prof. Dr. Karl Schmid 1907-1974*. Hrsg. vom Archiv für Zeitgeschichte ETHZ. Bearbeitet von: Däniker, Marie-Claire/Urner, Klaus. Zürich 1983.
- Näf, Beat. Zur Entwicklung des schweizerischen strategischen Denkens. In: *ASMZ* 11/1982. S. 595-602.
- Ders. Anfang und erste Entwicklung einer schweizerischen Strategie (Sicherheitspolitik) 1969-1973. In: *SAMS-Informationen* (8. Jg.) 1/1984. S. 51-146.
- Ott, Charles. Credo für die Miliz. In: Brunner, Dominique et. al. *Armee 95 – Chance für die Milizarmee?* Zürich 1994. S. 178-182.
- Ders. Fata Morgana einer Berufsarmee. In: *ASMZ* 4/1996. S. 3.
- Riklin, Alois. *Modell einer schweizerischen Aussenpolitik: Ein Diskussionsbeitrag*. SAD-Arbeitsheft W 6. Zürich 1970.
- Ders. Neutralität der Schweiz. In: Ders./Haug, Hans/Probst, Raymond (Hrsg.). *Neues Handbuch der schweizerischen Aussenpolitik*. Bern-Stuttgart-Wien 1992. S. 191-209.
- Ders. *Die dauernde Neutralität der Schweiz*. Beiträge und Berichte des Instituts für Politikwissenschaft der Hochschule St. Gallen 221. St. Gallen 1994.
- Ders. Isolierte Schweiz. In: *Schweizerische Zeitschrift für Politische Wissenschaft*. Vol. 1, Nr. 2-3/1995. S. 11-34.
- Saxer, Urs W. *Die Zukunft des Nationalstaates*. Schriften zur europäischen Integration 6. Basel 1994.
- Schindler, Dietrich. Die Relevanz der Neutralität für die künftige Sicherheitspolitik der Schweiz. In: *Strategie: Beiträge zur Sicherheitspolitik, Unternehmensführung und Kommunikation*. Heller, Daniel et. al. (Hrsg.). Festgabe für Gustav Däniker. Zürich 2. Aufl. 1993. S. 131-145.
- Schleicher, Michael/Straubhaar, Thomas. *Wehrpflicht oder Berufsarmee?* Bern-Stuttgart-Wien 1996.
- Senn, Hans. *Friede in Unabhängigkeit: Von der totalen Landesverteidigung zur Sicherheitspolitik*. Frauenfeld 1983.
- Spillmann, Kurt R. Von der bewaffneten Neutralität zur kooperativen Sicherheit. In: *Bulletin zur schweizerischen Sicherheitspolitik* 5. Jg. 1995. S. 2-16.
- Stahel, Albert A. Zukunft der Wehrhaftigkeit und der Milizarmee in der Schweiz. In: Brun-

- ner, Dominique et. al. *Armee 95 – Chance für die Milizarmee?* Zürich 1994. S. 183-185.
- Steiner, Jörg. Heimlich und unheimlich. In: *Neue Zürcher Zeitung*, 6. 9. 1997, Nr. 206, S. 69.
- Stüssi-Lauterburg, Jürg. *Historischer Abriss zur Frage einer Schweizer Nuklearbewaffnung*. Bern 1995.
- Thürer, Daniel. Sicherheitspolitik und Neutralität. In: Rhinow, René (Hrsg.). *Die schweizerische Sicherheitspolitik im internationalen Umfeld*. Basel-Frankfurt a. M. 1995. S. 121-136.
- Ders. Neue Sinnstrukturen schaffen. In: *Neue Zürcher Zeitung*, 6. 9. 1997, Nr. 206, S. 68.
- Torrelli, Maurice. La neutralité en question. In: *Revue Générale de Droit International Public*. Vol. 96, No. 1/1992. S. 5-43.
- Wenger, Andreas/Breitenmoser, Christoph/Borchert, Heiko. Das schweizerische OSZE-Präsidialjahr 1996. In: *Bulletin zur schweizerischen Sicherheitspolitik* 6. Jg. 1996/97. S. 4-46.
- Winkler, Theodor. *Kernenergie und Aussenpolitik in der Schweiz: Die internationalen Bemühungen um die Nichtverbreitung von Kernwaffen und die friedliche Nutzung von Kernenergie in der Schweiz*. Diss. Genf-Berlin 1981.
- Ders. Zur Geschichte der schweizerischen Sicherheitspolitik seit 1945. In: Rhinow, René (Hrsg.). *Die schweizerische Sicherheitspolitik im internationalen Umfeld*. Basel-Frankfurt a. M. 1995. S. 27-35.

Anhang I: Curriculum vitae von Karl Schmid

PERSÖNLICHE DATEN UND EHRUNGEN	
31. März 1907	Karl Schmid wird in Zürich geboren
10. Juni 1940	Heirat mit der Schauspielerin Elsie Attenhofer
27. Sept. 1942	Geburt des Sohnes Christoph
15. August 1943	Geburt der Tochter Regine
20. Mai 1967	Doctor honoris causa der Hochschule St. Gallen
1972	Goethepreis für Kunst und Wissenschaft sowie Kulturpreis der Stadt Zürich
1974	Ernennung zum ständigen Ehrengast der Universität Zürich
4. August 1974	Gestorben in Zürich
SCHULISCHE UND BERUFLICHE LAUFBAHN	
1913 bis 1920	Primarschule in Wollishofen
1920 bis 1926	Kantonales Gymnasium Zürich
1926 bis 1934	Studium der Germanistik und Geschichte an den Universitäten Zürich und Berlin
1934	Promotion bei Prof. Dr. Emil Ermatinger mit der Dissertation „Schillers Gestaltungsweise“
1931 bis 1938	Lehrtätigkeit an diversen Mittelschulen
1938 bis 1947	Lehrer für Deutsch und Geschichte am kantonalen Gymnasium Zürich
1943/1944 (WS)	Erste Vorlesung an der ETH Zürich
1. April 1944	Wahl zum a. o. Professor für deutsche Sprache und Literatur an der ETH Zürich
15. Oktober 1947	Wahl zum Ordinarius für deutsche Sprache und Literatur an der ETH Zürich
1953 bis 1957	Rektor der ETH Zürich
1974 (SS)	Letzte Vorlesung an der ETH Zürich

MILITÄRISCHE LAUFBAHN	
1927	Rekrutenschule Schw Mot Kan RS und Motorf UOS
1928	Artillerie OS, Leutnant der Artillerie, Einteilung: Motor-Haubitz Bat 94
31. Dez. 1932	Oberleutnant der Artillerie
31. Dez. 1936	Hauptmann und Batteriekommandant: Kdt Motor-Haubitz Btrr 92 (1937) und Kdt Motor-Haubitz Btrr 153 (1938)
1939 bis 1943	Abkommandierung zur Sektion Heer und Haus
1940	Generalstabskurs I, Einteilung: Stab 9. Div
1942	Stellvertretender Stabschef 9. Div
1943	Generalstabskurs II, Major im Generalstab
1945 bis 1946	Kdt Schw Mot Kan Abt 10
1946 bis 1950	Stabschef Festung Sargans
31. Dez. 1948	Oberstleutnant im Generalstab
1950	Zentralschule III, Einteilung: Art Chef Geb Br 12
1950 bis 1953	Kdt Art Rgt 2
16. Dez. 1951	Oberst im Generalstab
1952 bis 1953	Stabschef 3. AK
1954 bis 1966	Operationssektion A Stab 111
1966 bis 1970	Zur Verfügung Generalstabschef
31. Dez. 1970	Entlassung aus der Wehrpflicht
MITARBEIT BEI AKADEMIEN, STIFTUNGEN, ARBEITSGRUPPEN	
1944 bis 1973	Eidgenössische Gemeinschaft
Ab 1947	PEN Club, Akademische Gesellschaft schweizerischer Germanisten
1954 bis 1973	Sekretär des Charles Veillon-Preis
Ab 1956	Schweizerischer Schriftstellerverein (ab 1968 Vorstandsmitglied)
1959 bis 1965	Präsident der Schweizerischen Auslandhilfe
1959 bis 1967	Literaturkommission des Kantons Zürich
1962 bis 1972	Vizepräsident der Jubiläumstiftung der SBG
1966 bis 1970	Studienkommission des EJPD für Zivilschutz
1967 bis 1970	Präsident der Studienkommission für strategische Fragen (SSF)
1969 bis 1972	Präsident des Schweizerischen Wissenschaftsrates

Anhang II: Die Mitglieder der SSF

PRÄSIDENT:			
Prof. Dr. phil.	Karl Schmid		Bassersdorf
MITGLIEDER:			
	Jean-Jacques Chouet	Redaktor	Genève
Dr. ing.	Paul Chrétien	Ingenieur	Arlesheim
Dr. phil.	Gustav Däniker	Direktor	Kilchberg, ZH
Prof. Dr. phil.	Paul Dinichert		Neuchâtel
	Léo Du Pasquier	Direktor	Neuchâtel (bis 30.6.1968)
Prof. Dr. iur.	Kurt Eichenberger		Basel
Prof. Dr. phil.	Jacques Freymond		Genthod
Dr. iur.	Curt Gasteyger		Paris
Dr. iur.	Max Gressly	Fürsprecher	Solothurn (ab 31.7.1967)
Dr. iur.	Louis Guisan	Conseiller aux Etats	Lausanne (ab 1.7.1968)
Prof. Dr. phil.	Walther Hofer	Nationalrat	Stettlen
Dr. iur.	Harald Huber	Bundesrichter	Lutry (bis 31.7.1967)
Dr. iur.	Hans Hürlimann	Ständerat und Regierungsrat	Zug (ab 31.7.1967)
Prof. Dr. iur.	Max Kummer		Zollikofen
Dr. iur.	Robert Lang	Bankdirektor	Zürich
Dr. phil.	Fred Luchsinger	Chefredaktor	Zürich
Prof. Dr. iur.	Hans Merz		Muri, BE
Dr. iur.	Ferruccio Pelli	Sindaco di Lugano	Lugano
Prof. Dr. iur.	Rudolf Probst		Bern
Dr. phil.	Ernst Schuler	Dir. der Abt. für Militärwissenschaften ETH	Forch
Prof. Dr. iur.	Urs Schwarz		Zürich
Dr. sc. nat.	Peter Stoll	Direktor BKW	Bern
	Philippe de Weck	Bankdirektor	Zürich (ab 31.7.1967)
Prof. Dr. phil. nat.	Walter Winkler	Direktor HTL	Brugg-Windisch
Dr. iur.	Eduard Zellweger	alt Ständerat	Zürich (ab 10.8.1967)
AN DEN PLENARSITZUNGEN NAHMEN MIT BERATENDER STIMMTE TEIL:			
Oberstdivisionär	Robert Stucki	Unterstabschef Front	
Oberstdivisionär	Hans Wildbolz	Unterstabschef Planung	
Oberst i Gst	Hans Senn	Chef der Operationssektion	

Anhang III: Referenten

Bundesrat Adolf Ogi: Vorsteher des Eidgenössischen Militärdepartements

Jean Abt: Korpskommandant, Kommandant Feldarmeeekorps 1

Peter Arbenz: Brigadier, Berater für Strategieentwicklung und Unternehmensführung, ehemaliger Präsident der Schweizerischen Offiziersgesellschaft

Edouard Brunner: Alt Botschafter, Vorsitzender der von Bundesrat Ogi eingesetzten Studienkommission für strategische Fragen

Dr. Gustav Däniker: Divisionär aD, Militär-Publizist, ehemaliges Mitglied der Kommission Schmid, früherer Stabschef Operative Schulung

Prof. Dr. Kurt Eichenberger: Emeritierter Professor für Staats- u. Verwaltungsrecht, ehemaliges Mitglied der Kommission Schmid

Dr. Josef Feldmann: Korpskommandant aD, Titularprofessor an der Universität St. Gallen

Prof. Dr. Curt Gasteyger: Ancien Professeur à l'Institut Universitaire de Hautes Etudes Internationales, Directeur du programme d'études stratégiques internationales, ehemaliges Mitglied der Kommission Schmid

Prof. Dr. Dr. h.c. Hans Künzi: Alt Regierungs- und Nationalrat, Präsident der Karl-Schmid-Stiftung

Dr. Bruno Lezzi: Inlandredaktor der NZZ, verantwortlich für Sicherheits- und Militärpolitik

Dr. Arthur Liener: Korpskommandant, Generalstabschef

Dr. Fred Luchsinger: Alt Chefredaktor der NZZ, ehemaliges Mitglied der Kommission Schmid

Dr. Otto Schoch: Rechtsanwalt, alt Ständerat und Mitglied der Sicherheitspolitischen Kommission des Ständerates, Präsident der schweizerischen OSZE-Delegation

Dr. Hans Senn: Korpskommandant aD, Historiker, Dozent an der Universität Bern für Militärwissenschaft und Militärgeschichte, ehemaliges Konsultativmitglied der Kommission Schmid, früherer Generalstabschef der Armee

Prof. Dr. Kurt R. Spillmann: Professor an der ETH Zürich, Leiter der Forschungsstelle für Sicherheitspolitik und Konfliktanalyse

Dr. Hans Wildbolz (=): Korpskommandant aD, ehemaliges Konsultativmitglied der Kommission Schmid, früherer Ausbildungschef der Armee

Prof. Dr. Walter Winkler: Früherer Leiter der Höheren Technischen Lehranstalt Windisch, ehemaliges Mitglied der Kommission Schmid, Mitverfasser des MAP-Berichts (Möglichkeiten einer eigenen Atomwaffen-Produktion)

Anhang IV: Teilnehmer (Gemäss Verzeichnis der Anmeldungen)

Nationalrat Fredi **Alder**, Rorschach
Prof. Dr. Martin **Allgöwer**, Basel
Dr.h.c. Pierre **Arnold**, Feusisberg
Doris **Attenhofer**, Zürich
Dr.h.c. Ernst **Basler**, Zollikon
Dr.med. Giovanni **Bass**, Zürich
Gérard F. **Bauer**, Hauterive
Ernst **Baumann**, Zürich
Adrian **Baumgartner**, Bern
Rudolf **Berger**, Pfaffhausen
Prof. Dr. Thomas **Bernauer**, Zürich
Dr. h.c. Arthur **Bill**, Gerzensee
Prof. Dr. Urs **Bitterli**, Gränichen
Anne-Marie **Blanc**, Zürich
Emmi **Blaser**, Zürich
Prof. Dr. Peter André **Bloch**, Olten
Divisionär aD H. Rudolf **Blumer**, Auslikon
Prof. Dr. Hans **Böhni**, Zürich
Jean E. **Bollier**, Zürich
Korpskommandant Kurt **Bolliger**, Boll
Nationalrat Roland **Borer**, Kestenholz
Willy J. **Borer**, Zürich
Dr. Herbert **Braun**, Bern
Christoph **Breitenmoser**, Zürich
Hans **Breitenmoser**, Rapperswil
Dr. Hans J. **Briner**, Basel
Martin **Bühler**, Bern
Giancarlo **Buletti**, Bern
Dr. Lukas **Burckhardt**, Bern
Ruth **Buser**, Kirchberg BE
Prof. Dr. Fritz **Büsser**, Zürich
Dr. Bruno **Capelli**, Bern
Dr. med. FMH Ulrich **Castelberg**, Aarberg
Dr. Felix **Christ**, Bern
Oberst i Gst Hugo **Christen**, Buochs
Korpskommandant Jean-Rodolphe **Christen**, Zollikofen
Hansheiri **Dahinden**, Altdorf
Dr. Marie-Claire **Däniker**, Kilchberg
Adolf **Deucher**, Zürich
Josef **Doswald**, Bern
Prof. Dr. Jens **Drolshammer**, Zürich
Nationalrat Max **Dünki**, Oberrieden
Jean-Claude **Dutoit**, Bern
Anja **Ebnöther**, Bern
Bernard **Ecoffey**, Bern
Oberst i Gst Urs **Ehrbar**, Zihlschlacht
Jon A. **Fanzun**, Tarasp
Bruno **Fillinger**, Zürich
Oberst i Gst Oswald **Fischer**, Hergiswil
Heinz Werner **Frech**, Feldbrunnen
Nationalrat Jakob **Freund**, Bühler
Jean **Freymond**, Genève
Prof. Dr. Bruno **Fritsch**, Locarno
Colonel Maurice G. **Froitier**, Bern
Regierungsrätin Rita **Fuhrer**, Zürich
Dr. Johannes **Fulda**, Zürich
Alt Bundesrat Dr. Dr. h.c. Kurt **Furgler**, St. Gallen
Prof. Dr. Jürg Martin **Gabriel**, Zürich
Brigadier Bruno **Gähwiler**, Mels
Divisionär Hans **Gall**, Zürich
Divisionär Jean-Pierre **Gass**, Luzern
Marcel **Gerber**, Zürich
Erika **Girod**, Zürich
Evelyne **Gmünder**, Gonten
François **Godet**, Bern
Dr. Jürgen **Goldschmidt**, Zürich
Prof. Dr. Hans **Grob**, Winterthur

Prof. Dr. Jakob **Gut**, Zürich
Prof. Dr. Georg **Gyarmathy**, Zürich
Dr. Karl W. **Haltiner**, Unterbözberg
Alfed A. **Häsler**, Zürich
Alt Generalstabschef Heinz **Häsler**,
Gsteigwyler
Dr. Ueli **Haudenschild**, Bern
Prof. Dr. Hans **Hauri**, Gockhausen
René **Häusler**, Zürich
Grossrat Dr. Daniel **Heller**, Aarau
Dr. Hans R. **Herdener**, Uitikon
Prof. Dr. Jeanne **Hersch**, Genève
Prof. Dr. Carl **Hidber**, Zürich
Regierungsrat Hans **Hofmann**, Zürich
Ernst **Honegger**, Gümlingen BE
Alt Bundesrat Fritz **Honegger**, Rüschnikon
Bruno **Hostettler**, Bern
Markus **Huber**, Schaffhausen
Dr. Rudolf W. **Hug**, Zürich
Dr. Werner C. **Hug**, Bern
Josef **Irniger**, Dietlikon
Oberst i Gst Franz **Jäggi**, Bern
Roman **Jäggi**, Bern
Prof. Dr. Riccardo **Jagmetti**, Zürich
Prof. Dr. Martin **Janssen**, Zürich
Prof. Dr. Rolf **Jeltsch**, Zürich
Divisionär Dominique **Juillard**, Bern
Dr. Hans **Jung**, Zürich
Oberst Ulrich **Kägi**, Bern
Helen **Kaiser-Frey**, Zürich
Hansjürg **Knaus**, Zürich
Dr. Martin **Koenig**, Zürich
Prof. Dr. Barbara **König**, Zürich
Thomas **Köppel**, Bern
Ruedi **Krops**, Bern
Oberst i Gst Paul **Krüger**, Bern
Korpskommandant Simon **Küchler**, Zug
Joel **Lanfranconi**, Bern
Prof. Dr. Jürg **Lang**, Zürich
Dr. Hans-Ulrich **Lappert**, Zürich
Brigadier Rudolf **Läubli**, Luzen
Peter **Lauffer**, Au
Patrick **Lehmann**, Zürich
Sebastian **Leicht**, Stäfa
Dr. Fritz **Lendenmann**, Zürich
Prof. Dr. Martin **Lendi**, Zürich
Oberstleutnant i Gst Dirk **Lenweit**, Bern
Nationalrat Josef **Leu**, Luzern
Carola **Lepping**, Hückeswagen, (D)
Dr. Urs **Leuthardt**, Bern
Heinz **Liechti**, Bern
Prof. Dr. Willy **Linder**, Egg
Valeska **Lindtberg**, Zürich
Prof. Dr. Heinz **Lippuner**, Grüt
Ueli **Looser**, Zürich
Rolet **Loretan**, Bern
Prof. Dr. Simon **Löw**, Zürich
Dr. Walter **Lüem**, Herrliberg
Richard **Lüthi**, Bern
Prof. Dr. Franz Georg **Maier**, Küsnacht ZH
Herbert **Maissen**, Zürich
Dr. Bruno **Mariacher**, Rüschnikon
Dr. h. c. Wilfried **Martel**, Bern
Heinz **Marti**, Bern
Peter **Marti**, Bern
Prof. Dr. Peter **Marti**, Zürich
Dr. Verena **Marty**, Zürich
Dr. Richard **Merz**, Zürich
Alt Ständerat Carl **Méville**, Basel
Alice **Moneda**, Zürich
Alt Regierungs-/Nationalrat Albert
Mossdorf, Bülach
Alt Ständerat Franz **Muheim**, Altdorf
Dr. med. Hans-Rudolf **Müller**, Zürich

Prof. Dr. med. Markus **Müntener**, Zürich

Hans **Mürset**, Bubikon

Prof. Dr. Beat **Näf**, Birmenstorf

Dr. Martin **Neuenschwander**, Zürich

Judith **Niederberger**, Rapperswil

Bernard **Niquille**, Bern

Prof. Dr. Daniel **Nüesch**, Zürich

Roland **Nydegger**, Bern

Johannes **Oehler**, Liestal

Hans Jörg **Oettli**, Erlen

Divisionär Hansruedi **Ostertag**, Zürich

Oberst i Gst Charles **Ott**, Frauenfeld

Dr. Gerd **Padel**, Küsnacht ZH

Georg **Pártos**, Zürich

Dieter **Paur**, Kilchberg

Dr. Igor **Perrig**, Bern

Dr. Andreas **Peter**, Erlenbach

Dr. Franz **Peter**, Sursse

Oberst i Gst Max **Peter** Bern

Dr. Rolf **Peter**, Zürich

Jürg **Pfaehler**, Murzelen

Prof. Dr. Zdenko **Puhan**, Zürich

Dr. med. Friedrich **Pupato-Glogg**, Zürich

Dr. Hans **Rapold**, Brunnen

Dr. Max **Rapold**, Schaffhausen

Dr. Markus **Redli**, Basel

Korpskommandant Paul **Rickert**, Aarau

Fritz **Rigendinger**, Zürich

Conseiller aux Etats Eric **Rochat**, St. Légier-La-Chiesaz

Lorenza **Rossi**, Au

Paul **Rothenhäusler**, Stäfa

Divisionär Alfred **Roulier**, Luzern

Dr. Sylvia **Rüdin**, Zürich

Annette **Rüedi**, Basel

Oberst i Gst aD Fritz **Sauser**, Innerberg

Prof. Dr. med. Christian und Elisabeth
Sauter, Zürich

Andreas **Schaer**, Bern

Brigadier Josef **Schärli**, Bern

Daniel **Schaubacher**, Bern

Prof. Dr. Walter **Schaufelberger**, Neerach

Divisionär Hans-Ulrich **Scherrer**, St. Gallen

Prof. Dr. Dietrich **Schindler**, Zollikon

Oberst Peter **Schlatter**, Münchringen

Dr. med. vet. Siegfried **Schneebeli**, Meilen

Dr. Carl **Schneiter**, Zürich

Oberst i Gst Urban **Siegenthaler**, Bern

Prof. Dr. Peter **Stadler**, Zürich

Urs Peter **Stebler**, Bern

Trudy **Stehrenberger**, Rickenbach bei Wil

Prof. Dr. Rudolf **Steiger**, Herrliberg

Dr. Rico **Steinbrüchel**, Erlenbach

Prof. Dr. Hans **Sticher**, Schlieren

Dr. Jürg **Stüssi-Lauterburg**, Bern

Dr. Walter **Stutzer**, Herrliberg

Dr. Rolf **Tanner**, St. Gallen

Botschafter Dr. Anton **Thalmann**, Bern

Irène **Thomann-Baur**, Winterthur

Prof. Dr. Daniel **Thürer**, Zürich

Dr. Alfred **Tinner**, Reinach BL

Beatrice **Tschudi**, Zürich

Dr. Lilian **Uchtenhagen**, Zürich

Prof. Dr. Klaus **Urner**, Zürich

Alt Staatssekretär Heinrich **Ursprung**, Würenlos

Prof. Dr. Martin **Usteri**, Zürich

Prof. Dr. Adolf Max **Vogt**, Zürich

Oberst i Gst Fritz **Vollenweider**, Zollikofen

Dr. Peter **von Deschwanden**, Adelboden

Prof. Dr. Hans **von Gunten**, Zollikon

Walter **von Ins**, Rüslikon

Divisionär Martin **von Orelli**, Bern

Georgette **Wachter-Pittet**, Küsnacht ZH

Oberst i Gst Ulrich **Wäfler**, Au

Emil **Walder**, Zollikon

Edmund **Wehrli**, Zollikon

Dr. Branco **Weiss**, Zürich

Dr. Andreas **Wenger**, Zürich

Dr. Hugo **Wermelinger**, Bern

Dr. Kurt **Werner**, Schwerzenbach

Dr. Walter **Werner**, Reinach

Toni J. **Wicki**, Bern

Andreas **Widmer**, Wil

Dr. Kurt **Widmer**, Zürich

Dr. Sigmund **Widmer**, St. German

Dr. Theodor H. **Winkler**, Bern

Heinrich L. **Wirz**, Bremgarten

Botschafter Daniel **Woker**, Genève

Dr. Herbert **Wolfer**, Winterthur

Christian **Wyss**, Winkel-Rüti

Dr. Egon **Zehnder**, Zürich

Dr. René **Zeller**, Zürich

Prof. Dr. Josef **Zeyer**, Schlieren

Korpskommandant Rudolf **Zoller**, Kriens

Prof. Dr. Heinrich **Zollinger**, Küsnacht ZH

Dr. Martin **Zollinger**, Zürich

Bisher sind folgende Hefte erschienen:

- Nr. 1 Kurt R. Spillmann: Konfliktforschung und Friedenssicherung (1987) **vergriffen**
- Nr. 2 Kurt R. Spillmann: Beyond Soldiers and Arms: The Swiss Model of Comprehensive Security Policy (1987)
- Nr. 3 Kurt R. Spillmann: Die Kubakrise von 1962: geschichtliche, politische und strategische Hintergründe (1987)
- Nr. 4 Beat Näf / Kurt R. Spillmann: Die ETH-Arbeitstagung zur schweizerischen Sicherheitspolitik vom 29. Juni 1987 – Bericht und Auswertung (1987)
- Nr. 5 Beat Näf / Kurt R. Spillmann: Die ETH-Arbeitstagung zur schweizerischen Sicherheitspolitik vom 7. Dezember 1987 – Bericht und Auswertung (1988)
- Nr. 6 Jacques Freymond: La menace et son évolution dans les domaines militaires et civils dans l'optique de la recherche scientifique et universitaire (1988)
- Nr. 7 Christian Kind: Extended Deterrence – Amerikas Nukleargarantie für Europa (1989)
- Nr. 8 Franz Martin Aebi: Der Weg zum Weiterleben – Morphologische Studie zu einer zeitgemässen Planung einer Strategie der staatlichen und gesellschaftlichen Selbstbehauptung (1989)
- Nr. 9 Madeleine Hösli / Kurt R. Spillmann: Demographie und Sicherheitspolitik: Nationale Aspekte – Bericht und Auswertung der ETH-Arbeitstagung vom 5. Dezember 1988 (1989)
- Nr. 10 Richard D. Challener: John Foster Dulles: The Certainty/Uncertainty Principle (1989)
- Nr. 11 Dominique Wisler: Vers une nouvelle politique de sécurité (1989) **vergriffen**
- Nr. 12 Kurt R. Spillmann und Kati Spillmann: Feindbilder: Entstehung, Funktion und Möglichkeiten ihres Abbaus (1989)
- Nr. 13 Madeleine Hösli / Kurt R. Spillmann: Demographie und Sicherheitspolitik: Rückwirkungen internationaler Entwicklungen auf die Schweiz – Bericht und Auswertung der ETH-Arbeitstagung vom 8. Juni 1989 (1989)
- Nr. 14 Fred Tanner: Die Schweiz und Rüstungskontrolle: Grenzen und Möglichkeiten eines Kleinstaates (1990)
- Nr. 15 Jacques Hürlimann / Kurt R. Spillmann: Der Bericht 90 zur schweizerischen Sicherheitspolitik im Urteil ausländischer Expertinnen und Experten – Bericht und Auswertung der ETH-Arbeitstagung vom 8. Dez. 1990 (1991)
- Nr. 16 Urs Roemer: Die Strategie der "Flexible Response" und die Formulierung der amerikanischen Vietnampolitik unter Präsident Kennedy (1991)
- Nr. 17 Michael Fajnor: Die europäische Integration und ihre sicherheitspolitischen Folgen für die Schweiz (1991)
- Nr. 18 Christof Buri / Karl W. Haltiner / Kurt R. Spillmann: Sicherheit 1991 – Ergebnisse einer Repräsentativbefragung (1991)
- Nr. 19 Andreas Wenger: Kontinuität und Wandel in der amerikanischen Nuklearstrategie – Präsident Eisenhower's Strategie der massiven Vergeltung und die nuklearstrategische Neuevaluation der Administration Kennedy (1991)
- Nr. 20 Kurt R. Spillmann (Hrsg.): Zeitgeschichtliche Hintergründe aktueller Konflikte I – Vorlesung für Hörer aller Abteilungen – Sommersemester 1991 (1991) **vergriffen**
- Nr. 21 Stephan Kux: Decline and Reemergence of Soviet Federalism (1991) **vergriffen**
- Nr. 22 Kurt R. Spillmann (Hrsg.): Europäische Integration und Schweizerische Sicherheitspolitik – Bericht und Auswertung der ETH-Arbeitstagung vom 25./26. Oktober 1991 (1992)
- Nr. 23 Anton Bebler: The Yugoslav Crisis and the "Yugoslav People's Army" (1992) **vergriffen**
- Nr. 24 Sabina Ann Fischer: Namibia Becomes Independent – The U.S. contribution to regional peace (1992)
- Nr. 25 Dominique Wisler: La violence politique en Suisse et les mouvements sociaux: 1969-1990 (1992)
- Nr. 26 Mauro Mantovani: Stand und Perspektiven der Sicherheitspolitik in Europa (1992)

(Fortsetzung nächste Seite)

- Nr. 27 Kurt R. Spillmann (Hrsg.): Zeitgeschichtliche Hintergründe aktueller Konflikte II – Vorlesung für Hörer aller Abteilungen – Sommersemester 1992 (1992)
- Nr. 28 Kurt R. Spillmann und Mauro Mantovani (Hrsg.): Die sicherheitspolitische Integration in Europa als Herausforderung für die Schweiz – Bericht und Auswertung der ETH-Arbeitstagung vom 26. Oktober 1992 (1993)
- Nr. 29 Günther Bächler: Bosnien-Herzegowina – Friedliche Streitbeilegung zwischen Realität und konkreter Utopie (1993) **vergriffen**
- Nr. 30 Ilja Kremer: Die Sowjetunion und Russland nach 1985: Von der Oktoberrevolution zur Oktoberkrise (1993)
- Nr. 31 Kurt R. Spillmann (Hrsg.): Zeitgeschichtliche Hintergründe aktueller Konflikte III – Vorlesung für Hörer aller Abteilungen – Sommersemester 1993 (1994)
- Nr. 32 Karl W. Haltiner / Kurt R. Spillmann: Öffnung oder Isolation der Schweiz? Aussen- und sicherheitspolitische Meinungsbildung im Trend (1994)
- Nr. 33 Mauro Mantovani: Nato-Mitglied Schweiz? Voraussetzungen und Folgen einer sicherheitspolitischen Integration der Schweiz (1994)
- Nr. 34 Michael Fajnor: Multilaterale Anstrengungen zur Kontrolle konventioneller Rüstungstransfers und die Schweiz (1994)
- Nr. 35 Kurt R. Spillmann (Hrsg.): Zeitgeschichtliche Hintergründe aktueller Konflikte IV – Vorlesung für Hörer aller Abteilungen – Sommersemester 1994 (1994)
- Nr. 36 Andreas Wenger / Jeronim Perovic: Das schweizerische Engagement im ehemaligen Jugoslawien (1995)
- Nr. 37 Kurt R. Spillmann (Hrsg.): Zeitgeschichtliche Hintergründe aktueller Konflikte V – Vorlesung für Hörer aller Abteilungen – Sommersemester 1995 (1995)
- Nr. 38 Karl W. Haltiner / Luca Bertossa / Kurt R. Spillmann: Internationale Kooperationsbereitschaft und Neutralität: Aussen- und sicherheitspolitische Meinungsbildung im Trend (1996)
- Nr. 39 Ulrich Gerster / Regine Helbling: Krieg und Frieden in der bildenden Kunst (1996)
Ulrich Gerster / Regine Helbling: Krieg und Frieden in der bildenden Kunst (1996) (Bildteil)
- Nr. 40 Christoph Breitenmoser: Sicherheit für Europa: Die KSZE-Politik der Schweiz bis zur Unterzeichnung der Helsinki-Schlussakte zwischen Skepsis und aktiven Engagement (1996)
- Nr. 41 Laurent F. Carrel / Otto Pick / Stefan Sarvas / Andreas Schaer / Stanislav Stach: Demokratische und zivile Kontrolle von Sicherheitspolitik und Streitkräften (1997)
- Nr. 42 Karl W. Haltiner / Luca Bertossa / Kurt R. Spillmann: Sicherheit '97 (1997)
- Nr. 43 Andreas Wenger / Jeronim Perovic: Russland und die Osterweiterung der Nato: Herausforderung für die russische Aussen- und Sicherheitspolitik (1997)
- Nr. 44 Kurt R. Spillmann (Hrsg.): Zeitgeschichtliche Hintergründe aktueller Konflikte VI – Vorlesung für Hörer aller Abteilungen – Sommersemester 1997 (1997)

Online version provided by the
International Relations and Security Network

A public service run by the
Center for Security Studies at the ETH Zurich
© 1996-2004

